Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen

Herausgeber: Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen

Band: 135 (1957)

Artikel: Basel im zweiten Weltkrieg : 1939-1945

Autor: Grieder, Fritz

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1006923

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Basel im zweiten Weltkrieg

1939—1945

Von Fritz Grieder

135. Neujahrsblatt
Herausgegeben von der Gesellschaft zur Beförderung
des Guten und Gemeinnützigen

In Kommission bei Helbing & Lichtenhahn, Basel 1957

Basel im zweiten Weltkrieg

1939—1945

Von Fritz Grieder

135. Neujahrsblatt
Herausgegeben von der Gesellschaft zur Beförderung
des Guten und Gemeinnützigen

In Kommission bei Helbing & Lichtenhahn, Basel 1957

© Copyright 1957 by Helbing & Lichtenhahn, Verlag, Basel

Druck: Boehm & Co. vorm. Schweiz. Verlags-Druckerei, Basel

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 7
Im Vorfeld des Krieges 8
Generalmobilmachung 1939 16
Trügerische Ruhe 24
Zusammenbruch einer Welt 33
Kritische Monate 42
Schach dem inneren Angriff 51
Wirtschaftliche Abschnürung 60
Der Krieg rückt wieder näher 70
Ende der Isolierung 75
Basel am Rande des Kriegsgeschehens 80
Waffenstillstand 89
Quellen 95

Vorwort

In der jahrhundertealten Geschichte Basels sind Zeiten gefährlicher äusserer Bedrohung nicht allzu häufig. Darin erkennen wir, von andern günstigen Voraussetzungen abgesehen, die erfreuliche Folge einer beinahe sprichwörtlich vorsichtigen, ja ängstlichen Aussenpolitik der baslerischen Obrigkeit, die jegliche kriegerische Gefahr von unserer Stadt fernzuhalten trachtete. Selbst wenn einmal den diplomatischen Mitteln der Erfolg versagt blieb, erfreuten sich die Bürger hinter ihren trutzigen Ringmauern noch einer relativen Sicherheit vor dem drohenden Angriff feindlicher Mächte. Gibt es einen tragischeren Beweis für den Wandel dieser Geborgenheit der Stadtbürger als das bittere Schicksal der europäischen Großstädte während des zweiten Weltkrieges? Den militärischen Machtmitteln zu Land und aus der Luft, der wirtschaftlichen Abschnürung und den modernen geistigen Angriffswaffen ausgesetzt, erlebten ihre Bewohner beinahe Schlimmeres als die Soldaten an der Front.

Sollen wir es als besondere Fügung höherer Gewalten oder aber als ein Zeichen der Bewährung helvetischer Staatskunst betrachten, dass die Schweiz und mit ihr unsere Stadt während des letzten Völkerringens in beinahe wunderbarer Art vom schweren Opfergang verschont geblieben ist? Das Antlitz der modernen europäischen Stadt ist durch die grauenhaften Wunden gekennzeichnet, die ihm der zweite Weltkrieg zugefügt hat; die Geschichte Basels allerdings weist auch in diesem Zeitabschnitt keine heroischen, keine schreckerregenden Züge auf, aber sie ist immerhin als Künderin stiller Hingabe und kraftvoller Pflichterfüllung bemerkenswert. Zu verstehen ist sie nur aus dem Schicksal des ganzen Landes heraus. Mehr als jemals in früheren Tagen schreibt Basel in diesen sechs Kriegsjahren Schweizergeschichte, mehr als jemals beeinflusst die allgemeinschweizerische Entwicklung das Geschehen in unserer Stadt.

Ist es nicht ein Wagnis, aus einer bloss zehnjährigen Perspektive sachlich darstellen zu wollen, was in der Zeit von 1939 bis 1945 das öffentliche Leben Basels bewegt hat? Das Urteil des Beobachters möchte wohl durch das eigene Miterleben und durch den mangelnden Überblick beeinträchtigt sein; doch sind heute bereits grosse Zusammenhänge erkennbar, die inmitten der Kriegswirren noch von Dunkel umhüllt waren, und überdies wird der Nachteil der zeitlichen Nähe durch allerhand mit dem unmittelbaren Erlebnis verbundene Vorzüge mehr als aufgewogen. Schriftliche

Zeugnisse allein vermögen nicht, die mit Spannung geladene Atmosphäre, die im Innern der Menschen wirkenden Kräfte jener Kriegsjahre wieder aufleben zu lassen. Fremd bleiben vielleicht dem späteren Betrachter die wechselvollen, der jeweiligen militärischen Entwicklung folgenden Stimmungen der Bevölkerung. Sie erst geben dem Bild das natürliche Kolorit und verleihen ihm Leben. Es mag überflüssig sein, noch besonders hervorzuheben, welche Überwindung es kostet, sich in die hasserfüllteste aller Zeiten, in einen alles Leben zerstörenden Völkerkampf zurückzuversetzen. Wir tun es gleichwohl, weil jener entscheidende Zeitabschnitt auch den heutigen Menschen Wesentliches zu sagen hat. «Grosse und tragische Erlebnisse reifen den Geist und geben ihm einen andern Maßstab der Dinge, eine unabhängige Taxation des Irdischen.» Dieses Wort Jacob Burckhardts trifft auch auf die Geschehnisse während des zweiten Weltkrieges zu.

So stark sich in den Kriegsjahren die eindrücklichen Vorgänge in unserer Stadt und ihrer Umgebung in das Gedächtnis der Zeitgenossen auch einprägten, viele haben unter dem Einfluss der schnellebigen Gegenwart seither ihre Erfahrungen wieder vergessen und möchten nicht wieder daran zurückdenken müssen. Eine neue Generation wächst heran; für sie stellt diese Epoche bereits Vergangenheit dar. Vielleicht ist es heilsam, heute jene unruhigen Monate und Jahre wieder aufleben zu lassen, jene Zeit der Ungewissheit, die alles in Frage gestellt hat, was uns selbstverständlich ist. In Erinnerung an jenen rühmlichen Abschnitt unserer Landesgeschichte werden wir vieles, was uns heute im Leben unseres Volkes vielleicht missfällt, in milderem Lichte sehen. Und die junge Generation findet in der geschichtlichen Darstellung der Geschehnisse von 1939 bis 1945 ein Glied in der Kette unserer Überlieferung, die vor allem in kritischen Perioden immer wieder Wegleiterin der Schweizer geworden ist.

Im Vorfeld des Krieges

Wer heute, ganz Mensch der Gegenwart, einzig im Hochgefühl der beispiellosen Wirtschaftsblüte lebt, wird sich nur schwer in die krisengeladene Zwischenkriegszeit, in eine Atmosphäre des Kleinmutes und der Ängstlichkeit zurückversetzen können. Drückend lastete auf einem innerlich und äusserlich verarmten Europa die wirtschaftliche Sorge, nicht minder die geistige Bedrohung, die der erste Weltkrieg als böse Erbschaft hinterlassen hatte. Auch unsere Stadt konnte sich den direkten und indirekten

Auswirkungen der kritischen Konstellation auf dem europäischen Kontinent nicht entziehen.

Während der erste Weltkrieg wie ein plötzliches, kaum geahntes Unwetter über die europäischen Völker hereingebrochen war, kündigte sich der zweite weltweite bewaffnete Konflikt bereits in der ersten Hälfte der Dreissigerjahre selbst dem in politischen Dingen wenig bewanderten Bürger durch allerlei üble Anzeichen deutlich genug an. Die Basler Bevölkerung darf für sich in Anspruch nehmen, in diesem Punkt besonders hellhörig gewesen zu sein.

Noch lebt in aller Erinnerung die Zeit der Massenarbeitslosigkeit, die nichts Gutes zu verheissen hatte. Allein in unserer Stadt lagen, bedingt durch eine schwere Absatzkrise in der Exportindustrie und durch den Stillstand im Baugewerbe, zeitweise über siebentausend Arbeitskräfte brach. Bedeutende Industrieunternehmungen und gewerbliche Betriebe mussten ihre Produktionsstätten schliessen, andere sahen sich gezwungen, die Arbeitszeit stark zu kürzen. Wer aber noch einen gesicherten Arbeitsplatz hatte, war durch Lohnabbau in seiner Existenz bedroht. Eine gefährliche Mißstimmung gegen den demokratischen Staat und seine Einrichtungen ergriff weite Kreise des Mittelstandes und zahlreiche Intellektuelle.

Gleichzeitig mehrten sich die politischen Alarmzeichen, die den Triumph der gefährlichen nationalistischen Strömungen befürchten liessen. Wie Pilze wuchsen die meist deutsch-nationalsozialistisch angehauchten Fronten aus dem Boden. In Basel gründete der berüchtigte Ernst Leonhardt den Volksbund, Schweizerische Nationalsozialistische Arbeiterpartei, ein in Organisation und Kampftaktik treues Ebenbild der deutschen Nationalsozialisten, und umgab sich nach berühmtem Muster mit einer SS-Leibwache. Seine 400 mitverschworenen Kampfgenossen schrieben den Kampf gegen die demokratische Staatsform, die Hetze gegen die Juden und die westlichen Grossmächte auf ihre Fahne.

Was war auf internationalem Boden geschehen? Mit dem Machtantritt Hitlers hatten die nationalistischen Kräfte unter Ausnützung der wirtschaftlichen Not, die Deutschland besonders schwer heimsuchte, einen entscheidenden Sieg über die universalistisch-pazifistischen Strömungen errungen. Als Fanatiker des Nihilismus verkündete der neue Reichskanzler ein Aktionsprogramm, das im Grunde sowohl innen- als auch aussenpolitisch die Vernichtung der erhaltenden Kräfte der Tradition zum Ziele hatte. Mit seinem Dogma von der angeblichen Überlegenheit der germanischen Stämme versetzte er das deutsche Volk in einen nie dagewesenen Machttaumel. Diesem fanatischen Glauben an die eigene Mehrwertigkeit entsprachen Hitlers aussenpolitische Richtlinien: Sprengung des Vertrages von

Versailles und Vorherrschaft über Europa. Im Dienste dieser aussenpolitischen Machtpolitik stand die Konzentration der innerpolitischen Gewalt in der Hand eines Führers und die damit verbundene vollständige Unterordnung des Einzelwillens unter den totalitären Staat. «Recht ist, was uns nützt», so lautete die Parole.

Je deutlicher Hitlers Absichten ins Bewusstsein der Völker traten, desto klarer wurde gerade uns Schweizern die schwere Bedrohung, die sich für unsern Kleinstaat am Horizont abzeichnete. Doppelt drohte die Gefahr: Im Innern durch die systematische Herabwürdigung und Unterhöhlung der demokratischen Einrichtungen, von aussen durch den Machtanspruch des Deutschen Reiches, der in erster Linie den Nachbarländern mit germanischem Einschlag, dann dem Kleinstaat als solchem und schliesslich in letzter Konsequenz allen unabhängigen Nationen der Welt überhaupt galt. Wenn auch vorerst keine akute Gefahr bestand, bis die nationalsozialistische Bewegung im Innern des Reiches ihre Gegner liquidiert und ihre Stellung gefestigt hatte, so war doch der Ernst der Situation, vor allem im Hinblick auf die schwere Erschütterung der schweizerischen Wirtschaft durch die Krise, nicht zu übersehen. Mehr und mehr setzte sich die Ansicht durch, dass unter den gegebenen Umständen der Aussenpolitik die Vorzugsstellung gebühre und dass die mannigfachen inneren Auseinandersetzungen zurückgestellt werden müssten.

Der exponierten Lage unserer Stadt entsprechend, erkannte man hier wohl früher als in anderen Landesteilen der Schweiz die verhängnisvolle politische Gefahr. Beinahe instinktiv ahnten schon damals Bürger aller sozialer Gruppen, wie sehr unsere demokratischen Lebensformen durch den in Deutschland gepriesenen Gewaltglauben und die Leugnung der Lebensrechte anderer Völker gefährdet wurden. Der Anbetung des länderfressenden Großstaates stellten sie den Glauben an den Kleinstaat entgegen, dem Führerprinzip das Bekenntnis zum politischen Mitspracherecht aller Bürger. Wo die Nationalsozialisten die vollständige Unterwerfung des Individuums unter einen bösartigen Machtstaat verlangten, waren die Schweizer darauf bedacht, ihren privaten Lebenskreis innerhalb der demokratisch geordneten Gemeinschaft eifersüchtig zu hüten. Der tägliche Anschauungsunterricht, den die Basler Grenzlandbewohner sozusagen als unfreiwillige Zuschauer bei den Ausschreitungen der Nationalsozialisten in der badischen Nachbarschaft erleben durften, öffnete sogar den Ahnungslosen die Augen. Schliesslich trugen aber auch manche Vorgänge in Basel selbst dazu bei, die Atmosphäre zu vergiften.

In diesem Zusammenhang ist die Aufsehen erregende Entführungsaffäre Wesemann–Jacob zu erwähnen. Der seit kurzem in Basel tätige jüdische Jour-

nalist Berthold Jacob, deutscher Staatsangehöriger, wurde am 9. Februar 1935 durch den Lockspitzel Dr. H. Wesemann im Automobil auf deutsches Gebiet verschleppt und dort der Staatspolizei übergeben. In den Interpellationen von Ständerat Dr. E. Thalmann und Nationalrat F. Schneider kam am 25./26. März vor den eidgenössischen Räten die heftige Reaktion der Basler Bevölkerung auf die übeln Methoden der Gestapo zum Ausdruck. Erst auf mehrfachen energischen Protest des Eidgenössischen Politischen Departementes hin bequemten sich die deutschen Amtsstellen dazu, den Entführten den schweizerischen Behörden zurückzugeben, worauf er wegen unerwünschter politischer Tätigkeit aus unserem Lande verwiesen wurde. Das Basler Strafgericht verurteilte den Gestapoagenten Wesemann am 6. Mai 1936 zu drei Jahren Zuchthaus.

Obgleich es sich vorerst noch um eine Angelegenheit der deutschen Staatsangehörigen handelte, wirbelte die innere Umgestaltung der Basler Deutschen Kolonie nach nationalsozialistischem Muster ebenfalls viel Staub auf. Nach der Gründung einer Ortsgruppe Basel der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) wurden die Kinder der in Basel wohnhaften Deutschen in der Hitlerjugend und im Bund deutscher Mädchen zusammengeschlossen. Die Organisation «Deutsche Arbeitsfront» suchte die Gesamtheit der in Basel wohnhaften berufstätigen Deutschen zu erfassen und sollte unter neutraler Flagge die Gleichschaltung aller jener ermöglichen, die der NSDAP indifferent oder gar feindlich gegenüberstanden. An der Universität entwickelte die «Deutsche Studentengruppe» eine auffällig intensive Tätigkeit. Es versteht sich, dass die beinahe zur Tradition gewordenen engen Beziehungen zwischen den Angehörigen der Deutschen Kolonie und unserer Bevölkerung beeinträchtigt wurden, weil eine den meisten Baslern fremde Ideologie die hier ansässigen Deutschen zu beherrschen trachtete.

Nur aus diesen Vorgängen heraus ist zu erklären, dass sich beim Hissen der Hakenkreuzflaggen über dem Badischen Bahnhof und dem Deutschen Konsulat Teile unserer Bevölkerung zu antinationalsozialistischen Kundgebungen hinreissen liessen, die unsere Polizeibehörden immer wieder vor unangenehme Aufgaben stellten. Zweifellos sprach aus diesem Verhalten nicht nur der Widerstandswille gegen nationalsozialistische Anmassung, sondern auch ein sozusagen historisches Ressentiment, das in den Beziehungen zu Deutschland seit altersher immer wieder durchzubrechen droht. Gleichwohl wirkt es erstaunlich, dass in Basel das Tischtuch so früh zerschnitten wurde, wo doch gerade hier noch zwanzig Jahre zuvor besonders enge kulturelle, wirtschaftliche, ja sogar politische Verbindungen mit den deutschen Nachbarn im Markgräflerland und im Elsass bestanden hatten.

Wenn je die Presse Spiegelbild der öffentlichen Meinung war, dann trifft dies sicher für die Basler Zeitungen in den Dreissigerjahren zu. Von einer unrühmlichen Ausnahme abgesehen, distanzierten sie sich einhellig und eindeutig vom nationalsozialistischen Gedankengut, die linksgerichteten Blätter in eher affektgeladenen Artikeln, die bürgerlichen nicht weniger klar, aber in gemässigter Form. Der tiefe Widerspruch zwischen der freien Basler Presse, die gewillt war, die Wahrheit zu sagen, und der staatlich gelenkten Presse des autoritären Regimes wurde für die deutschen Machthaber um so peinlicher, als gerade die «Basler Nachrichten» und die «National-Zeitung» in Deutschland zu den meistgelesenen deutschsprachigen Auslandzeitungen gehörten. Da die deutsche Presse, seit 1933 unter scharfer Zensur stehend, nur noch veröffentlichen durfte, was dem Reiche nach nationalsozialistischer Auffassung nützte, konnte die gänzliche Sperre der Schweizer Zeitungen im Reichsgebiet bloss eine Frage der Zeit sein. Am 30. Juni 1934 wurde – neben der «Neuen Zürcher Zeitung» und dem «Bund» – die «National-Zeitung» erstmals verboten, am 2. Juli 1935 auch die «Basler Nachrichten». Weitere Verbote trafen noch im gleichen Jahr so gut wie alle deutschsprachigen Zeitungen unseres Landes; zu den wenigen Ausnahmen zählte die «Neue Basler Zeitung».

Nachdem offenbar wurde, dass hinter den nationalsozialistischen Forderungen eine riesenhafte militärische Aufrüstung stand, war für jedermann klar, welchen Weg Deutschland zur Durchsetzung seiner Ansprüche zu beschreiten entschlossen war. Die Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes im Jahre 1936 wurde für alle Nachbarstaaten Deutschlands zum Warnungszeichen dafür, dass die Gefahr, die bis dahin latent gedroht hatte, nun in ein akutes Stadium trat. Beinahe erschreckender noch war es aber, das Versagen jener Kräfte festzustellen, die sich eigentlich für die Erhaltung der bestehenden europäischen Ordnung hätten einsetzen müssen.

Was von nun an bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges die Beziehungen des Reiches zur Schweiz bestimmte: unaufhörliche Presseangriffe, Überschwemmung unseres Landes mit reichsdeutschen Propagandaschriften, unfreundliche Radiosendungen, Aufbau von nationalsozialistischen Stützpunkten in den wichtigeren Schweizerstädten, Gründung von Spionageringen, wirtschaftliche Pressionsversuche, alles dies erkannte man auch in Basel als Teil eines wohldurchdachten, systematischen Feldzuges gegen die Unabhängigkeit der Schweiz. Dieser verriet deutlich die Absicht der deutschen Machthaber, den Kampf gegen jeden Staat, der als dereinstige Beute ausersehen war, nicht nur auf militärischem Gebiet vorzubereiten, sondern ihn in alle seine Lebensbezirke, gewissermassen bis ins Herz des einzelnen Bürgers, zu tragen. Der totalitäre Krieg galt also der

öffentlichen Meinung im Feindesland, dem Radio, der Presse ebensosehr wie den wirtschaftlichen Belangen. Erst zuletzt, im entscheidenden Höhepunkt, sollte der militärische Angriff ebensowohl vorbereitet als umfassend ausgelöst werden. So betrachtet befand sich das Deutsche Reich bereits drei Jahre vor der Einleitung militärischer Aktionen im Kriegszustand mit sämtlichen Nachbarstaaten, die Schweiz eingeschlossen.

Wer sich der Tatsache bewusst war, dass vor dem ersten Weltkrieg und dann wieder in den Zwanzigerjahren in Basel deutsche Staatsbürger zu Tausenden eingebürgert worden waren, erkannte auch, welche Möglichkeiten sich einer staatsfeindlichen deutschen Propoganda hier boten, und eben auf die erhoffte nationale Unzuverlässigkeit dieser zum Teil noch kaum richtig assimilierten Kräfte gründeten die Nationalsozialisten ihre subversiven Pläne.

Dass Basel, früher als dies viele Miteidgenossen verstehen konnten, auf ausgedehnte Abwehrmassnahmen gegen die braune Flut drängte, ist aus seiner geographischen Lage heraus wohl verständlich. Wo sonst gab es jetzt im deutsch–schweizerischen Verhältnis mehr Reibungsflächen als eben im Gebiet der Rheinstadt? Zu langsam und zu vorsichtig reagierten die Bundesbehörden damals für manchen Basler auf die versteckten und offenen Angriffe der deutschen Presse gegen unsere Unabhängigkeit. Aus dieser Ungeduld heraus ist auch die Lancierung einer kantonalen Initiative zum Verbot der deutsch-nationalsozialistischen Organisationen innerhalb des Kantons Basel-Stadt zu erklären, eines Volksbegehrens, das seinem Inhalte nach zu einem Kompetenzkonflikt zwischen kantonalen und eidgenössischen Behörden führen musste. Auch die ansehnliche Unterschriftenzahl von 15 300, welche die Initiative auf sich vereinigte, konnte den Bundesrat nicht hindern, der Basler Regierung am 2. September 1938 zu empfehlen, sie nicht zur Abstimmung zu bringen, da die Gesetzgebung auf diesem Gebiet in die Kompetenz der Bundesbehörden falle. Einen Rekurs gegen diesen Entscheid lehnte das Bundesgericht ab. Damit wurde auch zum Ausdruck gebracht, dass Schutzmassnahmen jeglicher Art nur erfolgreich sein konnten, wenn sie unter gesamtschweizerischem Aspekt getroffen wurden. Die Initianten und mit ihnen weite Kreise der Basler Bevölkerung befürchteten jedoch, die Bundesbehörden möchten mit Rücksicht auf aussenpolitische Schwierigkeiten solche politische Vorkehrungen gegen die Nationalsozialisten umgehen. Obgleich die Basler vielleicht mehr als andere Schweizer über die Grenzpfähle hinauszublicken pflegen, setzte sich gerade hier wohl zuerst die Meinung durch, in den kommenden Jahren werde eine betont enge Gemeinschaft mit den eidgenössischen Mitständen, ein eigentlicher Schulterschluss, unumgänglich sein. Nirgends empfand man aber auch die drohende Isolierung gegen aussen stärker als in der Rheinstadt.

Worin bestanden die Massnahmen zum Schutze unseres Landes? Am sichtbarsten wurden sie auf militärischem Gebiet. Im Zeichen des kommenden Krieges standen die Verlängerung der Rekrutenschulen und der Wiederholungskurse, eine Neuorganisation des Grenzschutzes und die Neubewaffnung von Infanterie und Artillerie im Rahmen der Truppenordnung von 1938, ferner der Bau von modernen Sperrfestungen an den Landesgrenzen und die Aufstellung einer Luftschutzorganisation; dies alles wurde mit einer Selbstverständlichkeit verwirklicht, die ganz vergessen liess, dass noch wenige Jahre vorher die Notwendigkeit einer Armee überhaupt zur Diskussion gestellt gewesen war. Darin äusserte sich auch der bedeutsame Gesinnungswandel der sozialistisch orientierten Arbeiterschaft in der Frage der Landesverteidigung, zeigten sich doch angesichts der schweren äusseren Gefahren die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei in ihrer Mehrheit bereit, den bürgerlichen Sozialstaat mitverteidigen zu helfen, wodurch erst die Schaffung einer geschlossenen inneren und äusseren Front möglich wurde. Derselbe Kanton Basel-Stadt, der erst noch wegen der militärgegnerischen Haltung seiner Arbeiterschaft geschmäht worden war, stimmte 1936 mit ansehnlicher Mehrheit für die Verlängerung der Rekrutenschulen und zeichnete 42 Millionen Franken Wehranleihe, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet den weitaus grössten Betrag unter allen Kantonen.

Voraussetzung einer Neuorientierung der Arbeiterschaft im nationalen Sinn war die Bereinigung schwerer Spannungen, die zum Teil der Wirtschaftskrise entsprangen. Hier schuf die Beendigung der verhängnisvollen Deflationspolitik durch den Abwertungsbeschluss des Bundesrates jenes günstige Verhandlungsklima zwischen Arbeitgebern und -nehmern, in dem das beispielhafte Abkommen über den Arbeitsfrieden in der Metallindustrie (1937) erst zustandekommen konnte. Den Weg dazu hatten allerdings die Basler mit ihrem Arbeitsrappengesetz (1935) schon vorher gewiesen. Zur allgemeinen Erleichterung sank die Arbeitslosenzahl von 1937 an rapid, und der Geschäftsgang von Industrie und Gewerbe besserte sich zusehends so deutlich, dass der Bundesrat, durch die Erfahrungen im ersten Weltkrieg gewitzigt, nun ohne Bedenken auf Lagerhaltung grosser Reserven an Rohstoffen und Nahrungsmitteln dringen konnte. Was in dieser Zeit auf wirtschaftlichem Gebiet an Kriegsvorsorge in die Wege geleitet wurde, sollte sich in Zukunft als höchst wertvolle Stütze der politischen und militärischen Position unseres Landes erweisen.

Die politische Abwehrsituation jener Jahre ist gekennzeichnet durch die immer engere Abschliessung Basels gegenüber der badischen Nachbarschaft. Unsere Stadt, die in Friedenszeiten als Drehscheibe Europas von

jeher enge Beziehungen weit über die Landesgrenzen hinaus gepflegt hatte, zog sich nun auf die schweizerische Stellung zurück. Ist es ein Zufall, dass allenthalben das Interesse für Schweizergeschichte erwachte? Freilich konnte es auch hier nicht bei einer abwartenden Haltung sein Bewenden haben, da der Gegner auch von innen her drohend auftrat. Am 15. November 1938 wurde dem Polizeidepartement eine Abteilung Politische Polizei angegliedert; ihre Aufgabe war es, die subversive Tätigkeit der schweizerischen Rechtsextremisten zu beobachten und wenn nötig auf Grund der Demokratie-Schutzverordnung gegen staatsfeindliche Umtriebe vorzugehen. Leonhardts Volksbund zeigte nun in seiner Fahne auf einem langschenkligen Schweizerkreuz ein weisses Hakenkreuz, womit die Hörigkeit dieser Gruppe auch nach aussen deutlich wurde. Polizeiliche Erhebungen ergaben schon damals, dass mehrere Mitglieder dieses Kreises einen politischen Nachrichtendienst für Deutschland organisiert hatten, um über Vereine, Firmen und Privatpersonen in Basel politische Angaben zu übermitteln. Das Bundesstrafgericht verurteilte fünf Angeklagte zu Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr. In diesem Zusammenhang ist auch das am 27. November 1938 vom Souverän gutgeheissene kantonale Gesetz über den Ausschluss der Kommunisten und Angehöriger anderer staatsgefährlicher Organisationen vom öffentlichen Dienst zu erwähnen.

Den Zeitungen gebot die steigende Empfindlichkeit der deutschen Machthaber eine gewisse Zurückhaltung in der Beurteilung deutscher Vorgänge, vor allem seit sich immer deutlicher zeigte, dass deutscherseits die Haltung unserer Presse als Vorwand zu Angriffen gegen die Neutralität unseres Landes gebraucht wurde. Es handelte sich für die Redaktoren darum, ob sie die Wahrheit unverblümt oder unter vorsichtiger Lenkung des Lesers veröffentlichen sollten. Im allgemeinen erkannten auch hier die Basler Zeitungen ihre Verantwortung, indem sie ihre Leser behutsam auf Schlimmes vorbereiteten und gleichzeitig die Behörden zu höchsten Anstrengungen in militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht ermahnten. Leicht war es ohne Zweifel nicht, solche Zurückhaltung zu üben, wenn man die heftigen Reaktionen bedenkt, die zum Beispiel das deutsche Vorgehen gegen Österreich (März 1938) und gegen die Tschechoslovakei (März 1939) in der Basler Öffentlichkeit auslöste. Auch die Aussenpolitik Bundesrat Mottas, welche die Anerkennung der integralen Neutralität der Schweiz anstrebte, war in manchen Kreisen unserer Stadt dem Vorwurf des Leisetretens gegenüber den Diktatoren Mussolini und Hitler ausgesetzt.

Wer vor aller Welt unverhohlen auszusprechen wagte, was der einfache Mann auf der Strasse vom Nationalsozialismus und seinen Methoden dachte, sicherte sich grossen Beifall. So wurde die Parole, die Bundesrat Hermann

Obrecht am 16. März 1939, einen Tag nach der deutschen Besetzung Prags, hier in Basel prägte, rasch zum geflügelten Wort:

> «Jedermann muss wissen, dass dem, der uns angreift, der Krieg wartet. Wir werden nicht ins Ausland wallfahrten gehen, um Hilfe zu suchen, sondern wir werden uns selbst und auf uns selbst gestellt unserer Haut zu wehren wissen.»

In der «National-Zeitung» kommentierte ein Mitarbeiter die Prager Ereignisse mit den Sätzen:

> «Jeder, der irgendwie im Machtbereich Deutschlands steht, wird wissen, dass nur eine Staatspolitik, die vor dem Kampf um die Existenz nicht einen Augenblick zurückscheut, und ein einhelliger Wille des Gesamtvolkes zum Widerstand heute in Frage kommen. Verträge, Versicherungen, Beteuerungen und sonstige diplomatische Sicherungen haben eine starke Einbusse erlitten.»

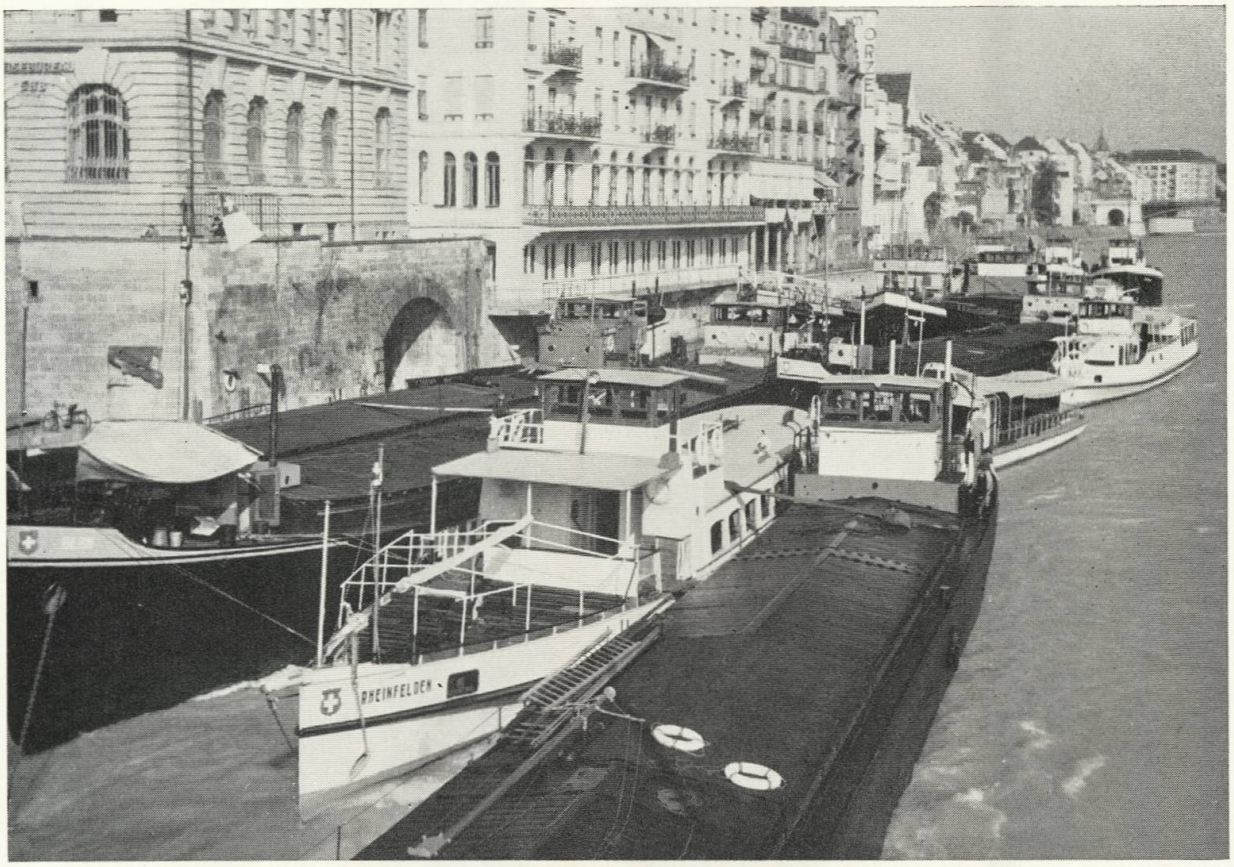
Einige Tage später meldete ein offizielles Communiqué, dass der Bundesrat das Laden der Minen an allen Fronten angeordnet und zur Verstärkung der Bewachung die nötigen Truppenaufgebote erlassen habe. Diese Vorsichtsmassnahmen galten unter anderm auch den Basler Rheinübergängen. Zum erstenmal wurden die neuen Alarm-Detachemente der Basler Grenztruppen in Verbindung mit dem Regimentskommando aufgeboten. In diese Zeit fällt ebenfalls die Aufforderung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes an die Bevölkerung, Notvorräte für zwei Monate anzulegen. Von dieser Pflicht blieben jene Einwohner ausgenommen, die ihrem niedrigen Einkommen entsprechend als Mitglieder der Öffentlichen Krankenkasse Anspruch auf den vollen kantonalen Beitrag hatten. Einzelne Stichproben, in den folgenden Monaten da und dort durchgeführt, ergaben das befriedigende Resultat, dass die Bevölkerung im allgemeinen dem Ruf der Behörden Folge geleistet hatte.

Generalmobilmachung 1939

Die Reaktion Englands und Frankreichs auf Hitlers Angriff gegen die Tschechoslowakei liess keinen Zweifel darüber offen, dass jede weitere Expansion Deutschlands auf den äussersten Widerstand der Westmächte stossen werde. In Anbetracht der dynamischen Aussenpolitik der Nationalsozialisten wurde damit eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Mächten des status quo und der Achse Deutschland-Italien wahrscheinlich, wenn auch nicht unvermeidlich. Dem politischen Beobachter konnte es

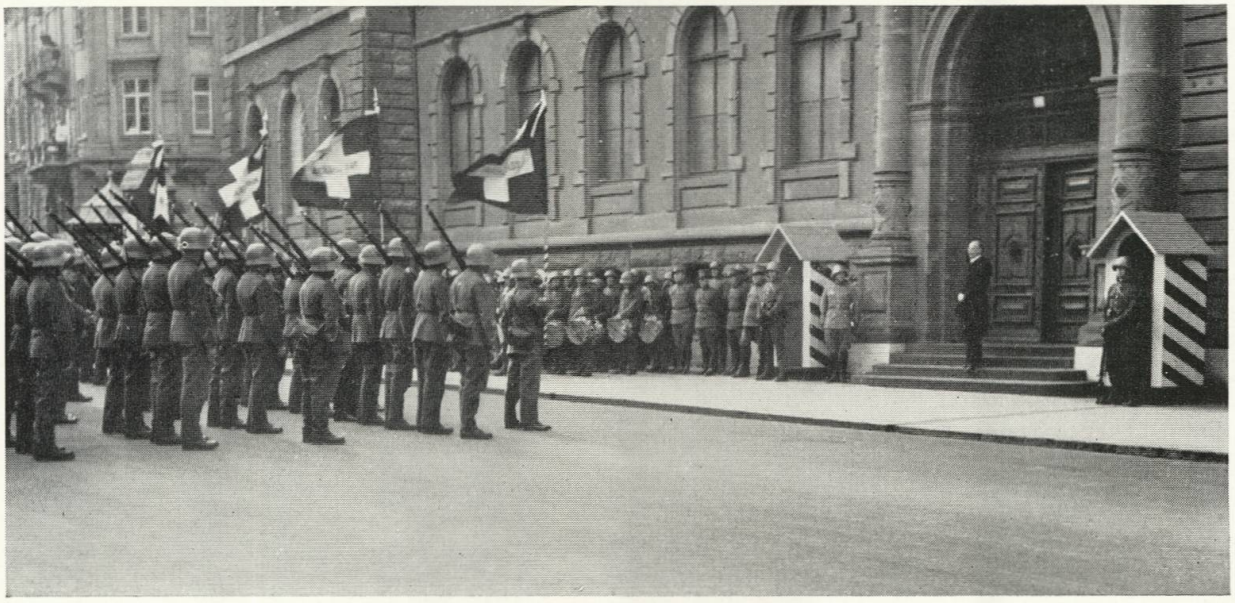
Vereidigung einer Luftschutz-Kompagnie (Photo Jeck)

Improvisierte Barrikade



Internierte Schiffe an der Basler Schifflände

Fahnenübergabe der vier Basler Territorial-Bataillone am 8. Dezember 1939



nicht entgehen, dass die neutrale Stellung der Schweiz in dem sich abzeichnenden militärischen Konflikt nirgends in unserem Land ernsthaft zur Diskussion stand. So einhellig die öffentliche Meinung auch in Basel beinahe instinktiv nach der Seite der Westmächte hinneigte, so klar war es jedermann, dass nur die Maxime der bewaffneten Neutralität der Schweiz eine Möglichkeit bot, sich ausserhalb des Krieges zu halten. Zahlreich waren bereits in dieser Vorkriegszeit die Schwierigkeiten, die sich für die Behörden aus dem Gegensatz zwischen der Haltung der einzelnen Bürger und derjenigen des Staates als Ganzes ergeben mussten. Vor allem die Presse war immer wieder Gegenstand unerquicklicher Diskussionen.

Deutlicher als bisher stand im Frühjahr und Sommer 1939 in Basel das öffentliche Leben unter dem Aspekt kommender Notzeiten; denn nur noch wenige Optimisten glaubten, Anzeichen für eine friedliche Lösung der schwebenden Konflikte, hauptsächlich der Danziger-Frage, feststellen zu können. Am 31. Mai vereinigte eine Grenzlandkundgebung 15000 Jungbürger zu einer Demonstration für die unabhängige und demokratische Schweiz. Ein Fackelzug bewegte sich von der Mustermesse zum Münsterplatz, wo Regierungsrat Dr. F. Ebi, H. Schwarz (Bern) und Prof. Dr. G. Thürer (St. Gallen) als Redner das Gebot der Stunde in Erinnerung riefen. Bereits wenige Tage später fand zugunsten einer eidgenössischen Abstimmungsvorlage für die Verstärkung der Landesverteidigung und für Arbeitsbeschaffungsmassnahmen eine öffentliche Versammlung statt, an der Oberstdivisionär René von Graffenried und der sozialdemokratische Nationalrat K. Ilg (Bern) sprachen. Der Grosse Rat befasste sich in jenen Monaten auf Grund verschiedener Interpellationen mehrmals mit dem aktiven und passiven Luftschutz unserer Stadt, ferner mit dem heikeln Problem der Evakuierung der Zivilbevölkerung im Kriegsfall. Während die Regierung die Aufstellung ortsgebundener Flieger-Abwehrbatterien aus kantonalen Mitteln ablehnte, bemühte sie sich um den wirksamen Ausbau der Organisation des passiven Luftschutzes. Nach den Angaben des Vorstehers des Polizeidepartementes am 11. Mai 1939 sollten die Bestände des allgemeinen Luftschutzes zunächst bis 1300 Mann, diejenigen der Fabrik-Luftschutzorganisationen auf 1620 Personen erhöht werden. Die Zahl der öffentlichen Schutzräume betrug damals 47, ihr Fassungsvermögen rund 7000 Personen.

Als am 9. Juli über zehntausend Basler nach Zürich an den Basler Tag der Schweizerischen Landesausstellung fuhren, hingen schon dunkle Kriegswolken über Europa. Wie ein Sinnbild repräsentierte diese unvergessliche Schau, die den ungeteilten Beifall selbst der kritiklustigen Basler fand, die mannigfaltigen Werte der politischen und kulturellen Eigenart unseres Landes. Was den Schweizern seit Jahrzehnten Selbstverständlichkeit war,

erschien nun aufs Höchste bedroht, und mancher Besucher der Landesausstellung fragte sich insgeheim ängstlich, ob es gelingen werde, diese unveräusserlichen Güter durch den kommenden Sturm zu retten. Acht Wochen später fielen auf die Feier des 495. Jahrestages der Schlacht von St. Jakob an der Birs bereits die Schatten des bevorstehenden Krieges, der seit der Ankündigung des deutsch-sowjetrussischen Paktes unvermeidlich war. Wohl versicherte ein beruhigendes Communiqué aus dem Bundeshaus: «Eine friedliche Lösung der gegenwärtigen internationalen Krise ist auch jetzt noch nicht ausgeschlossen»; doch gab es nicht mehr allzuviele, die in diesem Zeitpunkt eine solche Hoffnung teilten.

Es folgte die letzte Augustwoche, ohne Zweifel die spannungsreichste seit den Kriegsjahren 1914–18. Äusserlich bot Basel zunächst noch das Bild einer Stadt, deren Bewohner ihrer täglichen Arbeit mit gewohnter Regelmässigkeit nachgingen, ohne sich von der Beklemmung dieser Tage etwas anmerken zu lassen. Ganz unmerkbar aber rückte in diesen Stunden unser Stadtkanton, der als Gemeinwesen von 170000 Einwohnern an der Peripherie der Gefahr am stärksten ausgesetzt war, näher und näher an die Gesamtheit der eidgenössischen Stände heran. Je wahrscheinlicher der Krieg wurde, desto enger wurde der geistige und politische Schulterschluss zwischen Basel und der übrigen Eidgenossenschaft. Schlag auf Schlag jagten sich nun die Ereignisse: der Montag, den 28. August, brachte die von Radio und Extrablättern verbreitete Nachricht von der befohlenen Mobilisation des Grenzschutzes, der Fliegertruppen, der Territorialstäbe und des passiven Luftschutzes. Dazu gehörten als baselstädtische Verbände die Territorialbataillone 127, 128, 129 und 179 (mit einem Bestand von über 3600 Mann), die Stabskompagnie und drei weitere Kompagnien eines Grenzschutzbataillons, ferner das Luftschutzbataillon Basel-Stadt mit rund 1300 Mann. Als Grenztruppen unterstanden die Territorialbataillone direkt dem Stadtkommando (Oberstleutnant Hans De Bary), mittelbar dem Kommando der Grenzbrigade 4, und erhielten das Stadtgebiet Basels als Verteidigungssektor zugewiesen.

Während diese Einheiten am frühen Dienstagmorgen (29. August) ihre Posten bezogen, verstärkte sich der Rückreisestrom der ausländischen Feriengäste im Bundesbahnhof: die Cook-Extrazüge trafen in grösserer Zahl und rascher Folge aus allen Teilen der Schweiz ein. Auf dem Rhein musste die Schleppschiffahrt eingestellt werden; rasch füllten sich die Hafenbecken und der Raum vor der Schifflände mit Schiffen aller Arten und Nationalitäten, deren Besatzungen in der neutralen Schweiz Zuflucht suchten. Der Mittwoch (30. August) stand im Zeichen der Wahl General Guisans durch die Bundesversammlung. Nun trat auch der militärische Akzent

innerhalb des Kantons Basel-Stadt deutlicher in Erscheinung, seit die wichtigsten Zufahrtsstrassen, die Brücken und Bahnlinien – vorerst behelfsmässig – gesperrt und ein umfangreicher Grenzsicherungsdienst eingerichtet worden war. Die erste Aufgabe der Grenztruppen bestand darin, die Mobilisation der Feldarmee sicherzustellen und den Abtransport der einrückenden Wehrmänner in die Wege zu leiten. Besondere Aufmerksamkeit erregten die Sperren auf den Rheinbrücken, welche die Einführung des Einbahnbetriebes bei den Strassenbahnen bedingten, und dann die der Eingebung des Augenblicks entsprungene Verwendung alter Tramwagen als Barrikaden. Sehr viel zahlreicher, als der Einzelne ahnen mochte, waren an den Zugängen zur Stadt getarnte Hindernisse aller Art zu finden. Die ruhige, geräuschlose Promptheit, mit der alle diese Sicherheitsvorkehrungen getroffen wurden, verschaffte der Bevölkerung ein gewisses Gefühl der Zuversicht. Von diesem Glauben an die Zukunft war auch der erste Armeebefehl General Guisans getragen. Er lautete:

«A.H.Q. 31. Aug. 1939
Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten,
die Bundesversammlung hat mir den Oberbefehl über die Armee anvertraut. Ich bin mir meiner schweren Verantwortung bewusst, aber ich übernehme sie mit Vertrauen und Stolz, weil ich den Geist kenne, der die Armee belebt. Ich weiss, dass in diesen ernsten Stunden jeder von Euch bereit ist und auf dem ihm angewiesenen Posten seine Pflicht tun wird.
Der Oberbefehlshaber: General Guisan.»

Als schwarzer Tag ging der 1. September 1939 in die Geschichte ein, fiel doch in den frühen Morgenstunden dieses historischen Tages mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Polen die längst befürchtete Entscheidung über Krieg und Frieden. Wer abkömmlich war, verfolgte zu Hause oder am Arbeitsplatz durch den Radioempfänger die unheilverkündende Rede des deutschen Reichskanzlers vor dem Reichstag. Hatte sich Deutschland 1914 eher fahrlässig in einen Kampf gegen die übrigen europäischen Grossmächte eingelassen, so entfesselte jetzt Hitler einen zunächst europäischen Krieg mit allem Vorbedacht, dies war der allgemeine Eindruck. Albert Oeri kommentierte in den «Basler Nachrichten» das aufregende Tagesgeschehen unter dem Titel «Der Kriegsausbruch» mit folgenden Bemerkungen:

«Leider kann seit den heutigen Morgenstunden kein Zweifel mehr bestehen: der deutsch-polnische Krieg ist ausgebrochen. Reichskanzler Hitler hat ihn durch seinen Tagesbefehl an die Wehrmacht proklamiert, und die Wehrmacht hat dem Befehl durch Eröffnung der Feindseligkeiten an der Grenze und durch ein Luftbombardement von Warschau Folge geleistet. Damit hat Hitler die Verantwortung nicht nur für den Krieg mit Polen, sondern auch für alles weitere übernommen.»

Aus dem letzten Teil des Leitartikels sprach allerdings noch eine gewisse Zuversicht, wenn Oeri folgendes betonte:

«Dagegen sei mit allem Nachdruck auf unser Privattelegramm aus Rom verwiesen, wonach man dort die Hoffnung auf eine friedensrettende Intervention Mussolinis nicht aufgegeben hat. Würde sie unterbleiben oder misslingen, so stände die Welt nicht nur vor der Katastrophe eines deutsch-polnischen, sondern eines europäischen oder sogar Weltkrieges. Gott bewahre alle Länder davor, insonderheit unser liebes Schweizerland.»

Leider sollte sich diese schwache Hoffnung nicht erfüllen. Zum letztenmal für lange Jahre konnten die Hausfrauen mit einer verhältnismässig kaufkräftigen Währung Lebensmittel und andere Produkte, soweit diese nicht bereits gesperrt waren, erstehen, zum letztenmal durfte die Presse offen und uneingeschränkt berichten, zum letztenmal waren die Grenzübergänge ins Ausland geöffnet. Wenige Minuten vor Mittag traf beim Regierungsrat das Mobilmachungstelegramm ein, lautend: «Kriegsmobilmachung. Die ganze Armee ist aufgeboten. Der erste Mobilmachungstag ist der 2. September. Weisses Plakat. Eidgenössisches Militärdepartement.» Knapp zwei Stunden später klebte an allen Plakatsäulen das Aufgebot zur Generalmobilmachung. Diese schwerwiegende Mitteilung aus Bern, die auch Radio Beromünster im Mittags-Nachrichtendienst ausstrahlte, löste zwar auch in unserer Stadt in mancher Familie betretenes Schweigen oder ängstliche Aufregung aus; doch war man auch sofort bereit, sich mit dem Bevorstehenden als mit etwas Unausweichlichem abzufinden.

Wohl gaben die kriegführenden Grossmächte in Bern die Zusicherung ab, die schweizerische Neutralität achten zu wollen. Indessen war man sich in Basel, wie überall in der Schweiz, im klaren darüber, dass im Zeitalter der Vertragsbrüche und der diplomatischen Lügen solche Versprechungen nur solange eingehalten wurden, als dies den Interessen der Kriegführenden entsprach. So musste die Schweiz ihre Hoffnung, unversehrt zu bleiben, auf eine respektgebietende Armee bauen.

Vom Mobilmachungsbefehl wurden betroffen, abgesehen von den bereits eingerückten Deckungstruppen, die baselstädtischen Auszugs-Inf.-Bataillone 54, 97, 99 und 58 (I. und. II. Kp.), vereinigt im Inf. Reg. 22, das Landwehr I-Bataillon 53 (Stabskp., II., III., IV. Kp.) und die Schützen-Kp. 1/5; dazu kamen alle jene Basler Wehrmänner, die den Spezialtruppen aller Gattungen zugeteilt waren, und – nach Tausenden zählend – die Niedergelassenen als Angehörige ausserkantonaler Truppenteile. Ferner rückten zum Teil sofort, zum Teil später ein: HD-Bewachungskompagnien 1–8 BS (die ersten eingerückten Bewachungseinheiten dieser Art), HD-Bau-Detachemente 1–2, HD-Tarnungs-Detachemente 1–3, HD-Magazin-Detache-

mente 1–8, HD-Sanitäts-Detachemente 45–48, HD-Sanitäts-Träger-Kolonnen 4 und 21, dann das Personal des Divisionsgerichtes 4, des Territorialgerichtes 2b, des Spionage-Abwehrdienstes und der Presse-Prüfungsstelle.

Aus allen Gassen und Häusern strömten am Morgen des 2. Septembers die mit Vollpackung ausgerüsteten Soldaten, von ihren Angehörigen begleitet, dem Bahnhof zu. Mehr als je beherrschte hier Feldgrau das Bild. Für sie alle, die nun von einer Stunde zur andern aus ihrer bürgerlichen Tätigkeit herausgerissen, ins Feld zogen, begann eine Zeit des unbedingten persönlichen Einsatzes, des unmessbaren Opfers an Gesundheit und Arbeitsstunden. Viel länger als je erwartet, unendlich lange sollte sie dauern, nicht nur für die direkt Betroffenen, sondern auch für ihre Angehörigen, die zuhause unter der Abwesenheit des Wehrmannes in irgendeiner Weise litten. Imponierend wirkte auf den Beobachter die vollkommene Ruhe, in der sich dieser Übergang Tausender und aber Tausender aus dem Zivilleben in die unbekannte Zukunft des Aktivdienstes vollzog.

Offenbar wirkte dieses Verhalten beispielhaft, fand sich doch die Zivilbevölkerung rasch mit den zahlreichen Umstellungen ab, welche die plötzliche Abwesenheit von gegen 25 000 Arbeitskräften verursachte. Wohl sah man sich gezwungen, den Betrieb der Strassenbahnen einzuschränken, auf den Schulunterricht bis zur Erstellung von Notpensen (7. September) zu verzichten und manchen kleineren Geschäftsbetrieb vorübergehend zu schliessen; doch arbeiteten die grossen Industrieunternehmungen, von wenigen Betriebseinschränkungen abgesehen, weiter, und die Lebensmittelversorgung unserer Stadt blieb aufrechterhalten. Allerdings bewirkte bei Kriegsbeginn die Requisition zahlreicher Fahrzeuge durch die Armee und die Rationierung von Brennstoffen Schwierigkeiten im Basler Transportgewerbe, eine Kalamität, die erst im Laufe der folgenden Monate allmählich behoben werden konnte. Da der Rhein seit Ausbruch der Feindseligkeiten die eigentliche Frontlinie zwischen den beiden Kriegsparteien bildete, musste die Schiffahrt auf dem Oberrhein eingestellt bleiben. In den Hafenanlagen ruhten noch rund hundert Schiffe verschiedener Flagge, die wegen des Unterbruchs nicht mehr zu Tal fahren konnten. Am 2. September wurden die Schützen am Stauwehr Kembs in die tiefste Lage gebracht, wodurch die Stauwirkung zum grössten Teil aufgehoben wurde, ohne dass dies nachteilige Folgen für die Basler Hafenanlagen gehabt hätte.

Wer sich der unerfreulichen Haltung gewisser Teile unserer Bevölkerung in den Augusttagen 1914 noch erinnern konnte, mochte nun überrascht sein, mit welcher Selbstverständlichkeit sich unsere Stadt in die neue Situation fand, und zwar erst noch unter schwierigeren Umständen als im ersten Weltkrieg, erfasste doch die allgemeine Mobilmachung diesmal einen

wesentlich grösseren Kreis der männlichen Bevölkerung. Die Erklärung für den auffallenden Wandel ist wohl darin zu suchen, dass der einzelne Bürger, durch die unruhige Zeit eines eigentlichen Vorkriegsstadiums vorbereitet, jetzt nicht mehr unvermittelt vor die Tatsache des Kriegsausbruchs gestellt wurde. Den Mitteilungen über die Regierungsratsverhandlungen vom 2. September 1939 ist über diesen Gegenstand folgendes zu entnehmen:

> «Der Regierungsrat hat festgestellt, dass die vom Bundesrat angeordnete Generalmobilmachung in Basel mit gleicher zuversichtlicher Ruhe vor sich gegangen ist, wie sich zu Beginn der Woche die Mobilmachung der Grenztruppen vollzogen hat.
> Auch die Zivilbevölkerung hat in anerkennenswerter Weise ihre Ruhe bewahrt. Jedermann wird aufgefordert, weiterhin seinen Geschäften nachzugehen. Sollte sich in einem späteren Zeitpunkt irgendein besonderes Verhalten der Zivilbevölkerung als nötig erweisen, so werden seitens der eidgenössischen oder kantonalen Behörden rechtzeitig die erforderlichen Anordnungen getroffen.»

In welcher militärpolitischen Lage befand sich Basel bei Kriegsbeginn? Im Gegensatz zu 1914 berührte nun unsere Stadt die Ausgangsfrontstellung der beiden grossen kriegführenden Kontinentalmächte am einen Flügel und verblieb in dieser Situation, solange die Front im Westen nicht in Bewegung geriet. Unter diesen Umständen bildete Basel im schweizerischen Dispositiv einen zentralen Verteidigungspunkt und wurde als Bollwerk in die Frontlinie einbezogen. Damit erhielt das Stadtkommando eine heikle und nicht leicht lösbare Aufgabe. Nicht zu übersehen war auch die Gefahr, die aus dem Luftraum, diesem neuen Kampfplatz, drohte. Als Grenzstadt war Basel allfälligen Fliegerangriffen besonders ausgesetzt. Die exponierte Lage in der Nordwestecke der Schweiz brachte es mit sich, dass die Basler eigentlich die Kriegsereignisse unmittelbar jenseits der Landesgrenzen ebensosehr miterlebten wie die Verteidigungsvorbereitungen der schweizerischen Armee diesseits.

Dem neutralen Grundsatz entsprechend beruhte der Verteidigungsplan unserer Armee zunächst auf der alternativen Möglichkeit eines deutschen oder eines französischen Flankenangriffs, wobei Basel als Brückenstadt in einer besonders gefährlichen Zone lag. Gedeckt durch die Grenztruppen bezog das 2. Armeekorps (Prisi) zum Schutze der Nordgrenze mit der 5. Division (Bircher) im Raum zwischen Aare und Fricktal und mit der 4. Division (Scherz) im Solothurner und Basler Jura Stellung. Dahinter standen als Armeereserve die 8. Division (Gübeli) im Gebiet der Wigger und die 3. Division (Graffenried) zwischen Bern und Murten. Bereits kurz nach der Mobilmachung konnte eine Mitteilung des schweizerischen Armeestabes melden, dass die schweizerische Armee am Sonntag, den

3. September, zur Zeit der Kriegserklärung der Westmächte an das Reich, ihre Mobilisation vollzogen habe und in den ihr zugewiesenen Verteidigungsabschnitten bereitstehe.

Der erste Kriegssonntag sah im Münster eine grosse Gemeinde zum ernsten Bittgottesdienst versammelt. Zahlreiche neugierige Zivilisten, die am Nachmittag in der Nähe der Grenzen oder an den Grenzübergängen nach Frankreich und Deutschland etwas vom kriegerischen Geschehen zu erhaschen hofften, kamen allerdings nicht auf ihre Rechnung. Wohl waren durch die Feldstecher französische Artilleriestellungen beim elsässischen Dorf Volkensberg zu beobachten, doch herrschte beidseits des Rheins noch allgemeine Waffenruhe. Indessen verrieten die vereinzelten Bewohner der elsässischen Grenzdörfer, die über die geschlossenen Schlagbäume und die aufgestellten Barrikaden hinweg ihren schweizerischen Bekannten zum Abschied zuwinkten, in ihren Gesichtszügen Trostlosigkeit und Angst. An der Wiese fanden sich wie üblich – wenn auch nicht in so grosser Zahl – die sonntäglichen Badegäste ein. Einzig die unsere Landesgrenze markierenden Mustermesse-Flaggen und die in Deckung Wache haltenden Soldaten der Territorialbataillone erinnerten sie wohl daran, dass über Nacht unser Stadtgebiet zur gefährdeten Grenzzone geworden sei.

Viele und schwerwiegende Probleme wirtschaftlicher Art erwuchsen den Zivilbehörden aus der Mobilmachung der Armee. Einige darunter drängten zu sofortiger Lösung, so die Fürsorge für die in materielle Not geratenen Soldatenfamilien, die Sicherung der Lebensmittelversorgung unserer Stadt und eine gerechte Verteilung der Waren an alle sozialen Schichten, schliesslich die Preiskontrolle. Welch immense Bedeutung eine sozial gerechte Wirtschaftsordnung für die Aufrechterhaltung der inneren Front während des Krieges haben müsse, wurde diesmal in allen Kreisen unserer Bevölkerung frühzeitig genug erkannt; dies allein rechtfertigte die massiven Eingriffe der Staatsgewalt ins Wirtschaftsgefüge, die im Interesse des Ganzen unerlässlich wurden.

Im Kanton Basel-Stadt übernahm im wesentlichen die Zentralstelle für Kriegswirtschaft unter der Leitung von Prof. Dr. F. Mangold die Ausführung der staatlichen Massnahmen im wirtschaftlichen Sektor. Soweit die Lebensmittelversorgung zur Diskussion stand, hatte das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement in den letzten Augusttagen für eine Reihe von Waren eine vorsorgliche, auf zwei Monate berechnete Bezugssperre veranlasst, so für Zucker, Reis, Hülsenfrüchte, Teigwaren, Hafer- und Gerstenprodukte, Maisgriess, Maismehl, Speisefett und Speisebutter, Koch- und Salatöl. Dazu trat die Rationierung der flüssigen Kraft- und Brennstoffe. Die erste Aufgabe der Kantonalen Zentralstelle für Kriegswirtschaft

bestand nun darin, 35 000 blaue Karten an die Minderbemittelten verteilen zu lassen, damit diese ungehindert einkaufen konnten. Grosse Aufgaben stellte die endgültige Einführung der Lebensmittelrationierung, die Ausfertigung der Lebensmittelkarten an rund 60 000 Haushaltungen und die Zuteilung von Grossbezügercoupons an die kollektiven Haushaltungen. Wenn auch in allen wirtschaftlichen Belangen die Eidgenossenschaft regelnd eingriff, so blieb doch den kantonalen Behörden vorbehalten, auszuführen, was Bern verordnet hatte. Für Mängel wurden in der Öffentlichkeit natürlich zuerst die kantonalen Stellen verantwortlich gemacht. Um so wichtiger war es, dass zwischen Volk und Regierung gerade jetzt ein Vertrauensverhältnis bestand. Die Exekutive setzte sich bei Kriegsausbruch zusammen aus vier Sozialdemokraten, nämlich F. Brechbühl (Polizei), Dr. F. Ebi (Bau), Dr. F. Hauser (Erziehung), G. Wenk (Inneres), dann aus zwei Liberalen, Regierungsratspräsident Dr. A. Im Hof (Justiz) und Vizepräsident Dr. C. Ludwig (Finanzen), und schliesslich aus einem Radikalen, Dr. E. Zweifel (Sanität).

Trügerische Ruhe

Die ersten sieben Monate des zweiten Weltkrieges gingen unter der Bezeichnung «drôle de guerre» in die Geschichte ein, womit die überraschende Waffenruhe im Westen während dieser Zeit gekennzeichnet werden sollte. Wohl hatten die Westmächte dem Deutschen Reich nach dem Überfall der Wehrmacht auf Polen den Krieg erklärt; doch wollten oder konnten sie während des polnischen Feldzuges keinen Entlastungsangriff von Westen her gegen Deutschland unternehmen. Die Polnische Republik brach zusammen, ohne dass sich die beiden Hauptgegner an der Westfront mehr als Patrouillengefechte und Stosstruppkämpfe geliefert hätten. Auch nach dem Abschluss des polnischen Feldzuges blieb es an der Westfront so merkwürdig ruhig, dass mancherorts ernsthaft die Meinung vertreten wurde, der Krieg werde zu Ende gehen, bevor er eigentlich richtig ausgebrochen sei. Diese Pause vor dem grossen Zusammenstoss kam allerdings beiden Lagern gelegen, den Deutschen zur Reorganisation der Feldarmeen, den Westmächten zur Beschleunigung ihrer bisher vernachlässigten Aufrüstung. Wer aufmerksam beobachtete, dem konnte freilich nicht entgehen, dass sich hinter den Kulissen bedeutende militärische Entscheidungen vorbereiteten. Noch fehlte aber in unserer Öffentlichkeit eine eigentliche nähere Beziehung zum militärischen Geschehen in Europa. Während der Untergang des polnischen Staates kaum ein bemerkenswertes Echo in Öffentlichkeit und

Presse fand, löste der russische Angriff auf Finnland auch in der Basler Bevölkerung eine starke Welle der Empörung aus. Mit leidenschaftlicher Anteilnahme verfolgten alle Volksteile den Verlauf des Winterkrieges, den heldenhaften Widerstand der uns Schweizern in manchen Zügen verwandten Finnen und schliesslich ihre ehrenhafte Kapitulation vor der Übermacht. Die gefühlsmässige Bindung an das finnische Volk fand ihren Ausdruck in zahlreichen Geldsammlungen und in vereinzelten öffentlichen Kundgebungen, dann aber auch in Zeitungsartikeln, in denen unverblümt gegen den russischen Angriff auf Finnland protestiert und der finnische Widerstand als vorbildlich gelobt wurde. Klarer denn je trat jedem Bürger vor Augen, welche Gefahren den kleinen Staaten von Seiten beutegieriger Grossmächte drohten.

Die scheinbar entspannte militärische Situation schloss ohne Zweifel gerade für ein Land, dessen Armee Gewehr bei Fuss stand, bedeutende Gefahren in sich. Wieviel schwerer war es unter diesen Umständen, dem einzelnen Wehrmann die Notwendigkeit einer mehrmonatigen ununterbrochenen Dienstleistung vor Augen zu führen. Wohl erlaubte die augenblickliche Lage im Winter 1939/40 die Reduktion der aufgebotenen Truppenbestände unserer Armee auf ungefähr die Hälfte und die Einführung eines Ablösungsplanes für das Gros der Einheiten; doch lastete auch so noch die winterliche Schanzarbeit in den Jura-Stellungen, der Bau von Bunkern und die Rekognoszierung des Geländes schwer genug auf dem einzelnen Wehrmann. Die beim Basler Inf.-Regiment 22 eingeteilten Soldaten lernten damals vornehmlich das Tafeljura-Gelände mit den Übergängen vom Baselbiet ins Fricktal als Kampfabschnitt kennen. Zur Auffüllung der Bestände gewisser Einheiten, vor allem aber zur Verstärkung der Flieger-Abwehrtruppen, wurde im Spätjahr 1939 eine Nachmusterung aller Hilfsdienstpflichtigen bis zum 40. Altersjahr angeordnet. Sie ergab allein in Basel eine Vermehrung der Zahl der Diensttauglichen um 1005 Mann, von denen allerdings der grösste Teil nur bedingt diensttauglich erklärt werden konnte.

Wenn nun auch die Armeeleitung einen Operationsplan Nord für den Fall eines deutschen Angriffs ausarbeitete, so erlaubte doch die politische und militärische Situation noch nicht, ihn bereits in diesem Zeitpunkt in die Tat umzusetzen, und es blieb während des ganzen ersten Kriegswinters im wesentlichen bei der im September 1939 angeordneten Aufstellung der grossen Einheiten. Einzig der berühmte November-Alarm, der im Zusammenhang mit einem wirklichen oder bloss gespielten Attentatsversuch auf Hitler stand, bewirkte eine Verstärkung der schweizerischen Nordfront durch vorübergehende Heranziehung einer weiteren Division aus der

Armeereserve. Damals behauptete die deutsche Presse in verdächtiger Weise, die Fäden jenes Attentats reichten bis in die Schweiz. Auf französischer Seite machte sich eine gewisse Nervosität bemerkbar, die sich in Truppenverschiebungen im Grenzraum von Basel und in andern Vorbereitungen zu einer Gegenaktion äusserte.

Die Aufgabe der vier Basler Territorialbataillone bestand zunächst im Rahmen der Neutralitätsstellung in der Kontrolle der Grenzen nach allen Seiten und in der taktischen Aufstellung hinter den Sperren, ferner in der Bewachung der lebenswichtigen Betriebe. Je nach der Entwicklung sollte die Stadtgarnison durch weitere Bataillone verstärkt werden. Dies geschah beispielswiese im Verlaufe des ersten Kriegswinters durch die Aufstellung des Regimentes St. Jakob, später durch Zuzug weiterer Truppenteile bis zu einem zeitweiligen Maximalbestand von gegen 12 000 Mann. Die Stadt Basel gehörte in dieser ersten Kriegsphase als integrierender Bestandteil zum schweizerischen Verteidigungsdispositiv, ja sie bildete, ihrer ganz besonderen Lage wegen, einen eigentlichen Eckpfeiler in dieser Verteidigung. An die Stelle der behelfsmässigen Sperren traten im Laufe des Spätwinters 1939/40 und des Frühjahrs 1940, der fortschreitendenVerwirklichung des militärischen Bauprogramms entsprechend, solider gebaute Hindernisse aller Art, von den Bunkern bis zu den Beton-Tanksperren. Diesen Anordnungen lag indessen bereits der Operationsplan Nord zugrunde, der im Frühjahr 1940 die Dispositionen der Armeeleitung bestimmte. In diesem Zusammenhang wurden die Ausgänge Basel-Ost (Birstal), Basel-West (Allschwil-Bachgraben) und Basel-Süd besonders stark gesichert. Interessanterweise sah, natürlich ganz unabhängig davon, ein französischer Interventionsplan, der im Spätherbst 1939 entstand, vor, dass die VIII. französische Armee im Falle eines deutschen Angriffes auf die Schweiz, aus dem Oberelsass vorstossend, den Kontakt mit dem 2. schweizerischen Armeekorps südlich von Basel suchen sollte.

Die Inspektionsreisen ins Grenzgebiet führten General Guisan während dieses ersten Kriegsherbstes und -winters auch öfters in unsere Stadt, erstmals am 12. September. Jedesmal, wenn er sich der Zivilbevölkerung zeigte, war er Gegenstand herzlicher Kundgebungen, so vor allem am 24. Februar 1940, als er bei Anlass der Sammlung «Schweizerische Nationalspende» im Rathaus vom Regierungsrat offiziell empfangen wurde.Eine unübersehbare Menschenmenge – sie wurde auf rund 30 000 Personen geschätzt – füllte den Marktplatz im Augenblick, da der General im Automobil vor dem Rathaus vorfuhr. Diese zahllosen Basler sahen in ihm nicht bloss den Oberbefehlshaber der Armee, gewissermassen das Symbol des Widerstandsgeistes, sondern ganz besonders den Bürger, der sich auch in der Uniform

für die Belange der ganzen Bevölkerung einsetzte und für die menschlichen Probleme der einzelnen Mitbürger volles Verständnis bewies. Die Popularität, der sich General Guisan bereits damals auch in unserer Stadt erfreute, sprach aus den Begrüssungsworten, die Regierungsrat Dr. C. Ludwig an ihn richtete. Sie gipfelten im Passus:

> «Wir in Basel wissen, dass unsere Stadt, trotz ihrer Lage an der Grenze, nicht stärker gefährdet ist als irgendein anderes Gemeinwesen in der Schweiz. Aber die Verteidigungsanlagen, die unser Gebiet von Monat zu Monat stärker umschliessen, und der Kanonendonner, der seit einer Woche täglich zu uns herüberhallt – sie bringen uns doch den Ernst der Zeit auf besondere Weise zum Bewusstsein. Was die Zukunft der Welt und uns noch bringt, weiss kein Mensch. Zweierlei aber können wir Ihnen sagen, Herr General: Wir haben ein uneingeschränktes Vertrauen in Sie und die von Ihnen geführte Armee, und Sie dürfen auch Vertrauen in uns haben. Basel wird seine Pflicht tun.»

Basel war im Armeekommando zunächst durch Oberstkorpskommandant Rudolf Miescher, Kommandant des 3. Armeekorps, und später durch Oberstdivisionär Heinrich Iselin, Kommandant der 4. Division, vertreten, beides ursprünglich Nichtberufsoffiziere, die aus ihrer zivilen Stellung heraus auf die hohen Kommandoposten berufen worden waren.

Eine vordringliche und überdies recht heikle Aufgabe, die von den Zivilbehörden und den von ihnen beauftragten Organen Fingerspitzengefühl verlangte, war der Ausbau des passiven Luftschutzes. In Basel-Stadt stand den Behörden zu Kriegsbeginn das Luftschutzbataillon als militärisch gegliederte Organisation, zusammengesetzt aus einem Gros von Hilfsdienstpflichtigen aller Jahrgänge und aus wenigen älteren Dienstpflichtigen, zur Verfügung. Später wurden die Bestände durch Neurekrutierung ergänzt und auf rund 2100 Personen (darunter über 300 Frauen für den Sanitätsdienst) erhöht, dazu kamen rund 2000 Personen, die in den Industrie- und Betriebsluftschutzorganisationen und in den Luftschutzdiensten der zivilen Krankenanstalten eingeteilt waren. Nirgends begegneten unsere Behörden so grossen Widerständen von Seiten der Bevölkerung wie auf dem Gebiete des Luftschutzes. Die Schwierigkeiten lagen einerseits in der Sache selbst begründet, bedeuteten doch beispielsweise gerade die Massnahmen im Hausluftschutz (Verdunkelung, Entrümpelung) höchst unangenehme Eingriffe der Staatsgewalt in die private Sphäre, anderseits hatte man aber auch in der persönlichen Zusammensetzung der Luftschutztruppe offenbar keine glückliche Hand; ihrer Aufgabe, bei einer Bombardierung gewaltige Flächenbrände zu bekämpfen und die Verschütteten zu bergen, waren sicherlich viele der dieser Truppe zugeteilten Hilfsdienstpflichtigen physisch nicht gewachsen. Als schwere Hypothek wirkte dann ebenfalls der weit verbreitete

Zweifel an der Nützlichkeit von Schutzräumen und Verdunkelungsmassnahmen. Noch fehlten in den ersten Kriegsmonaten zuverlässige Erfahrungen auf diesem Gebiete der Kriegführung.

Verglichen mit den späteren umfangreichen Bombardierungsaktionen brachte der erste Kriegswinter nur ganz bescheidene Fliegerangriffe. (In Basel wurde in der Nacht vom 15. auf den 16. August 1940 zum erstenmal Fliegeralarm ausgelöst!) So blieb den Behörden genügend Zeit, nun nachzuholen, was in Friedenszeiten vielleicht versäumt worden war. Der Grosse Rat hatte sich denn auch wiederholt mit Kreditbegehren für Luftschutzbauten aller Art, Anschaffung von Sanitäts- und Feuerwehrmaterial und für die Erstellung einer Luftschutz-Alarmzentrale zu befassen. Am 15. Dezember 1939 fand in Basel und anderswo der erste Probealarm verbunden mit Verdunkelung statt; ihm folgten weitere solche Übungen.

Dass sich die Verteidigung nicht auf das militärische Gebiet beschränken dürfe, darüber war man in Basel wie in der übrigen Schweiz nur einer Meinung, seit sich die totale Kriegführung der Deutschen im polnischen Feldzug geoffenbart hatte. Der militärische Angriff bildete nur noch die letzte Etappe eines Feldzuges, der alle Bereiche des angegriffenen Staates und seiner Bevölkerung betraf. Daher verfolgten die Basler als Bewohner einer Grenzstadt die politische Tätigkeit der hier ansässigen Deutschen und der mit den Nationalsozialisten sympathisierenden Schweizer mit noch grösserem Argwohn, als die unsachlichen, zum Teil hetzerischen Artikel in der süddeutschen Parteipresse und die unfreundlichen Vorwürfe an die Adresse unseres Landes in den deutschen Radiosendungen. Warum wurden verhältnismässig wenig Deutsche, vor allem wenig bekannte Nationalsozialisten, aus der Schweiz zum deutschen Kriegsdienst eingezogen? Warum wurden bewährte Parteileute der NSDAP von der Front zurückgeholt und nach der Schweiz beordert? Warum wurde der Badische Bahnhof, der seit Kriegsbeginn seine Verkehrsbedeutung weitgehend eingebüsst hatte, von deutscher Seite nicht geschlossen? Dies alles gab zu denken. Die Regierung des Kantons Basel-Stadt verlangte nach Ausbruch der Feindseligkeiten, der Badische Bahnhof sei in schweizerische Regie zu nehmen, doch glaubten die Bundesbehörden, dies im Hinblick auf die badisch-schweizerischen Vereinbarungen im Staatsvertrag von 1852 nicht wagen zu dürfen, obgleich bereits in den ersten Kriegsmonaten nicht zu verkennen war, dass die Deutschen den Bahnhof zur Konspiration gegen die Schweiz missbrauchten.

Gefahr drohte aber der schweizerischen Unabhängigkeit nicht allein von Deutschland direkt, sondern auch von den in der Schweiz ansässigen Deutschen, da der nationalsozialistische Staat im Grunde von ihnen allen

verlangte, dass sie sich unbedingt unter seine Zielsetzung unterordneten. Wohl gehörte bei Kriegsbeginn unter den über 11 000 in Basel niedergelassenen Deutschen nur jeder Zwölfte einer nationalsozialistischen Organisation an; doch brachten die folgenden Jahre bald eine Wendung im Sinne der Erfassung aller Auslanddeutschen durch die parteibeherrschten Auslandvereinigungen. Entscheidend für den Erfolg waren ebensosehr die militärischen Siege der Wehrmacht wie die Propagandaaktionen der Partei. Auch die Zögernden wurden zur Überzeugung verführt, dass es für sie vorteilhafter sei, sich von den Nationalsozialisten leiten und kontrollieren zu lassen, als sich einfach unter den Schutz eines gefährdeten Kleinstaates zu stellen. Das Ziel der politischen Aktion unter den Auslanddeutschen bestand darin, diese aus dem diktaturfeindlichen demokratischen Kreis des Gastlandes herauszulösen und sie den Zwecken des nationalsozialistischen Einsatzes dienstbar zu machen. Der Partei selbst gehörten nur die politisch zuverlässigsten Elemente, sozusagen die Elite, an; im Spätherbst 1939 wurde sogar auf Monate hinaus eine Aufnahmesperre verfügt. Die Zahl der Parteimitglieder dürfte sich damals in Basel zwischen 150 und 200 bewegt haben; grössere Mitgliederzahlen verzeichneten die Deutsche Arbeitsfront (rund tausend), die Auslanddeutsche Frauenschaft (240), die unter der Bezeichnung «Reichsdeutsche Jugend» zusammengefassten Jugendorganisationen und die besonders gefährlichen Sportgruppen. Als eine Art Dachorganisation fasste die ehemals politisch neutrale «Deutsche Kolonie» sämtliche Parteigruppierungen zusammen, schloss aber auch alle jene ein, die sich aus irgendeinem Grunde nicht aktiv an den nationalsozialistischen Veranstaltungen beteiligen wollten. In Basel zählte diese übergeordnete Vereinigung in ihrer Blütezeit um 4000 Mitglieder und wurde zur Trägerin aller bedeutenden öffentlichen Kundgebungen. Eine wichtige Aufgabe der Auslanddeutschen ging dahin, das Schweizervolk im Sinn der nationalsozialistischen Kriegsziele propagandistisch zu bearbeiten und die direkten Aktionen des Berliner Propagandaministeriums fördern zu helfen. Dazu gehörten die Kolportage der illustrierten Zeitung «Das Signal» und die Verteilung von gedrucktem Propagandamaterial, das von der Deutschen Gesandtschaft in Bern eisenbahnwagenweise als diplomatisches Gepäck eingeführt wurde.

War bei der geradezu mimosenhaften Empfindlichkeit der deutschen Machthaber in der Behandlung der Auslanddeutschen jederzeit diskrete Vorsicht geboten, so konnte nichts unsere Behörden daran hindern, wenigstens gegen die schweizerischen Rechtsextremisten, die sich zum Teil noch nationalsozialistischer gebärdeten als ihr grosses Vorbild, mit aller Schärfe vorzugehen.

Über den grössten Anhang verfügte noch immer die Gruppe Leonhardt, die sich nun, von Lörrach aus geleitet, nicht mehr Volksbund, sondern Schweizerische Gesellschaft der Freunde einer autoritären Demokratie (SGAD) nannte. Ihre Mitgliederversammlungen fanden grösstenteils auf deutschem Boden statt, wurden von Leonhardt selbst kommandiert und befassten sich mit der Verbreitung von nationalsozialistischem Propagandamaterial in der Schweiz und mit noch Schlimmerem, wie die Aufdeckung eines ständigen Nachrichtendienstes bewies. Am 30. Oktober 1939 erteilte der Bundesrat den Polizeiorganen den Auftrag, Leonhardt und alle Mitglieder der SGAD gerichtlich zu verfolgen und die Beurteilung des Straffalles den Behörden des Kantons Basel-Stadt zu übergeben. Nachdem in den SGAD-Schriften sogar ganz offen der Rücktritt General Guisans, die Abdankung des Bundesrates und die Machtübergabe an die Fronten verlangt worden war, entschloss sich der Bundesrat am 8. November 1940 endlich, gestützt auf die Demokratie-Schutzverordnung, die SGAD aufzulösen; doch hinderte dies deren Mitglieder nicht, ihre Tätigkeit, nun illegal, weiter zu entfalten. Alle übrigen frontistischen Vereinigungen fanden in Basel nur geringen Widerhall, denn die Bevölkerung in ihrer grossen Mehrheit erkannte offenbar das nationalsozialistische Gedankengut als eine schweizerischer Denkart fremde Ideologie.

Am anfälligsten gegenüber den Lockungen der Rechtsextremisten zeigten sich bezeichnenderweise Neubürger und die eingeheirateten Frauen deutscher Herkunft, was die Mitgliederlisten jener Verbände belegen. Auf Ende 1939 wurde auch die einzige deutschorientierte Zeitung Basels, die «Neue Basler Zeitung», die materiell von Deutschland abhängig war, auf Antrag der Basler Presse-Prüfungsstelle verboten; das gleiche Schicksal widerfuhr der «Freiheit», dem Organ der Kommunistischen Partei. Belastendes Material gegen beide Zeitungen hatte schon seit längerer Zeit vorgelegen; doch verschob die verantwortliche Stelle das Verbot aus innenpolitischen Gründen bis nach den Nationalratswahlen.

Lokalpolitisch herrschte nach dem Schock, den der Kriegsausbruch ausgelöst hatte, zuerst Windstille. Bereits die Nationalratswahlen vom 28. und 29. Oktober 1939 brachten jedoch mit einer ansehnlichen Stimmbeteiligung von 70% ein erbittertes Kräftemessen zwischen den traditionellen Parteien und dem Landesring der Unabhängigen, der als ausgesprochene Konsumentengruppe und Sammelbecken der mit dem Parteiwesen Unzufriedenen zum erstenmal in Erscheinung trat. Dabei gelang es dieser Gruppe, den Sozialdemokraten und den Kommunisten je ein Nationalratsmandat zu entreissen. Hohe Wellen warf, vor allem in den Kreisen der Arbeiterschaft, eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Sozial-

demokraten über die innen- und aussenpolitische Haltung der Arbeiterparteien. Den äusseren Anlass, das Tischtuch zwischen den beiden Parteien zu zerschneiden, gaben der deutsch-russische Pakt vom 25. August 1939 und der Winterkrieg der Sowjetunion gegen Finnland. Nun war klar geworden, dass der Sowjetstaat Stalins die alte internationalistisch gerichtete Haltung Lenins zugunsten einer imperialistisch-russischen aufgegeben hatte. Die grosse Mehrheit der Basler Arbeiterschaft zog daraus die Konsequenz, die noch bestehenden geistigen und politischen Bindungen an Sowjetrussland und dessen Anhänger zu lösen und nun erst recht Rückhalt im schweizerisch-demokratischen Staatsgedanken zu suchen.

Dieser Wandel wurde allerdings auch erleichtert durch eine betont soziale Wirtschaftspolitik von Bund und Kantonen. Noch lebte die Erinnerung an die übeln Folgen einer asozialen Haltung bestimmter Volkskreise während des ersten Weltkrieges, die Teuerungswelle und den Generalstreik 1918. Diesmal war man entschlossen, unter allen Umständen die Staatsgewalt für den Schutz der wirtschaftlich Benachteiligten einzusetzen, nicht nur aus sozialen Erwägungen heraus, sondern auch zur politischen Stärkung der inneren Front. Im Hinblick auf die immer noch bedeutende Zahl von Arbeitslosen – man zählte in Basel im Jahresdurchschnitt 1939 deren 2244 – galt es, vor allem den eingerückten Wehrmännern den Arbeitsplatz zu sichern; ebenso wichtig war jedoch die materielle Stütze aller jener Familien, deren Ernährer im Felde stand. Zuerst begnügten sich die Behörden mit der Ausrichtung einer eidgenössischen und einer kantonalen Militärnotunterstützung an alle Wehrmänner, die einen finanziellen Notstand nachweisen konnten. So liefen im Kanton Basel-Stadt bis Jahresende 1939 gegen 9000 Gesuche um Unterstützung von Dienstpflichtigen aller Grade ein, und zur Erfüllung dieser Ansprüche wurden aus eidgenössischen Mitteln 1,74 Millionen Franken und weitere 858000 Franken aus der kantonalen Staatskasse ausbezahlt; doch erwies sich diese an Almosen gemahnende Einrichtung für viele Bedürftige als stossend und überdies zu wenig wirksam. Der Bundesratsbeschluss vom 20. Dezember 1939 schuf dann die Grundlage zu einer provisorischen Regelung der Lohnausfallentschädigung an Aktivdienst tuende Arbeitnehmer (Lohn- und Verdienstersatzordnung) und wurde später durch einen entsprechenden Beschluss über die Entschädigungen an Selbständigerwerbende ergänzt. Diese Verordnung – zweifellos eines der erfreulichsten Sozialwerke der Schweizerischen Eidgenossenschaft – gründete sich auf die Beitragsleistung der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und der öffentlichen Hand und ermöglichte einen generellen Lohnersatz von 40 bis 80% an alle im Dienst stehenden Wehrmänner, gleichgültig ob sie bedürftig waren oder nicht. Eine Äusserung von Oberstkorpskommandant

Rudolf Miescher mag die Bedeutung dieses neuen Sozialwerkes ins richtige Licht rücken:

> «Die heilvolle Wirkung dieser Einrichtung ist gar nicht hoch genug einzuschätzen; die Führer und Offiziere unserer Armee sind dadurch einer Sorge enthoben worden, die sie im letzten Krieg schwer belastet hat, und der einzelne Wehrmann ist an einer Fürsorgeanstalt berechtigt, die mit Armengenössigkeit nun auch gar nichts mehr gemein hat. Er kann die Einrichtung benützen wie ein Schulkind die öffentliche Schule.»

Besondere Sorge bereitete den Behörden schon bald nach Kriegsausbruch die Frage der Vollbeschäftigung, war es doch jetzt nicht mehr möglich, nach Belieben Rohstoffe und Betriebsstoffe für unsere Industrie einzuführen. Der Basler Rheinhafen, in normalen Zeiten wichtigstes Eingangstor für einen beträchtlichen Teil unserer Einfuhren, lag seit Kriegsbeginn still. Einzig die unendlich langen Kohlenzüge, die, von Deutschland kommend, durch unsere Bahnhöfe rollten, erinnerten noch an vergangene bessere Zeiten; aber ihre nun so begehrte Fracht war oft genug nicht für die Schweiz, sondern für das mit Deutschland verbündete Italien bestimmt. Während einiger Monate verkehrten diese Züge in einem durchschnittlichen Intervall von zwanzig Minuten über die Basler Eisenbahnbrücke in Richtung Güterbahnhof Muttenz. Immerhin war es im ersten Kriegswinter möglich, die Kohlenvorräte weiter zu äufnen, und wenn die Transportverhältnisse und die Lagermöglichkeiten dies zugelassen hätten, so hätten die Einfuhren bis zu einem Optimum gesteigert werden können. Als Vorsorge gegen drohende Arbeitslosigkeit erliess der Bundesrat am 15. Dezember 1939 einen Beschluss über die Bildung von Arbeitsdetachementen für die Landesverteidigung, in die eingegliedert wurde, wer auf längere Dauer keine Arbeit fand. Ende Dezember betrug die Zahl der in Basel-Stadt eingewiesenen Arbeitslosen rund 2000. Die militärischen Instanzen bildeten aus ihnen Arbeitsdetachemente oder teilten sie den Bewachungskompagnien oder als Hilfskräfte andern Einheiten zu.

Erstaunlicherweise wurde das kulturelle Leben Basels im ersten Kriegswinter durch das Zeitgeschehen viel weniger beeinträchtigt, als man erwarten sollte. Wohl erschwerte der Kriegsausbruch die ohnehin nicht rosige finanzielle Lage des Stadttheaters noch mehr, wohl fehlten die ausländischen Künstler in den Darbietungen unserer Konzertgesellschaften, doch litt das künstlerische Niveau der Veranstaltungen darunter kaum. Besonderen Erfolg erntete die Aufführung des schweizerischen Volksstücks «Gilberte de Courgenay» (von Hans Haug und Bolo Mäglin) im Stadttheater.

Schilderhäuschen am Kleinbasler Brückenkopf

Erster offizieller Besuch des Generals am 12. September 1939

Rotkreuzfahrerinnen bei der Arbeit im Kasernenhof

(Photo Jeck)

Zusammenbruch einer Welt

Mit Blitzeseile verbreitete sich am 9. April 1940 in unserer Stadt die Nachricht vom völlig unerwarteten Einfall deutscher Truppen in Dänemark und Norwegen. Wer eine Offensive an der deutsch-französischen Front erwartet hatte, sah sich einmal mehr – wenigstens vorläufig – getäuscht; doch stand die neueste Kriegsausweitung ohne Zweifel im Zusammenhang mit den westlichen Plänen Hitlers, sonst hätte der nach Flankendeckung zielende Übergriff auf den Norden militärisch keinen Sinn gehabt. Konnte der Erfolg dieses kühnen militärischen Abenteuers gegen zwei schwach gerüstete Kleinstaaten an sich nicht überraschen, so erregten doch die Umstände, unter denen dieser neue Sieg Hitlers errungen wurde, grösstes Aufsehen in allen vom Krieg noch nicht berührten Ländern. Viel deutlicher noch als im Polenfeldzug zeigte sich die Tatsache, dass die Deutschen, bevor sie den eigentlichen militärischen Angriff auslösten, durch die Fünfte Kolonne, die im Feindesland gedungenen Verräter, das organisatorische und moralische Gefüge des anzugreifenden Staates nach Möglichkeiten zu beeinträchtigen suchten. So gelang es dem sprichwörtlich gewordenen norwegischen Major Quisling und seinen Genossen, wichtige Kommandostellen noch vor dem deutschen Einmarsch unter ihre Kontrolle zu bringen und im übrigen die Einsatzbereitschaft zu lähmen.

In diesen bewegten Tagen stellte man sich überall in der Schweiz, vornehmlich aber in Basel, die Frage, ob auch die schweizerische Landesverteidigung im Ernstfall durch eine Verräteraktion bedroht werden könnte. Die Frage musste bejaht werden, wenn auch die Reichweite und die Aktionsmöglichkeiten der in der Schweiz eingesetzten Fünften Kolonne wohl von vielen überschätzt wurde. Nach den polizeilichen Beobachtungen waren nur die wenigsten der hier ansässigen deutschen Nationalsozialisten genügend ausgebildet und ausgerüstet, um mit Erfolg eingesetzt zu werden. Als die Ausländer verpflichtet wurden, ihre Schusswaffen abzuliefern, kamen in Basel 235 Kleinkaliberwaffen und 40 Gewehre zum Vorschein; doch war jederzeit mit Waffennachschub aus Deutschland zu rechnen, so dass sorgfältig vorbereitete Abwehrmassnahmen bestimmt gerechtfertigt waren. Wohl wollten die eidgenössischen Behörden, Hitlers berüchtigte Stimmungsschwankungen befürchtend, sich nicht zu einem Verbot der deutschen nationalsozialistischen Organisationen entschliessen. Indessen wurden in allen Kantonen ausführliche Verzeichnisse über die politische Tätigkeit aller Ausländer geführt und nach den eingehenden Meldungen immer wieder ergänzt. So war es möglich, für den Kriegsfall Haftbefehle gegen gefährliche

Ausländer, aber auch gegen des Verrates verdächtige Schweizer vorzubereiten. Im Grossen Rat des Kantons Baselstadt wurde am 25. April 1940 ein Anzug F. Schneider, der den Ausschluss aller des Frontismus verdächtigen Offiziere aus der Armee und ein Verbot der ausländischen nationalsozialistischen und fascistischen Vereinigungen forderte, dringlich behandelt und von der Regierung entgegengenommen, ebenso ein Anzug von Nationalrat Dr. V. E. Scherer, durch den eine Vermehrung des Personals bei der Politischen Polizei verlangt wurde.

Besondere Aufmerksamkeit schenkte die Politische Polizei unseres Kantons der Abwehr ausländischer Spionage- und Spitzeltätigkeit. Wenn auch auf wirtschaftlichem Gebiet beide Mächtegruppen spionieren liessen, so handelte es sich doch bei beinahe allen der aufgedeckten militärischen Spionagefälle zum Nachteil unseres Landes um deutsche Auskundschaftung. Der bundesrätliche Bericht über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern hält zu diesem Punkt unter anderem fest:

> «Von keinem andern Land, auch von Italien nicht, wurde eine so systematisch organisierte, gegen uns gerichtete militärische Spionagetätigkeit entfaltet wie vom nationalsozialistischen Deutschland... In Deutschland waren es sowohl Militär- als auch Polizei- und Parteistellen, die sich für die Vorgänge und Verhältnisse militärischer, politischer und wirtschaftlicher Art in der Schweiz interessierten.»

Das Spionagenetz, bereits vor dem Kriegsausbruch durch Gesandtschaft und Konsulate aufgebaut, wurde in den Kriegsjahren über die ganze Schweiz ausgebreitet. In die Spionageorganisationen liessen sich sowohl Parteimitglieder als auch Nichtmitglieder bereitwillig aufnehmen, wobei gewöhnliche Gewinnsucht oder auch Pflichtgefühl gegenüber dem nationalsozialistischen Staat ausschlaggebend sein mochten. Es gibt keinen Zweifel darüber, dass während der Kriegsjahre Hunderte von Personen im Dienste der deutschen Spionage standen, die sich von blosser Gesinnungsschnüffelei bis zur verbrecherischen Militärspionage erstreckte. Als eines der bedeutenden Zentren dieser staatsgefährlichen Tätigkeit galt die Grenzstadt Basel, boten sich doch gerade hier, zum Beispiel im Badischen Bahnhof, im Deutschen Konsulat und später auch im Deutschen Heim an der St. Albanvorstadt, besonders günstige Aktionsmöglichkeiten.

Welche Konsequenzen zog die schweizerische Armeeleitung im April 1940 aus den übeln Erfahrungen Dänemarks und Norwegens, aus der immer stärker werdenden deutschen Spionagetätigkeit in unserem Land, und schliesslich aus dem umfassenden Feldzug der deutschen Presse gegen die Schweiz? Bereits zu Beginn des Jahres war durch die Schaffung des

4. Armeekorps eine dichtere Besetzung des am meisten gefährdeten Abschnittes an der untern Aare möglich geworden. Nun erhielt die Nordfront auf Kosten der westlichen Zone eine weitere Truppenverstärkung, und die Aufstellung einer einsatzbereiten Division Gempen, im wesentlichen aus den Formationen der Grenzbrigade 3, wurde ins Auge gefasst. Überall warnten Plakat- und Maueranschläge betitelt «Weisungen des Bundesrates und des Generals über das Verhalten bei feindlichem Überfall». Die wichtigsten Stellen darin lauteten:

> «Wenn durch Radio, Flugblätter und andere Mittel Nachrichten verbreitet werden sollten, die den Widerstandswillen von Bundesrat und Armeeleitung anzweifeln, so sind solche Nachrichten als Erfindung der feindlichen Propaganda zu betrachten.
> Unser Land wird sich gegen jeden Angriff mit allen Mitteln und aufs äusserste verteidigen. Die Zivilbevölkerung hat in einer solchen Lage Ruhe und Ordnung zu bewahren, sich in ihren Wohnungen oder Arbeitsplätzen aufzuhalten, alle Strassen und Plätze zu räumen und den Anordnungen der gesetzmässigen Behörden vollen Gehorsam zu leisten.»

Dem Bundesratsbeschluss über die Evakuation der Zivilbevölkerung gemäss wurden von der Zentralstelle für Evakuation in Basel Vorbereitungen für die Übersiedlung von rund 40000 Einwohnern unserer Stadt, vornehmlich Frauen, Kindern und Greisen, in den Kanton Waadt getroffen. In seinen «Weisungen an die Bevölkerung für den Fall einer drohenden Kriegsgefahr oder eines Krieges» unterschied der Regierungsrat, von der militärisch befohlenen Evakuation abgesehen, zwei Arten der freiwilligen Evakuation im Falle drohender Kriegsgefahr, nämlich die individuelle und dann die organisierte Abwanderung für die Hilflosen. Er bemerkte dazu:

> «Im Interesse der Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens ist es auch bei drohender Kriegsgefahr Pflicht aller mit dem Wirtschaftsleben in irgendeiner Weise verbundenen Personen, am Wohnort zu verbleiben. Der Regierungsrat appelliert daher schon jetzt an die Bevölkerung, diesem Gebot Folge zu leisten, wenn einmal der Fall drohender Kriegsgefahr eintreten sollte. Immerhin ist eine freiwillige Abwanderung und die Aufnahme der Abgewanderten in einem andern Landesteil im Falle drohender Kriegsgefahr unter Vorbehalt der Weisung der kantonalen Arbeitseinsatzstelle zulässig. Die freiwillige Abwanderung kann nur bis zu einem vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten liegenden und vom Armeekommando festzusetzenden Zeitpunkt erfolgen. Die Behörden werden die Bevölkerung orientieren.»

Unvergänglich bleibt die Erinnerung an jenen 10. Mai 1940, der schreckliches Unheil über ganz Westeuropa brachte. Mit einer Wucht ohnegleichen rannte eine Vielzahl deutscher Divisionen, besonders gefährlich die Panzer-

einheiten, gegen das nicht allzu starke Verteidigungssystem Frankreichs und der drei niederländischen Kleinstaaten an. Wie 1914 wurden wieder kleine Völker das erste Opfer des Vorstosses; die Niederwerfung Frankreichs und Englands war das Endziel. Obschon sich im Grunde nur wiederholte, was bereits vor einem Monat im Norden geschehen war, löste der deutsche Angriff gegen Belgien, Holland und Luxemburg auch in unserer Bevölkerung schmerzliche Überraschung, ja noch mehr eigentliche Entrüstung und Abscheu aus. Sie galt ebensosehr der Verletzung der Rechte dieser Kleinstaaten an sich, als auch der Art und Weise, wie sie vorbereitet und begründet wurde. Mit geballten Fäusten sassen an jenem Tag manche am Radioapparat, um Nachrichten über die sensationellen Vorgänge am untern Rhein und in den Ardennen zu hören. Albert Oeri nahm in seinem Tagesbericht der «Basler Nachrichten» vom 11./12. Mai Bezug auf die dem Angriff vorausgeschickten Beteuerungen der deutschen Propaganda, wonach die Engländer den Deutschen ganz ohne Grund Angriffsabsichten gegen Holland in die Schuhe hätten schieben wollen, und antwortete darauf:

> «Wer hat nun gelogen, und wer hat gerufen «Haltet den Dieb», als er schon die Leiter für den Einbruch angestellt hatte? Die britischen Pläne im Südosten Europas haben sich als Dichtung erwiesen, die deutschen Angriffsabsichten gegen Holland als grausame Wahrheit. In ellenlangen Kundgebungen versuchen die verantwortlichen deutschen Stellen nachzuweisen, dass das Karnickel angefangen habe. Vergebliche Mühe! Alles, was gegen die Niederländer vorgebracht wird, beweist höchstens, dass das Karnickel nicht gar so dumm war, wie man es in Berlin gewünscht hätte, sondern sich auf derjenigen Flanke vorsah, auf der es jetzt tatsächlich angegriffen worden ist.»

Neben solchen noch massvollen Zeitungsstimmen gab es – unter dem Regime der Pressezensur eigentlich überraschenderweise – auch masslose, die ihrer Entrüstung offen genug Ausdruck verliehen. Erst eine Intervention der Presseoffiziere der Armee bewirkte eine gewisse Zurückhaltung. Die Basler «A-Z» bemerkte in einem redaktionellen Kommentar am 11. Mai:

> «Die Erregung, die unser Volk gestern packte, ist unbeschreiblich. Empörung und leidenschaftliche Erbitterung ob dem Einbruch in friedliche Länder riss die Menschen hin, trotzdem niemand überrascht war. Auch diesen Überfall hatte man längst zu den durchaus denkbaren Möglichkeiten gezählt. Die Sympathie zu den nun in die Hölle gestürzten Völkern ist in unserem Lande tief.»

Die Gefahr, in die unser Land durch die deutsche Offensive geriet, war so offensichtlich, dass die zweite Generalmobilmachung, die der Bundesrat am 10. Mai anordnete, beinahe zur Selbstverständlichkeit wurde. Die Möglichkeit eines französischen oder eines deutschen Flankenstosses durch die

Schweiz war imminent. Für die deutsche Entscheidung in Bezug auf einen Durchmarsch durch die Schweiz war in diesem Augenblick vor allem Erfolg oder Misserfolg der militärischen Aktionen in Belgien und Nordfrankreich massgebend. Darum verfolgten alle Schweizer, vom General bis zum einfachen Soldaten, vom Magistraten bis zum gewöhnlichen Bürger, mit grösster Spannung die Durchbruchsschlacht der deutschen Panzereinheiten im flandrischen Gelände. Dort wurde wohl das Schicksal der Schweiz mitentschieden, darüber liessen die bedrohlichen deutschen Truppenansammlungen im südlichen Schwarzwald keinen Zweifel offen. Der General hält in seinem Bericht an die Bundesversammlung dazu fest: «Il y avait des indices de préparatifs qui pouvaient être dirigés contre nous: ni plus, ni moins.»

Basel verwandelte sich unmittelbar nach der allgemeinen Mobilmachung in ein Heerlager. Das Quartieramt hatte die schwere Aufgabe, innert zwei Tagen 12000 Mann in der Stadt unterzubringen und für weitere 5000 vorsorglicherweise Unterkunftsmöglichkeiten vorzubereiten. Den Bewohnern aller jener Häuser, die als taktische Objekte in Betracht kommen konnten, wurde vertraulich eröffnet, dass sie eventuell ins Gundeldingerquartier evakuiert werden müssten. Um den Kampf gegen die raumfressenden Panzerarmeen zu erleichtern, wurden wo tunlich schwere Barrikaden errichtet und die Infanteristen mit Minen ausgerüstet. Während der Nacht blieben noch zwei Durchgänge über die Rheinbrücken nach Kleinbasel offen, damit wenigstens die Feuerwehr im Notfall freie Fahrt hatte. Gleichzeitig bemühten sich die Behörden, allen Schwierigkeiten zum Trotz die Zivilbevölkerung soweit als nur möglich ihr Leben im bisherigen Rahmen weiterleben zu lassen. Schul- und Universitätsbetrieb erlitten keinen Unterbruch, die Tageszeitungen erschienen täglich zu gewohnter Stunde, die Eisenbahnzüge verkehrten nach Kriegsfahrplan pünktlich, und die Post bediente ihr Publikum, wenn auch bei beschränkter Betriebszeit, wie immer zuverlässig.

Unverkennbar lösten die in Belgien und Frankreich vielfach erfolgreichen Unternehmungen der Fünften Kolonne tiefe Beunruhigung in unserer Bevölkerung aus. Gerüchte, ausgestreut von gedankenlosen Schwätzern, aber auch von unheimlichen Elementen, machten die Runde in unserer Stadt. Darauf spielte der Bundespräsident in seiner Radioansprache vom 10. Mai an, wenn er abschliessend die Bürger mahnte:

> «Misstraut den Sensationsnachrichten! Der Nervenkrieg ist der gefährlichste. Bewahrt vor phantastischen und heimtückischen Gerüchten Euren kritischen Sinn! Glaubt nicht daran und verbreitet sie vor allem nicht weiter! Wir selbst werden Euch die Wahrheit sagen. Vertraut auf die Behörden! Sie wachen.»

Am 12. Mai erhielten die Territorialkommandanten in den «Weisungen für die Organisation von Massnahmen gegen Saboteure, Luftlandetruppen und durchgebrochene Panzertruppen» unter anderem den Auftrag, zur Bildung von freiwilligen Ortswehren aufzurufen. Dabei wurde sowohl an die Schaffung von Nachrichten- und Sabotageorganisationen für besetzte Gebiete als auch an Gruppierungen zur Bekämpfung von Fallschirmabspringern und Saboteuren gedacht. Innert kürzester Frist meldeten sich auch in Basel mehrere hundert Nichtdienstpflichtige und bereits aus der Dienstpflicht Entlassene, dann aber ebenfalls vom Militärdienst Dispensierte und Frauen zur Aufnahme in die Ortswehr. Wer schiessen kann, soll sich melden, wer es noch nicht kann, muss es rasch lernen! So lautete die in der Presse verbreitete Losung der Stunde.

Den Höhepunkt erreichten die Befürchtungen der Zivilbevölkerung in der Nacht vom 14. auf den 15. Mai, gerade zu jenem Zeitpunkt, da sich an der Westfront entscheiden musste, ob der deutsche Durchbruch gelingen werde. Während die Armee, in höchster Alarmbereitschaft, ihre Stellungen bezogen hatte, bemächtigte sich ganzer Bevölkerungsteile in den meistgefährdeten Gebieten an der Nordgrenze, so auch in Basel, eine unheilvolle Aufregung, die in vielen Haushaltungen zur Panik wurde. Manche glaubten, keinen festen Boden mehr unter ihren Füssen zu haben, verzweifelten bereits jetzt an der Möglichkeit einer erfolgreichen Verteidigung gegen einen deutschen Angriff und strebten danach, unsere Stadt auf dem kürzesten Weg und mit allem Nötigen versehen zu verlassen. Die Behörden warnten die Bevölkerung vor überstürzten Hamsterkäufen und drohten Käufern und Verkäufern mit gerichtlicher Verfolgung. Während sich auf den Ausfallstrassen eine lange, ununterbrochene Kolonne, bestehend aus hochbeladenen Automobilen langsam Richtung Innerschweiz vorwärtsbewegte, wurden die Billet- und Gepäckschalter am Bundesbahnhof stundenlang von Scharen ungeduldiger Reisender belagert. Die gefährliche Stimmung, welche alle diese Quasi-Flüchtlinge ergriffen hatte, brachte die «National-Zeitung» unter dem Titel «Zum Tagesgeschehen» mit folgenden Worten zum Ausdruck:

> «Mit der grossen Wendung vom Sitzkrieg zum Blitzkrieg hat auch die Spannung des Nervenkrieges ein Maximum erreicht. Denn jetzt weiss niemand mehr, wann, wo und wie der Blitz einschlägt.»

Wo lag die Ursache dieser offensichtlichen innern Unsicherheit der Basler Bevölkerung? Da gab es einen ganz realen Hintergrund: die aufs Äusserste gestiegene Angriffsgefahr, der die Schweiz, und hier Basel ganz besonders, in der Nacht vom 14. zum 15. Mai ausgesetzt war. Das Stadtkommando

rechnete, gestützt auf Meldungen des militärischen Nachrichtendienstes, stündlich mit einem deutschen Angriff und traf in höchster Alarmbereitschaft die nötigen Abwehrmassnahmen, Vorbereitungen, die in einer grossen Stadt natürlich nicht unbemerkt bleiben konnten. Dass in dieser Situation Gerüchte entstehen mussten, war beinahe unvermeidlich. Ungewissheit bestand dann auch über die Notwendigkeit einer Evakuation der Bevölkerung. Die freiwillige Abwanderung, die hier, wie übrigens auch ausserhalb Basels einsetzte, entsprach offenbar den Intentionen der Behörden. Der Regierungsrat hatte früher bereits auf diese Möglichkeit hingewiesen und hinderte nun auch die Abwandernden keineswegs in ihrem Tun. Die Truppen der Stadtgarnison begrüssten die freiwillige Evakuation, da sie sich der schweren Gefährdung ihrer Familien, ihrer Mitbürger bewusst waren, falls es zu einem Kampf um die Rheinübergänge, sozusagen im Herzen der Stadt, kommen sollte.

Es verdient, hervorgehoben zu werden, dass die Armee in diesen spannunggeladenen Stunden mit erstaunlicher Gelassenheit dem Schicksal entgegensah, das unserem Lande zugedacht war. Zwar blieb die Front im Oberelsass zunächst stabil, noch kündete kein Kanonendonner vom nahen Kriegsgeschehen, und doch war ein Angriff zu erwarten. «Nie waren wir dem Kampf so nahe», erklärte später General Guisan. In seinem Armeebefehl vom 15. Mai betonte er:

> «Überall dort, wo Halten befohlen ist, macht es sich jeder Kämpfer, auch wenn er auf sich allein angewiesen ist, zur Gewissenspflicht, auf der ihm zugewiesenen Stelle zu kämpfen. Die Schützentrupps, ob überholt oder umzingelt, kämpfen in ihren Stellungen bis keine Munition mehr vorhanden ist. Dann kommt die blanke Waffe an die Reihe.»

In diesem Augenblick trug auch die Politische Polizei höchste Verantwortung. Täglich gingen bei ihr allein aus dem Kanton Basel-Stadt rund 200 Anzeigen gegen tatsächlich oder angeblich verdächtige Deutsche ein. Diese zu sichten, zu untersuchen, Nutzloses von Brauchbarem zu scheiden, war eine heikle Aufgabe. Zuhanden des Polizeiinspektorates wurde ein Verzeichnis von rund 400 Personen zusammengestellt, die bei der ersten Kriegshandlung sofort zu verhaften waren. Bereits waren die Polizeibeamten bezeichnet, denen dieser Auftrag erteilt wurde, und die Transportmittel standen zur Verfügung. Um die Mobilmachungsmassnahmen in der Grenznähe besser zu sichern, wurde für den Kriegsfall die Verhängung des Belagerungszustandes innerhalb der Stadt vorgesehen.

Mit dem deutschen Durchbruch bei Sédan und der allmählichen Aufrollung der französischen Front schwand zwar fürs erste die schlimmste

Bedrohung unseres Landes und mit ihr auch die durch die Augenblicksstimmung bedingte panische Angst mancher Bewohner der Grenzgebiete; an ihre Stelle trat nun latente Furcht, immer deutlicher, je näher die Niederlage der französischen Armee rückte. Auf Frankreich ruhten die Hoffnungen aller, die ein Ende der Hitler-Tyrannei ersehnten. Frankreich verkörperte als kontinentale Grossmacht für viele den westlich-demokratischen Staatsgedanken und sozusagen die letzte Schranke gegen den endgültigen Triumph des totalitären Machtwahns. Dieses Frankreich stand nun im Begriffe zusammenzubrechen, weniger weil es militärisch nicht gerüstet gewesen wäre, als aus Mangel an geistiger und moralischer Widerstandskraft; in der Maginot-Linie-Psychose wurde der Befestigungsgürtel zur französischen Landesverteidigung selbst, statt bloss ein Teil davon zu sein. Dazu kam das Versagen weiter Kreise des französischen Grossbürgertums, die aus Furcht vor der Volksfront bereit waren, mit Hitler zu paktieren. Ohne damit der unbedingt neutralen Stellung des eidgenössischen Staates Abbruch zu tun, wandten in Basel wie auch in der übrigen Schweiz die Bürger in ihrer überwiegenden Mehrheit ihre Sympathien Frankreich zu. Von einem Riss, wie er während des ersten Weltkrieges die Schweizer in zwei Lager getrennt hatte, war nichts zu erkennen. Je wahrscheinlicher nun der militärische Zusammenbruch der Französischen Republik in den Mai- und Junitagen 1940 wurde, desto stärker drängte sich die Frage auf: Was nachher?

In diesen Tagen der grossen Entscheidung, da manche über die Frankreich-Karte gebeugt, nach den fortlaufenden deutschen Siegesmeldungen die Frontlinie immer tiefer nach Frankreich hinein verschoben, zeichneten sich auch im Oberelsass die ersten militärischen Operationen dieses Krieges ab. Die Grossratssitzung vom 30. Mai stand noch immer im Zeichen der überstürzten Evakuationen in der Monatsmitte; wenngleich inzwischen ein grosser Teil der damals Geflüchteten wieder nach Basel zurückgekehrt war, so hatte die Massenbewegung doch vor allem bei den zum Zurückbleiben Gezwungenen einen bedenklichen Eindruck hinterlassen. Daneben überstieg auch die Zahl derjenigen, die damals ihren Wohnsitz dauernd von Basel nach andern Gegenden der Schweiz und nach Übersee verlegten, das normale Mass der üblichen Wanderbewegung bei weitem. Es handelte sich nach den Angaben des Statistischen Amtes in den Monaten Mai und Juni um über 2000 Personen, von denen allerdings ohne Zweifel ein Teil nur aus wirtschaftlichen Gründen unsern Kanton verliess. Auf dem Grundstück- und Baumarkt herrschte sozusagen völliger Stillstand. Regierungsratspräsident Dr. C. Ludwig erklärte vor dem Grossen Rat:

«Die Beunruhigung, die in den Tagen der grössten Spannung auch in unserer Stadt einzelne Teile der Zivilbevölkerung ergriffen hat, ist inzwischen wieder

gewichen. Allerdings verkennt niemand die völlige Ungewissheit der Zukunft und die in dieser Ungewissheit liegenden mannigfaltigen Gefahren.
Die in der Pfingstwoche einsetzenden Abwanderungen sind auf Grund eigener Entschlüsse erfolgt. Der Regierungsrat hat sie weder gehindert noch gefördert. Zu einer Auslösung der staatlich organisierten Abwanderung haben wir uns nicht veranlasst gesehen.»

Vom militärischen Gesichtspunkt aus ermahnte der neue Grossratspräsident Dr. E. Dietschi in seiner Antrittsrede die Bevölkerung mit folgenden Worten:

«Heute ist Solidarität erstes Gebot. Der Soldat an der Grenze wird durchhalten, komme, was da kommen mag. Notwendig ist, dass das Volk mit gleicher Zuversicht, Ruhe und Besonnenheit dem Beispiel der Armee folgt und im Rücken unserer Soldaten seine Nerven nicht verliert.»

In der ersten Juniwoche erfüllte sich das schlimme Schicksal Frankreichs: seine Armeen wurden am linken Flügel von den deutschen Panzerdivisionen eingekreist, eine Gefahr, die sich schon lange abgezeichnet hatte. Von den Baselbieter Beobachtungsposten aus war der Abzug des VII. französischen Armeekorps aus der Burgunderpforte zu verfolgen. Durch die Panzerkräfte des Generals Guderian wurden die Einheiten der VIII. französischen Armee in den Vogesen bedroht; Teile der 67. französischen Division, der 2. polnischen Division und der 2. Brigade der Spahis zogen sich auf die Schweizergrenze zurück und wurden dort interniert. Schwerer Kanonendonner, der in Basel zwischen dem 8. und dem 19. Juni immer wieder zu allen Tages- und Nachtzeiten erdröhnte, erinnerte unsere Bevölkerung an die kriegerischen Vorgänge in der elsässischen Nachbarschaft. Täglich überflogen ganze Geschwader deutscher Bomber und Jäger, von Basel aus deutlich sichtbar, in westlicher Richtung den Rhein unterhalb der Dreiländerecke.

Schweizerischerseits erforderte die neue Kriegslage in Nordfrankreich, dann aber auch im Oberelsass veränderte Dispositionen. Nach der Umfassung der französischen Streitkräfte auf ihrem linkel Flügel formierte die schweizerische Armeeleitung die Division Gempen (11. Juni) zur Verstärkung des Verteidigungsdispositivs im Zentrum und verlängerte gleichzeitig die Abwehrfront gegen Westen. Da die Gefahr von Seiten der Deutschen jetzt auch vom französischen Territorium her drohte, wurde das Schwergewicht der schweizerischen Verteidigungsstellung etwas nach Westen verschoben. Einen neuen Höhepunkt erreichte die Bedrohung der schweizerischen Grenze am 15. Juni; gleichzeitig ergriff eine zweite Gerüchtewelle, offenbar durch die internierten französischen und polnischen Soldaten

erzeugt, einen Teil unseres Volkes. In Basel zirkulierten unsinnige Nachrichten über angebliche Kapitulationsverhandlungen zwischen dem Bundesrat und deutschen Stellen.

Am 22. Juni wurde im Wald von Compiègne das Waffenstillstandsabkommen von den französischen Unterhändlern unterzeichnet, und mit dieser Niederlage Frankreichs fand der Kontinentalkrieg im Westen ein unerwartet rasches, mindest vorläufiges Ende. Als Letzte hatten die Besatzungen der Werke in der Maginotlinie den Kampf aufgegeben; so fielen die Gebiete von Elsass-Lothringen bis zur Schweizer Grenze zwischen Basel und der Ajoie erst wenige Tage vor der Kapitulation in die Hände der Deutschen, während diese den westlichen Juraabschnitt bei Genf schon einige Zeit früher erreicht hatten.

Die Waffenniederlegung Frankreichs bedeutete für manche auch in unserer Stadt den Zusammenbruch einer Welt, und zwar vom militärischen wie vom politischen Gesichtspunkt aus betrachtet. Seit den napoleonischen Kriegen hatten wir mit einem Mächtegleichgewicht im zentraleuropäischen Raum rechnen dürfen, und nun war die Schweiz beinahe unversehens nur noch von einer Mächtegruppe umgeben, sozusagen eingeschlossen und ohne Verbindung mit dem andern kriegführenden Lager, daher im Kriegsfall militärisch ganz auf sich selbst angewiesen. Bestand überhaupt noch ein Gegengewicht gegen die Übermacht der Achsenstreitkräfte? Politisch hatte der Waffenstillstand einen Sieg der Europa-Konzeption Hitlers zur Folge. Gab es in diesem der Diktatur verfallenen Europa noch einen Platz für eine demokratische Insel, wie sie die Schweiz damals darstellte?

Unser Land stand vor einer einzigartigen Situation: was seit Jahrhunderten seine Lebensform bestimmt hatte, schien mit einem Schlag wert- und sinnlos geworden zu sein. Gerade in der Grenzstadt und Handelsmetropole Basel, deren Bevölkerung von jeher besonderes Gewicht auf internationale Beziehungen legte, empfand man die militärische Einschliessung der Schweiz, ihre Trennung von den bedeutenden Handelsmeeren und die geistige Entfernung von den atlantischen Staaten als besonders beängstigend.

Kritische Monate

Die Machtverschiebung, die durch die militärische Niederlage Frankreichs offenbar geworden war, bewirkte eine Verschärfung der Spannung im deutsch–schweizerischen Verhältnis; denn nun meldete die nationalsozialistische Führung, machtbesessen wie noch nie zuvor, mit grösserem

Nachdruck als je den Herrschaftsanspruch über alle auch nur noch halbwegs selbständigen Gebiete Europas an; dazu gehörte auch die Schweiz. Eigenartigerweise äusserte sich dieser verstärkte Machtwille nicht in der Form neuen direkten militärischen Druckes auf unser Land, vielmehr hofften die Nationalsozialisten offenbar, die Tatsache des augenscheinlichen militärischen Übergewichtes der Achse allein werde im Zusammenhang mit intensiver politischer und wirtschaftlicher Bearbeitung des Opfers genügen, um die Schweiz zur Gleichschaltung reif zu machen. So erreichte denn der Kampf um die Beeinflussung der öffentlichen Meinung unseres Landes im Sommer 1940 einen beinahe dramatischen Höhepunkt. Wenn die deutsche Propaganda in der Schweiz jemals während des zweiten Weltkrieges gewisse Erfolgaussichten besass, dann in jenem Sommer, als die innere Haltung zahlreicher Schweizer unter dem schockartigen Eindruck der französischen Niederlage schwankend geworden war.

Darüber, ob der deutsche Sieg endgültig und unabänderlich sei, gingen in Basel wie überall in der Schweiz die Meinungen auseinander. Wer diese Frage bejahte – und dies waren selbst in führenden politischen Kreisen nicht wenige – sah sich sofort vor eine weitere Entscheidung gestellt: Hatte es unter solch ungünstigen Umständen noch einen Sinn, den deutschen Begehren zu widerstehen? Nach der Lage der Dinge könnte dem Widerstand auf die Dauer doch kein Erfolg beschieden sein, vernünftiger wäre es daher, rechtzeitig nachzugeben. Es lässt sich nicht abschätzen, wie weit die Einwirkung der Fünften Kolonne dieser defaitistischen Haltung Vorschub leistete; sicher ist, dass die mit Fanfarenklängen verbreiteten deutschen Siegesmeldungen, die sich laufend folgten, und die in grosser Zahl verteilten deutschen illustrierten Zeitungen den Eindruck der Unbesiegbarkeit von Hitlers Armeen in vielen Bürgern aufkommen liessen. Der Erfolg der eingesetzten Machtmittel allein schien in den Augen mancher unsere eigene Staatsform zu entwerten. Da und dort wurde ganz arglos die Meinung vertreten, die Demobilisierung der Armee könnte wohl verantwortet werden, da der Krieg in Europa nun zu Ende sei.

Den Behörden kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, sie hätten nach der Kapitulation Frankreichs lange Zeit nicht nur keine klare aussenpolitische Linie vertreten, sondern es sei sogar durch einzelne Kundgebungen eine Politik des unbedingten Widerstandes durchkreuzt worden. In grossen Teilen des Volkes herrschte offenbar einiges Misstrauen gegenüber den Absichten des Bundesrates und ganz speziell gegenüber der Leitung der Aussenpolitik. Diese blieb in Nebel gehüllt, und es entstand oft der Eindruck, sie sei ganz der Kontrolle des Volkes entzogen. Wenn einerseits alles vermieden werden sollte, was die Deutschen als Provokation empfinden

konnten, anderseits die ausländische Propaganda in unserem Land unbehelligt blieb, lag in diesem Gegensatz eine weitere Quelle zu Gerüchten aller Art. Am 30. Juni 1940 bezeichnete Bundesrat Etter in einer Konferenz zwischen Bundesratsmitgliedern und einer Delegation der bürgerlichen Parteien die Lage als die schwerste seit Gründung des schweizerischen Bundesstaates. Bei dieser Gelegenheit ersuchte ein Mitglied der baselstädtischen Regierung den Bundesrat, das Volk innerlich wieder aufzurichten, da in letzter Zeit etwas oft von politischer Umstellung gesprochen worden sei.

Die andere Komponente in der öffentlichen Meinung bildeten die Kräfte des uneingeschränkten Widerstandes, die entweder die Endgültigkeit des deutschen Sieges bezweifelten oder aber den Kampf selbst unter den ungünstigsten Voraussetzungen einer Kapitulation vorzogen. Diese Richtung war ohne Zweifel in der Armee, bei den Wehrmännern aller Grade, am stärksten vertreten, doch auch zahlreiche Bürger aus allen Volksschichten, in Basel vor allem Mitglieder der Zünfte, verschworen sich, dem deutschen Vordringen auf allen Gebieten, wenn es sein musste, mit Gewalt zu begegnen. Aus dem Kreis der Zünfte wurde der Bundesrat um Freigabe bestimmter Bücher ersucht und zur Intervention gegen deutsche Radiosendungen aufgefordert. Unter Leitung von Dr. Ernst von Schenck bildete sich in Basel eine zivile Abwehrorganisation «Aktion nationaler Widerstand», rund 800 Personen umfassend. Der gleiche Geist beseelte auch im allgemeinen unsere Tagespresse, wenngleich die Redaktoren oft gezwungen waren, zwischen den Zeilen zu sagen, was der einzelne Bürger im privaten Gespräch mit drastischen Worten ausdrückte; doch auch so klang die Wahrheit den empfindlichen deutschen Ohren meist unangenehm genug, weshalb von Berlin aus die schweizerischen Behörden immer erneut bedrängt wurden, sie möchten die Presse und hier ganz besonders die grossen Basler Blätter mundtot machen. So forderte der Presseattaché bei der Deutschen Gesandtschaft in Bern vom Bundesrat ganz unverfroren unter anderem die Absetzung des Chefredaktors der «Basler Nachrichten» und von Dr. A. Kober, der unter dem Pseudonym Salander durch seine Artikel in der «National-Zeitung» den Hass des deutschen Propagandaministeriums auf sich gezogen hatte.

Worauf stützten sich die Kräfte des Widerstandes in ihrem unerschütterlichen Glauben an den Sinn einer bedingungslosen Verteidigung gegen den deutschen Angriff? Da war es zunächst die historische Tradition unseres Landes, die eine Besinnung auf die ursprünglichen Grundlagen unseres Staates nahe legte und eine eigentliche Renaissance der Schweizergeschichte förderte. Mancher Nichthistoriker vertiefte sich in diesen Tagen in die

historischen Quellen und schöpfte daraus Zuversicht. Vor allem mochte er daraus erkennen, dass der schweizerische Staat, ganz unbekümmert um die äussere Form, durch alle Jahrhunderte hindurch auf bestimmten, unveränderlichen Grundlagen ruhte, Grundlagen, die nicht aufgegeben werden durften, wenn nicht der Staat selbst geopfert werden sollte. Dazu gehören Humanität und weitgehende politische Selbständigkeit des Individuums. Eine weitere Quelle des Trostes war in diesem Augenblick für manche die Kirche; dies kam in vermehrtem Kirchenbesuch zum Ausdruck. Im Zeichen der Besinnung auf die echten Werte demokratischer Gemeinschaft stand die in ernster Stimmung begangene Bundesfeier 1940. Prof. Dr. Ernst Staehelin führte in seiner eindrücklichen Festansprache auf dem Münsterplatz unter anderem aus:

> «Wenn ein Volk aus der Welt Gottes herauszuleben versucht, wenn die Freiheit seiner Bürger von Ewigkeit her geheiligt ist, wenn seine Humanität ihren Inhalt und ihre Prägung aus der Klarheit und Fülle Gottes erhält, wenn sein Fortschritt geleitet ist von letzten Zielen, wenn seine Demokratie ihre Verantwortung und ihre Weisheit aus heiligen Höhen bezieht, wenn die Gemeinschaft seiner Bürger eine Gemeinschaft tiefster Achtung und Liebe ist, wenn seine verschiedenen Kulturbestandteile durch einen göttlichen Bogen zusammengehalten sind, dann steht ein solches Volk auch im Zeitalter der Panzerwagen und der Sturzkampfflieger stark da, selbst wenn es klein und unscheinbar ist; denn es steht auf ewigem Grund, Kräfte aus einer andern Welt erfüllen es, wie von Feuermauern ist es umgeben. Und sollten dennoch Krieg und Kriegsnot über ein solches Volk kommen, dann weiss es durchzuhalten in Kampf und restlosem Einsatz.»

Diese weisen Worte galten der immensen Gefahr, die aus der geschilderten Zwiespältigkeit innerhalb der öffentlichen Meinung erwachsen musste. Blühte nicht unter diesen Umständen der Weizen des Frontismus am besten? Fand nicht die deutsche Propaganda jetzt die günstigsten Erfolgsaussichten? Wenn sich im Laufe des Spätsommers allmählich eine Klärung im Sinne der Stärkung des Widerstandsgeistes abzeichnete, so lag der Grund dafür zunächst darin, dass England den Kampf gegen die deutsche Übermacht fortsetzte. Ende September stand bereits fest, dass die Deutschen die Luftschlacht um England verloren hatten. Dann aber brachte der berühmte Rütli-Armeebefehl General Guisans eine ganz bedeutende Stärkung der inneren Front.

Die militärische Führung, vor das gleiche Problem gestellt wie jeder einzelne Bürger, war zum Schluss gekommen, dass eine Möglichkeit bestehe, selbst einem bei weitem überlegenen Gegner auf längere Sicht hinaus, wenn auch nicht dauernd, mit Erfolg zu widerstehen, allerdings um den Preis der Räumung jener Landesteile, die unter diesen Voraussetzungen

nicht verteidigt werden konnten. Kämpfen, wo die Natur unsere Anstrengungen unterstützt, das war die Losung. So wurde mit grösster Eile eine stark befestigte Reduitstellung im gesamten Alpengebiet vorbereitet, und die Armee erhielt den Befehl, sich schrittweise aus der Grenzzone ins Landesinnere zurückzuziehen; zurück blieben nur retardierende Verteidigungselemente. Parallel zu dieser neuen Verteidigungskonzeption gingen eine allgemeine Herabsetzung der mobilisierten Truppenbestände und die Neuordnung des Evakuierungsproblems für die Zivilbevölkerung. Der Plan, im Kriegsfall einen Teil davon ins Innere des Landes zu übersiedeln, wurde aufgegeben und durch ein allgemeines Evakuierungsverbot ersetzt. Der General erliess am 20. Juni 1940 eine Instruktion an die Bevölkerung, wonach alle diejenigen, die in der Kriegszone wohnten, sich nur gemäss militärischem Befehl an einem bestimmten Ort zu besammeln hätten (Befohlene Evakuation). Eine freiwillige Evakuation wurde nur geduldet, solange Friede herrsche. Wer keinen Befehl zum Weggehen erhalte, müsse am Wohnort bleiben.

Der neue Verteidigungsplan unserer Armeeleitung veränderte natürlich die militärische Situation Basels grundlegend. Mit der Auflösung des Stadtkommandos am 10. Juli 1940 wurde Basel zur offenen Stadt, die nicht verteidigt werden sollte. Der Regierungsrat sprach dem scheidenden Stadtkommandanten in einem Schreiben namens der Bevölkerung seinen Dank aus für den Schutz, den Basel seit Kriegsbeginn hatte geniessen dürfen, und hob darin auch die reibungslose Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Instanzen lobend hervor.

Von nun an lag die Stadt weit ausserhalb der schweizerischen Hauptverteidigungslinie, ihre Bewohner waren im Kriegsfall schon von der ersten Stunde an dem Zugriff des Feindes ausgesetzt und mussten sich auf eine dauernde Besetzung durch fremde Truppen gefasst machen. Da unsere Bevölkerung bis dahin unter Mobilmachung immer Grenzbesetzung verstanden hatte, so bedeutete nun die Verwirklichung der Reduitidee nicht nur für die Armee, sondern auch für die Zivilbevölkerung eine bedeutende psychologische Umstellung. Um so erstaunlicher wirkt die Ruhe, mit welcher der Reduitplan in Basel aufgenommen wurde. War man sich noch nicht bewusst, was es im zweiten Weltkrieg bedeutete, zur besetzten Zone zu gehören? Eher lag der Grund für diese Haltung in der aufkeimenden Hoffnung, Deutschland werde kein Interesse mehr daran haben, die Schweiz anzugreifen, wenn diese aus der einmal gegebenen Situation heraus versuche, durch die Reduitverteidigung ein Maximum an Verteidigungskraft zu entwickeln. Zur Beruhigung trug auch bei, dass die militärischen Aspekte vor den wirtschaftlichen und politischen Kriegssorgen zurücktraten.

Mehr und mehr begannen sich die wirtschaftlichen Kriegsfolgen bemerkbar zu machen, bei der Versorgung mit Rohmaterialien und Brennstoffen, bei der Einfuhr von Lebensmitteln. Der Basler Rheinhafen, dieses wichtige Eingangstor für einen grossen Teil der schweizerischen Einfuhren, war von Kriegsbeginn bis in den Herbst 1940 geschlossen; doch trug nicht allein die Zerstörung vieler Verkehrswege die Schuld am starken Rückgang der Einfuhren, sondern ebensosehr die Befürchtung der beiden Kriegsparteien, der Gegner könnte aus den in die Schweiz eingeführten Rohmaterialien und Halbfertigprodukten direkt oder indirekt Nutzen ziehen. Daher sah sich die Schweiz von beiden Seiten her schwersten Pressionen ausgesetzt, wenn sie die Einfuhr bestimmter Waren aus Übersee und aus europäischen Ländern anstrebte. Praktisch hing die Zufuhr weitgehend vom Entgegenkommen der Achsenmächte ab, welche die Zufahrtswege zur Schweiz unter ihrer Kontrolle hielten. Die Mangellage kam auch bereits in einer gewissen Teuerung zum Ausdruck, stieg doch der Basler Index der Lebenshaltungskosten zunächst auf 111 Punkte, im Durchschnitt des Jahres 1940, und dann bis Mitte 1941 auf 129 Punkte (August 1939 = 100). In dieser wirtschaftlichen Entwicklung drohten ohne Zweifel grosse Gefahren, die sich auf die innere Front verhängnisvoll hätten auswirken können. Die Behörden unternahmen daher alles in ihrer Macht Stehende, um eine Massenarbeitslosigkeit zu verhindern, die Lebensmittelversorgung wo nötig durch Rationierung sicherzustellen und die Teuerung so weit als möglich abzubremsen.

Am 21. November 1940 befasste sich der Grosse Rat, durch zwei Interpellationen veranlasst, mit Hamsterkäufen, die im Zusammenhang mit der Ankündigung von einschränkenden Massnahmen auf dem Gebiete des Schuh- und Textilmarktes vorgekommen waren. Nach den Angaben des Regierungsvertreters hätten an einem einzigen Tag rund 25 000 Käufer die Läden dieser Branchen bestürmt; doch sei nur ein einziger krasser Hamsterfall festgestellt worden. In der gleichen Sitzung überwies der Grosse Rat der Regierung zwei Anzüge mit der Empfehlung, es seien dem Staatspersonal und den Privatangestellten Teuerungszulagen auszurichten.

Wohl hatte die Schweiz mit den Blockademächten England und Frankreich am 25. April 1940 einen Blockadevertrag über die Sicherung der schweizerischen Importe und Exporte durch die Gewässer dieser Mächte abschliessen können, doch ergaben sich seit dem Zusammenbruch Frankreichs grösste Schwierigkeiten, die Zufuhren aus England und den USA blieben beinahe gänzlich aus. Deutschland hoffte, durch Kohlenlieferungssperren und Transithemmnisse von der Schweiz die massive Belieferung mit Waren aller Art zu erpressen. Erst die mit den Achsenmächten abgeschlossenen

Handelsverträge im Sinne der Gegenblockade brachten einige Erleichterungen, allerdings um den Preis schwerer Opfer. Wenn auch der Export mancher Produkte ausserhalb des deutschen Bereiches verweigert wurde, so legten die Verträge doch für andere Exportwaren im deutsch–schweizerischen Handel bestimmte Mengen vertraglich fest; besondere Bedeutung erhielt die Versorgung unseres Landes mit deutscher Kohle und mit Eisenerz, wofür die Schweiz Schlachtvieh, Kondensmilch, Käse und Obst nach Deutschland ausführen und eine Verschlechterung der eigenen Fleischversorgung in Kauf nehmen musste. Die Alternative lautete: entweder frieren und vielleicht gar arbeitslos werden oder aber etwas weniger essen. (Einführung von zwei fleischlosen Tagen am 16. Mai 1941.)

Einen wesentlichen Trumpf im Spiel unserer Unterhändler bildeten wohl die Transitverbindungen durch den Gotthard und den Simplon, die für den Güteraustausch zwischen Deutschland und Italien von geradezu lebenswichtiger Bedeutung waren. Vielleicht trugen eben diese Transitmöglichkeiten dazu bei, dass Deutschland in diesem kritischen Zeitabschnitt von einem Angriff gegen unser Land absah. Die unter denkbar ungünstigen Voraussetzungen erkämpften Handelsvereinbarungen festigten die wirtschaftliche Position unseres Landes so weit, dass in der Industrie keine Arbeiter entlassen werden mussten. In Basel ging die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt von 1939 auf 1940 sogar bis auf ungefähr die Hälfte, das heisst auf rund tausend zurück. Die Ausfuhrmengen der drei Basler Hauptindustrien hielten sich während des ganzen Jahres 1940 noch auf beachtlicher Höhe, immerhin wurde für den Fall einer grösseren Arbeitslosigkeit der obligatorische Arbeitseinsatz überzähliger Industriearbeiter im landwirtschaftlichen Anbauwerk vorgesehen. Einzig die Binnenwirtschaft litt unter dem starken Rückgang der Bautätigkeit. Der Bestand an Leerwohnungen erreichte am 1. Dezember 1940 die Höchstzahl von 1661 = 3% aller Wohnungen, beinahe soviel wie in der Krisenzeit der Vorkriegsjahre.

Da die eingeführte Kohlenmenge so weit als möglich der Industrie zugeteilt werden sollte, mussten die Privaten im zweiten Kriegswinter bereits empfindliche Einschränkungen beim Kauf von Heizmaterial auf sich nehmen (50% des Normalbedarfes). Der Kanton Basel-Stadt führte in der Folge grosse Holzmengen ein, so zum Beispiel 1943 rund 150000 Ster oder 5300 Eisenbahnwagen aus zwölf Kantonen; 23800 Ster beanspruchte allein die Holzvergasung im Gaswerk. Wer nicht auf Holz als Ersatz zurückgreifen konnte, sah sich nach Ersatzkohle (Braunkohle) um oder war gezwungen, an Stelle der Zentralheizung wieder bei den altbewährten Zimmeröfen Zuflucht zu suchen. Verschiedene Kirchen blieben wegen des Brennstoff-

mangels während des ganzen Winters geschlossen. Für die industriellen und gewerblichen Betriebe, ferner für die kaufmännischen Unternehmungen wurde die Fünftagewoche, für die Ladengeschäfte eine Verkürzung der Verkaufszeit angeordnet. Da auch die Vorräte an flüssigen Brennstoffen, vor allem das Benzin, während dieses Winters zur Neige gingen, musste schliesslich ein vollständiges Fahrverbot für Personenautomobile, Ärzte ausgenommen, verfügt werden. Im Kanton Basel-Stadt blieben vom Mai 1941 an nur noch 220 Privatwagen im Betrieb.

Die innere Krise und der militärische Zusammenbruch der französischen Demokratie veranlassten manchen Bürger nicht nur zur Besinnung auf die traditionellen Grundsätze schweizerischer Demokratie, sondern auch zur kritischen Prüfung der demokratischen Einrichtungen auf ihren inneren Wert. Träges Verharren in einem verkalkten Zustand schien ebenso gefährlich wie die Gleichschaltung der schweizerischen Lebensformen mit ausländischen Vorbildern, und dies um so mehr, als unsere Existenz als Staat nicht auf einer natürlichen, sondern auf einer geschichtlich gewordenen Grundlage ruht. War der schweizerische Staat wirklich eine echte Volksgemeinschaft gleichberechtigter Bürger, als das er immer wieder gelobt wurde? Hatte nicht die wirtschaftliche Entwicklung zu gefährlichen Gegensätzen geführt? War diese schweizerische Demokratie nicht für einflussreiche Bürger ein Werkzeug geworden, ihre persönlichen Interessen durchzusetzen? Fehlte nicht vielen Bürgern in diesem Staat eine geistige Zielsetzung? Alle diese Fragen bedrückten manchen etwas tiefer denkenden Menschen. Eine Erneuerung im Sinne der Neubelebung unserer demokratischen Einrichtungen, aber auch die Abwendung von der Routine-Politik, dies schien den Kritikern unumgänglich, wenn die Schweiz den Verlockungen der deutschen Propaganda sollte widerstehen können. Sprachrohr für solch kritische Stimmen war zum Beispiel der Ende Juli 1940 gegründete Gotthard-Bund. Auch der aufsehenerregende Erfolg des Landesrings der Unabhängigen bei den Grossratswahlen im Frühjahr 1941 konnte nicht bloss als Reaktion der durch die Teuerung verärgerten Konsumenten oder gar als eine Folge des Kommunistenverbotes gewertet werden. Hier wirkte sicherlich die Abneigung vieler Wähler gegen das schablonenhafte Parteidenken mancher berufsmässiger Politiker mit.

Indessen riefen, bei aller Ruhe, die im grossen und ganzen auf dem kontinentalen Kriegsschauplatz herrschte, doch gelegentlich wieder militärische Ereignisse den Bürgern unserer Stadt die gespannte äussere Lage in Erinnerung, so das völlig unerwartete Luftbombardement Basels in der Nacht vom 16. auf den 17. Dezember 1940 durch englische Flugzeuge. Dieser Angriff richtete im SBB-Areal, im Gundeldingerquartier und in

Binningen nicht nur bedeutenden Sachschaden an – 472 Schadenfälle im Betrag von 940000 Franken –, sondern forderte sogar vier Todesopfer. In der Öffentlichkeit erhob sich in der Folge eine heftige Diskussion über Sinn und Unsinn der allgemeinen Verdunkelung, die auf Befehl des Generals seit dem 7. November allabendlich durchgeführt werden musste. Offenbar fand sich die Bevölkerung mit dieser Massnahme nur höchst widerwillig ab, mussten doch die Luftschutzpatrouillen zunächst jede Nacht durchschnittlich 350 Rapporte wegen ungenügender Verdunkelung erstatten. Das Polizeigericht hatte sich im Laufe des Jahres 1941 mit über 11000 Verzeigungen wegen Zuwiderhandlung gegen den Bundesratsbeschluss über Massnahmen des passiven Luftschutzes zu befassen. Allgemein wurde die Ansicht vertreten, es handle sich bei der Verdunkelung um eine Vorkehrung, die auf deutschen Druck hin getroffen, nur Deutschland Nutzen bringen könne.

Während am 6. April 1941 die Basler Kirchenglocken eben den Palmsonntags-Gottesdienst einläuteten, erfuhr die Bevölkerung durch Radio und Extrablätter, dass wenige Stunden zuvor deutsche Truppen in Jugoslavien und Griechenland einmarschiert seien und die Stadt Belgrad durch ein fürchterliches Fliegerbombardement zu einem Teil dem Erdboden gleichgemacht hätten. Damit kündigte sich eine ganz neue Richtung der deutschen Eroberungsstrategie an, eine bedeutsame Ausweitung des Kriegsgeschehens nach dem Osten, gegen den Balkan, also gegen die russische Einflußsphäre. Heinrich Jenny kommentierte das Ereignis in der «National-Zeitung» unter anderem mit folgender Bemerkung:

> «Gerade am heutigen Tag aber und angesichts der Einbeziehung weiterer Millionen friedens- und freiheitliebender Menschen in den Krieg der Grossmächte bekennen wir uns zu dem unerschütterlichen Glauben an ein künftiges ehrenvolles, von Gerechtigkeit und gegenseitiger Achtung beherrschtes Zusammenleben der Völker und zu der Bereitschaft, dieser Zukunft des Friedens und der Freiheit unsern Beitrag nicht zu versagen.»

Gegenüber der Haltung verschiedener Schweizer Zeitungen, vor allem der «National-Zeitung», in der Frage des jugoslavischen Widerstandes, zeigten die deutschen Stellen besondere Empfindlichkeit. Offenbar ganz bewusst arbeiteten damals die später vielgenannten zweihundert Schweizer Bürger mit ihrer «Eingabe der 200» den Deutschen in die Hände, indem sie vom Bundesrat nichts weniger als die Absetzung verschiedener Chefredaktoren und ein strengeres Regime gegenüber der Schweizer Presse forderten.

Eine indirekte Folge der veränderten militärischen Situation war der Beschluss des Bundesrates vom 9. April 1941, eine schweizerische See-

schiffahrtsflagge zu schaffen und ein eidgenössisches Seeschiffahrtsamt in Basel zu errichten. Damit sollte den immer grösser werdenden Transportschwierigkeiten für unsere Importe und Exporte entgegengewirkt werden.

Was der Frühjahrsfeldzug der Deutschen hatte vermuten lassen, wurde am 22. Juni 1941 zur Tatsache: die deutsche Kampfansage an Sowjetrussland. Obgleich die Presse, natürlich mit der gebotenen Zurückhaltung, bereits Tage vorher diese Möglichkeit angetönt hatte, kam die Nachricht von der deutschen Kriegserklärung an die Russen ebenso unerwartet wie seinerzeit die Mitteilung vom Abschluss eines deutsch-russischen Nichtangriffspaktes. Damit hatte der Krieg zweifellos einen ersten grossen Wendepunkt erreicht.

Schach dem inneren Angriff

Hatte vor dem Ausbruch des deutsch-russischen Krieges ein eindeutiges militärisches Übergewicht der Achsenmächte auf dem europäischen Kontinent bestanden, so erwartete der aufmerksame Beobachter nach dem 22. Juni, dass sich allmählich ein Kräftegleichgewicht anbahnen werde. Zwar sah es in den ersten Monaten der Kämpfe im Osten gar nicht danach aus, aber schliesslich sollten doch alle jene Recht behalten, die den Angriff Hitlers auf die Sowjetunion als einen Fehler betrachteten. England, das bis dahin den Kampf allein hatte ausfechten müssen, erreichte eine beträchtliche Verbesserung seiner strategischen und militärischen Lage. Gleichzeitig mit der unerwarteten Verbindung zwischen dem demokratischen England und dem totalitären russischen Staat verlor die bisher eindeutig antifascistische Ideologie als Grundlage der geistigen Kriegführung Englands gegen Deutschland und Italien ihre Bedeutung und trat mehr als bisher hinter machtpolitischen Erwägungen zurück.

Auch für die Schweiz ergab sich aus der Verschiebung der wichtigsten deutschen Kampfeinheiten nach Osten eine bedeutende militärische Erleichterung, wenn auch deutscherseits zunächst noch genügend Truppen für einen Angriff gegen unser Land zur Verfügung gestanden hätten. Die Zahl der im Felde stehenden Soldaten konnte in der Schweiz von 170000 im Juli 1941 auf rund 70000 Mann bei Jahresende herabgesetzt werden; ein neuer Ablösungsplan führte insofern zu einer Entlastung, als die Einheiten des Auszuges und der Landwehr nun innerhalb eines Vierteljahres nur noch einmal zu fünfwöchigem Grenzdienst einrücken mussten.

Es war zu erwarten, dass die deutschen Machthaber jetzt noch mehr als bisher den Akzent auf die politische Zermürbung unseres Landes legen würden, da ein militärischer Angriff unter den neuen Umständen noch weniger Erfolg versprechen musste als in der Vergangenheit. Welcher Mittel sich die deutsche Propaganda in Zukunft bedienen werde, dies deutete Albert Oeri am 24. Juni 1941 in seinem berühmt gewordenen Leitartikel «Kreuzzug? Beutezug? Kriegszug?» klar genug an. Er bemerkte darin:

> «Sofort nach dem Bruch der Achsenmächte mit der Sowjetunion wird jetzt in der deutschen und in der italienischen Presse zugleich die Parole ausgegeben, der beginnende Russenkrieg sei ein Kreuzzug. Es ist anzunehmen, dass eine Weltpropaganda mit dieser Kreuzzugsidee bevorsteht. In Wirklichkeit handelt es sich aber nicht um einen Kreuzzug in der üblichen Bedeutung eines ideologisch begründeten Krieges, sondern höchstens um einen «Hakenkreuzzug». Man hat Adolf Hitler, als er sich beim Kriegsausbruch vor zwei Jahren mit der Sowjetunion verständigte, zu Unrecht vorgeworfen, er gebe damit seine antibolschewistische Gesinnung preis. Ebenso falsch wie jener Vorwurf ist aber auch der heutige Versuch, eine militärische Offensive als nationalsozialistische Gesinnungsoffensive zu drapieren. So wenig wie 1939 wird 1941 mit Weltanschauungen und auf Weltanschauungen geschossen.»

Wer für die machtpolitischen Ziele Deutschlands auf dem direkten Weg nicht zu gewinnen war, sollte nun auf dem Umweg über den antibolschewistischen Feldzug dafür begeistert werden. Darüber liess die deutsche Propagandaagitation auch in der Schweiz keinen Zweifel offen. Hitler, der eben noch den Plutokraten den Kampf angesagt hatte, beschwor nun auf einmal das Schreckgespenst Bolschewismus und bezeichnete seine Armee als Bollwerk der Zivilisation gegen den asiatischen Kommunismus. Träger des neuen Propagandagedankens waren in unserem Land, abgesehen von deutscher Presse und Radio, die schweizerischen Rechtsextremisten, ob sie von Deutschland aus oder in der Schweiz selbst tätig waren. Wie schon früher taten sich wiederum Leonhardt und seine Genossen, meist von Lörrach aus, in dieser Richtung besonders hervor. Sie traten nun unter dem Namen «Nationalsozialistische Bewegung in der Schweiz» mit Schmier- und Klebaktionen an die Öffentlichkeit und richteten einen offenen Brief an den Bundesrat, in dem sie erklärten, im Kampf gegen Russland dürfe es für die Schweiz keine Neutralität mehr geben. Schliesslich verlangten sie sogar, die Hälfte der mobilisierten Schweizer Truppen sei für den Krieg gegen Russland einzusetzen. Auch wurde von ihnen die unwahre Behauptung verbreitet, der schweizerische Generalstab und General Guisan hätten in Verbindung mit Frankreich festgelegt, in welcher Weise die Schweiz an der Seite der Alliierten gegen Deutschland in den Krieg eintreten könnte. In

den Propagandaschriften dieses Kreises wurde General Guisan als «gefährlichster Landesverräter aller Zeiten», als «Staatsfeind Nr. 1» und im Hinblick auf die Reduitplanung als «zerstörungswütiger Säbelrassler» bezeichnet. Den Tiefpunkt bildete das Versprechen «Wir werden nicht ruhen und rasten, bis das Hakenkreuz über der Kuppel des Bundeshauses flattert». Die verräterischen Handlungen des Kreises um Leonhardt fanden durch eine Aktion der Politischen Polizei in Basel ihr Ende. Durch ein Urteil des Strafgerichtes Basel-Stadt wurde Leonhardt zu zehn Jahren, sein wichtigster Mitarbeiter Burri zu sieben Jahren Zuchthaus in contumaciam verurteilt, 45 Mitangeschuldigte erhielten Strafen von einem Monat Gefängnis bis zu vier Jahren Zuchthaus.

Ähnliche Verräterorganisationen waren die «Freunde Deutschlands» (auch «Kampfbund Speer»), deren Ziel darin bestand, nach dem Muster von Quisling und Seyss-Inquart die überzeugten schweizerischen Nationalsozialisten zu sammeln und für eine Aktion der Fünften Kolonne zu schulen. Andere Fanatiker gründeten Kampfbünde mit der Absicht, sobald diese stark genug waren, wichtige Punkte im Land zu besetzen und eine deutschfreundliche nationalsozialistische Regierung einzusetzen. Dabei wurde auf die Mithilfe Deutschlands spekuliert. Staatsgefährliche Tendenzen zeigte auch die in Basel gegründete «Eidgenössische Arbeiter- und Bauernpartei», deren Mitglieder zum grossen Teil schweizerische Arbeiter und Angestellte der Deutschen Reichsbahn waren. Besondere Aufmerksamkeit schenkten die Behörden der «Eidgenössischen Sammlung» und deren Nebenorganisationen, die zusammen rund 2400 Mitglieder umfassend, im allgemeinen weniger offensichtlich, aber ebenso gefährlich wie andere nationalsozialistische Vereinigungen den schweizerischen Staat unterhöhlten.

Erst im Zusammenhang mit den vielen Untersuchungen wegen Spionageverdachtes wurde den Schweizern so recht klar, wessen sie sich von Seiten dieser illegalen Organisationen zu versehen hatten. Viele unter deren Mitgliedern beschränkten sich nämlich nicht auf propagandistische Tätigkeit, sondern liessen sich willig in das Spionagenetz der Deutschen eingliedern.

Bundesrat E. von Steiger, Chef des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, stellte am 16. April 1942 in einer öffentlichen Rede fest, dass Landesverrat und Spionage im vergangenen Jahr häufiger geworden seien, und dass sich eine systematische Auskundschaftung unserer militärischen Verhältnisse abzeichne. In den Jahren 1941/42 wurden wegen Verrates militärischer Geheimnisse, wegen militärischer, politischer und wirtschaftlicher Nachrichtendienste zum Nachteil der Schweiz in unserem Land über 400 Personen, darunter eine grosse Zahl Mitglieder rechtsextremistischer

Gruppen, verhaftet. Nicht greifbar waren alle jene, die aus der diplomatischen Immunität ihrer Standorte Nutzen ziehend, gegen die Schweiz konspirierten. Es handelte sich vornehmlich um deutsche Beamte, dann aber auch um Agenten im Dienste der deutschen Spionage-Abwehrzentrale Stuttgart, die von dorther in die Schweiz geschickt wurden. Sie kamen legal oder illegal über die Grenze, waren oft mit falschen Ausweisschriften und sogar mit nachgeahmten Lebensmittelkarten versehen. Einzelne brachten Schweizer Karten im Masstab 1:25 000, ferner Miniaturphotoapparate und Generalabonnemente der SBB mit. Für die Übermittlung der Meldungen wurde meist der diplomatische Kurier der Gesandtschaft verwendet.

Zu Beginn des Jahres 1942 wurde der Konsulatsangestellte Bögemann in Basel von den schweizerischen Behörden an die Grenze gestellt, weil er in eine schwerwiegende Spionageaffäre verwickelt war; auch der Kanzler und der Sekretär des Basler Konsulates befassten sich mit verbotenem Nachrichtendienst und mussten daher sofort nach Kriegsende unser Land verlassen. In einem weiteren Spionageprozess waren von elf Angeklagten deren acht Beamte oder Angestellte der Reichsbahn, in einem andern Spionagefall hatten die sieben Angeklagten, sämtlich Angestellte im Badischen Bahnhof, die Befestigungsverhältnisse in der Stadt Basel ausgekundschaftet und Mitteilungen darüber ihren Vorgesetzten zukommen lassen. Ein Überblick ergibt, dass im Laufe des Krieges rund hundert Personen, Deutsche und Schweizer, die bei der Reichsbahn in Basel tätig waren, wegen Spionageverdachtes verhaftet werden mussten. Fast ohne Ausnahme konnten sie der Tat überführt werden. Wie weit die Fäden der deutschen Spionage in unserer Stadt gingen, ist etwa daran zu erkennen, dass die deutsche Wehrmacht für den Fall eines Angriffes gegen die Schweiz bereits ein Sonderkommando bestimmt hatte, durch das die Beamten der Basler Politischen Polizei und ihre Akten sichergestellt werden sollten. Im berüchtigten Spionagefall Böswald, der erst nach Kriegsschluss vom Basler Strafgericht zu beurteilen war, stellte sich heraus, dass der Hauptangeklagte als a.o. Kriminalkommissär des Basler Polizeidepartementes dem deutschen Sicherheitsdienst in Lörrach laufend die Namen elsässischer Flüchtlinge mitgeteilt und damit bewirkt hatte, dass deren Angehörige von der Gestapo nach Osten deportiert wurden.

Besondere Geschäftigkeit entwickelten die deutschen Organisationen in der Schweiz, so lange die äusseren Ereignisse, vor allem die grossen militärischen Erfolge in Russland, ihre im wesentlichen propagandistischen Bestrebungen unterstützten. Zahlreich waren die Veranstaltungen der Deutschen Kolonie, die als Sammelbecken aller nationalsozialistischen Organisationen in Basel gelten durfte. Man zählte an diesen geschlossenen

Feiern zur Machtergreifung, zu Hitlers Geburtstag, zum Erntedankfest bis zu 2300, nie aber unter 800 Teilnehmer, darunter zahlreiche geladene Schweizer, auch solche in jugendlichem Alter. Nie bot sich den direkten Sendlingen Hitlers bessere Gelegenheit, dem Gastland freche Anschuldigungen ins Gesicht zu schleudern, als bei solchen Festlichkeiten. Seit Dezember 1941 verfügten die Deutschen in Basel an der St. Albanvorstadt über ein eigenes Parteiheim («Braunes Haus»), in dessen 32 Räumlichkeiten die Geschäftsstellen der Parteiorganisationen und die Versammlungssäle für die Kolonie untergebracht waren. Allein im Jahre 1942 fanden hier 190 Veranstaltungen der deutschen Gruppen, Filmabende, Instruktionskurse und anderes statt. Der Sinn dieser Parteiburg im fremden Staat wird jedem klar, der die Worte des Berliner Gauamtsleiters bei der Eröffnung durchschaut: «Jawohl, wir sind Agenten, wir sind Agenten des Deutschtums, der deutschen Kultur und des Nationalsozialismus. Das müssen sich die Feinde Deutschlands merken.» Um dem Heim die Vorteile der diplomatischen Immunität zu sichern, wurden sogar gewisse Abteilungen des deutschen Konsulates dorthin verlegt.

Welche Geringschätzung gegenüber der Schweiz als Kleinstaat sprach aus dem Verhalten des deutschen Generalkonsuls, der sich immer erneut beim Polizeidepartement über unsere Bevölkerung, und speziell über die Tagespresse beschwerte, wobei er sich ganz kühn auf den Bundesratsbeschluss betreffend Strafbestimmungen gegen die Störungen der Beziehungen zum Ausland berief. Doch nicht genug: seine Kritik war mit Drohungen verbunden. Danach sei das Dossier Schweiz beim Auswärtigen Amt in Berlin derart schwer belastet, dass der geringste Zwischenfall genügen könne, um einen für die Schweiz folgenschweren Entschluss des Führers zu bewirken. Gleichzeitig wies er ganze Bündel mit Ausschnitten aus den hiesigen Zeitungen vor. In diesen Rahmen passt auch das Verhalten der nationalsozialistischen Sportgruppe, deren rund 200 Mitglieder im Deutschen Heim und in den Kellerräumlichkeiten des Güterbahnhofes DRB zu Stosstrupps ausgebildet und stets einsatzbereit gehalten wurden.

Während die meisten Fälle militärischer Spionage gegen unser Land zu Lasten Deutschlands fielen, waren am wirtschaftlichen Nachrichtendienst und an der propagandistischen Einwirkung auch andere kriegführende Mächte beteiligt; doch zeichnete sich von dieser Seite niemals eine ernsthafte Bedrohung der Grundlagen unseres Staates ab, ausgenommen in den Bestrebungen des fascistischen Italiens, von denen allerdings in Basel weniger zu verspüren war als zum Beispiel im Kanton Tessin. Im Hinblick auf die Gefährdung der Armee durch revolutionäre Parolen war die Kommunistische Partei bereits am 26. November 1940 aufgelöst worden; doch ent-

falteten die führenden Kommunisten nun eine rege illegale Tätigkeit, namentlich in propagandistischer Hinsicht. Im Februar 1941 unternahm die Bundespolizei eine Aktion gegen eine kommunistische Propagandaorganisation in Bern, Basel und Zürich. Seit dem Ausbruch des deutsch-russischen Krieges war diese politische Richtung wieder ein selbständiger Faktor und führte den Kampf gegen den nationalsozialistischen Gegner viel heftiger, als dies der legalen Presse möglich war. Im Interesse einer Stärkung des Widerstandswillens gegen Deutschland vermied sie nun alle antimilitaristischen und pazifistischen Tendenzen und auferlegte sich auch in ihrer revolutionären Zielsetzung gewisse Schranken, allerdings weniger vom schweizerischen Gesichtspunkt aus, als zur Förderung der alliierten, vornehmlich der russischen Kriegführung.

Die Abwehr der Schweiz gegen die Angriffe von innen, die vor allem deutscherseits nur als Vorbereitung des äusseren Angriffes gedacht waren, konzentrierte sich auf die strafrechtliche Verfolgung von Spionage und Verrat, ebensosehr aber auch auf Gegenwirkung im geistigen und politischen Bereich. Besonders tiefen Eindruck hinterliessen auch in Basel die 33 Todesurteile, die zwischen 1940 und 1945 von den schweizerischen Militärgerichten, gestützt auf den Bundesratsbeschluss vom 28. Mai 1940, wegen Verletzung militärischer Geheimnisse und Landesverrats ausgesprochen werden mussten. Zwar sieht das Militärstrafrecht für Kriegszeiten und auch für Zeiten unmittelbar drohender Kriegsgefahr die Einführung der Todesstrafe vor; doch wollten die Behörden nicht auf diese Bestimmungen zurückgreifen, sondern erliessen eine Notverordnung. Deren innere Begründung lag im drohenden strategischen Überfall. Die Bestrafung der erfolgreichen Spione konnte die Vorbereitungen zum Angriff nicht mehr verhindern, daher musste man vom Strafrecht in diesem Fall eine ausserordentliche Wirkung, nämlich Prävention verlangen. Diese äusserste Strafandrohung war um so wirksamer, als es sich nur bei wenigen Mitgliedern der Spionageringe um ideale Fanatiker, sondern meist um willensschwache, charakterlich schlechte Elemente handelte, die sich um schnöden Lohn missbrauchen liessen. Die Fünfte Kolonne, deren Aufgabe darin bestand, die schweizerische Abwehr gegen den deutschen Angriff zu erschweren, bewirkte eine Art latenten Kriegszustand mit Deutschland, und die schweizerische Spionageabwehr befand sich also in dieser Hinsicht gewissermassen direkt vor dem Feind. Allein bei der Basler Politischen Polizei gingen zwischen 1938 und 1945 rund 20000 Anzeigen wegen Verdachts von Spionage und Verrat ein; die Zahl der aus diesem Grund Verhafteten belief sich hier bis 1945 auf über 1000; davon wurden 8 zum Tode, 15 zu lebenslänglichem Zuchthaus, 150 mit Zuchthaus von drei bis fünfzehn Jahren und 700 mit

Gefängnis bis zu vier Jahren bestraft. Auf keinem Gebiet fanden unsere Behörden eine so rückhaltlose, geradezu übereifrige Unterstützung durch alle Kreise der Bevölkerung, wie auf demjenigen der politischen Abwehr.

Wenn sich die Basler Öffentlichkeit im allgemeinen gesehen gegenüber dem Angriff von innen erstaunlich widerstandsfähig zeigte, dann beruhte dies allerdings viel weniger auf den erwähnten Strafandrohungen als auf einem natürlichen Widerstandsgeist, der von verschiedener Seite systematisch gefördert wurde. Aus der europäisch-christlichen und der humanistischen Gesinnung heraus, die unsere Stadtgeschichte von jeher kennzeichnete, lehnte Basel das mit grossem Gepränge angebotene fremde Gedankengut diskussionslos ab. Besondere Erwähnung verdienen hier die Tageszeitungen aller parteipolitischen Färbungen, die denn auch nicht zufällig den deutschen Stellen stets ein Dorn im Auge waren. In Erinnerung bleiben neben den Glossen Salanders (Dr. A. Kober) die Samstag-Morgen-Leitartikel von J. B. Rusch in der «National-Zeitung» und die weitherum gelesenen militärischen Lagebetrachtungen von Legatus (Oberst O. Frey) in den «Basler Nachrichten». Diesen wie auch andern mutigen Publizisten galten die drohenden Äusserungen des deutschen Reichspressechefs, der einmal den schweizerischen Journalisten die Verbannung in die asiatischen Steppen in Aussicht stellte.

Je deutlicher an der russischen Front die Initiative vom Angreifer auf den Verteidiger überging, als desto dringender erachteten es unsere Behörden, dass sich die Schweizer Presse nicht anmerken lasse, wie sehr der einzelne Bürger jene Vorgänge miterlebte, die für das Schicksal seines Landes in einem günstigen Sinne entscheidend sein konnten. Sich stille verhalten, war weiterhin die pressepolitische Losung; doch jetzt musste nicht mehr wie noch vor anderthalb Jahren der Defaitismus, sondern die optimistische Stimmung zurückgebunden werden. Die veränderte geistige Situation konnte natürlich am neutralitätspolitischen Status nichts ändern; immerhin stellte sich in der Öffentlichkeit die Frage, ob die pressepolitische Haltung unserer Behörden nicht doch zu ängstlich sei. Nationalrat Dr. M. Feldmann äusserte in seiner Schrift «Zur Lage der Schweiz» ernste Bedenken gegen die Meinung des Vorstehers des eidgenössischen Politischen Departementes, dass Schweigen die beste Rede sei. Man dürfe dem Schweizer Volk unter Hinweis auf die Neutralität den Anspruch auf eine eigene selbständige Orientierung und auf eine eigene Meinung über die Weltereignisse nicht bestreiten. Auf jeden Fall bewies die Haltung der deutschen Regierung und speziell ihrer Presse unserem Land gegenüber nicht das geringste Verständnis für die staatliche Lenkung unserer Zeitungen. Typisch war dafür die Schreibweise der süddeutschen Parteiblätter, besonders des «Alemannen»,

der die Schweiz immer wieder mit Liebenswürdigkeiten besonderer Art bedachte, so unter anderem, wenn er bemerkte: «Die Schweiz ist ein kleines Ländchen, angefüllt mit hohen Bergen, grosser politischer Einbildung und noch grösseren Worten, aber als Staat beziehungsweise Stätchen abhängig vom guten Willen der umliegenden Grossmächte.»

Besondere Kritik richtete sich auch gegen die Asylrechtspolitik der eidgenössischen Fremdenpolizei, als im Sommer 1942 einige hundert deportierte französische Juden unsere Grenzen illegal überschritten und um Asyl nachsuchten. Es bestand die Absicht, diese wieder auszuweisen. Dr. H. Zbinden machte sich zum Sprachrohr des überwiegenden Teils der öffentlichen Meinung, als er in der «National-Zeitung» mahnte:

> «Es wird in diesen Zeiten immer wieder betont, dass schweizerisch und christlich gleichbedeutend seien. Flüchtlinge an die Grenze zurückzustellen und sie ihren Verfolgern auszuliefern, ist aber weder schweizerisch noch christlich, weil es nicht menschlich ist. Es ist der Ausdruck einer bedenklichen Verirrung der Geister und der Gewissen.»

Am 1. August 1941 feierte die Schweizerische Eidgenossenschaft inmitten einer kriegerischen Welt ihren 650. Geburtstag in schlichter, dem Ernst der Zeit angepasster Weise als eigentliche Besinnungsstunde. Trotz dem Kriegsgetümmel fand die Presse der wichtigsten ausländischen Staaten – Deutschland ausgenommen – Worte der Anerkennung und der Sympathie für unser Staatswesen. Im Mittelpunkt stand die Bundesfeier in Schwyz, an der der Bundesrat in corpore, der General und die Abordnungen aller Kantonsregierungen teilnahmen. In Basel folgten rund 20000 Personen dem Ruf der Regierung zur Bundesfeier auf dem Sportplatz Schützenmatte. Nach der Festansprache von Regierungsratspräsident G. Wenk hörte die Versammlung eine aus Schwyz übertragene Botschaft des Bundesrates und grüsste die von dort mit dem Rütlifeuer eintreffenden Stafettenläufer. In einer besonderen Feier gedachten die oberen Schulen unserer Stadt des historischen Ereignisses. An das Wort Adrians von Bubenberg anknüpfend: «Die Eidgenossenschaft hat ein einziges Bollwerk: Eure Entschlossenheit und Wachsamkeit», wies Dr. G. Steiner als Festredner auf die entscheidende Bedeutung der Jugend hin, auf die wichtige Rolle der Schule im erfolgreichen Kampf gegen den politischen und militärischen Angriff.

Im Zeichen der geistigen Landesverteidigung stand auch die Tätigkeit verschiedener Basler Verleger, die in Anbetracht des Zusammenbruchs deutscher Verlagsproduktion die Initiative zur Publikation von wissenschaftlichen Lehr- und Handbüchern und zur Veröffentlichung von Klassiker-Ausgaben für jeden Leser ergriffen.

Ein ganz besonderes Verdienst in der Bekämpfung der nationalsozialistischen Flut kam der Sektion «Heer und Haus» im Armeestab zu. Diese, in der kritischen Zeit von Oberst Oscar Frey, dem früheren Kommandanten des Basler Inf. Reg. 22, betreute Abwehrgruppe hatte die Aufgabe, den Geist des unbedingten Widerstandes, der die Armee beseelte, auch auf die Zivilbevölkerung zu übertragen. Galten die Bestrebungen dieser Gruppe zwar zunächst dem Ziel, die geistigen Bedürfnisse der im Felde Stehenden zu befriedigen, so stand für sie seit dem Frühjahr 1940 die Aufklärung der Zivilbevölkerung im Vordergrund. Der militärische Schock jener Zeit traf unsere Bevölkerung um so härter, als er auf Menschen traf, die gleichzeitig in mannigfaltiger Weise durch eine mit allen modernen Mitteln aufgezogene fremde Propaganda bearbeitet wurden. Die Sektion «Heer und Haus» suchte nun den Kontakt mit allen Kreisen, wirkte durch zahlreiche hervorragende Referenten an Orientierungsabenden aufklärend auf die Bürger ein, eine Arbeit, die auch deshalb wertvoll war, da die Presse in dieser Funktion weitgehend lahm gelegt war. Zahlreich waren auch in Basel die geschlossenen Versammlungen, an denen Oberst Frey, die Seele des Widerstandes, – wie er genannt wurde – unter gespannter Aufmerksamkeit Tausender den tieferen Sinn der Tagesereignisse erläuterte und immer wieder, selbst in scheinbar hoffnungsloser Lage, mit Überzeugung zum erbarmungslosen Kampf gegen den äusseren und inneren Feind aufforderte. In ähnlicher Weise verstand es auch der Zürcher Historiker Prof. Karl Meyer an verschiedenen Veranstaltungen in unserer Stadt, die Zuhörer durch seine rednerische Glut hinzureissen. Im Gegensatz zum ersten Weltkrieg blieb die innere Front geschlossen, kein Graben trennte Welsche und Deutschschweizer, kein Generalstreik drohte, Unternehmer und Arbeiter zu Feinden werden zu lassen. Dies war nicht zuletzt den Bemühungen der Sektion «Heer und Haus» zu verdanken.

Der Ausbruch des deutsch-russischen Krieges hatte eine Umkehr der militärpolitischen Situation in Europa als möglich erscheinen lassen; der von den Japanern im Dezember 1941 provozierte Kriegseintritt der USA an der Seite der Alliierten machte eine allmähliche Kräfteverschiebung wahrscheinlich, und die ersten grossen russischen Verteidigungserfolge im Jahre 1942 bestätigten schliesslich die Hoffnungen, die in dieser Richtung überall in Europa gehegt worden waren. Erst das Erscheinen der Amerikaner auf dem europäischen Kriegsschauplatz, nämlich die Invasion Nordafrikas im November 1942, bewirkte die endgültige Störung des militärischen Gleichgewichts zuungunsten der Achsenmächte. Damit stieg auch die Gefahr, dass der Krieg sich wieder der Schweizer Grenze nähern könnte.

Wirtschaftliche Abschnürung

Seit mit dem Kriegseintritt der USA aus dem europäischen Konflikt eine weltweite Auseinandersetzung geworden war, begannen sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten vor allem in den Binnenländern zu mehren. In der Schweiz wurden sie auf lange Zeit hinaus zum vordringlichen Problem, dem die Zivilbehörden schon mit Rücksicht auf die innere Stabilität stets grössere Aufmerksamkeit schenken mussten. Je zahlreicher die vom Krieg direkt oder indirekt betroffenen Gebiete waren, desto kleiner wurde der Raum des freien Handels, und diese stetige Verengerung betraf natürlich ganz besonders ein Land, das wie die Schweiz mit dem Welthandel von jeher aufs Stärkste verbunden war. Wo nicht der Argwohn der Kriegführenden die Handelsbeziehungen unseres Landes beeinträchtigte, waren es der Mangel an Transportmitteln, die Zerstörung der Transportwege und die wirtschaftliche Erschöpfung der Handelspartner, eine Folge der Kriegsanstrengungen im Ganzen und des intensiven Luftkrieges im Besonderen.

Anderseits bewirkte die Mangellage auch bedeutende Schwierigkeiten im Lande selbst. Das Ziel der kriegswirtschaftlichen Organisation hiess: Sicherung einer genügenden Ernährung, Zufuhr von Rohstoffen, hauptsächlich Kohle und Eisenerz, für unsere Industrie, Kampf gegen die Teuerung. Es galt vor allem, die lebenswichtigen Produkte durch eine sorgfältig ausgedachte Rationierung und Kontingentierung so einzuteilen und zu verteilen, dass für alle, ob arm oder reich, auf möglichst lange Sicht das lebensnotwendige Mindestmass gesichert war; gleichzeitig sollte die staatliche Preiskontrolle ungerechtfertigte Preiserhöhungen und die Entwertung der Währung möglichst verhindern. In manchen Teilen wurde weniger die wirtschaftlichen Tatkraft, die Initiative und der Arbeitseifer des Einzelnen auf die Probe gestellt als seine innere Disziplin.

Von beträchtlicher Bedeutung für das ganze Land war die Wiederaufnahme der Oberrhein-Schiffahrt im Frühjahr 1941. Die Sprengung von drei Eisenbahnbrücken in diesem Rheinabschnitt und später Zerstörungen beim Stauwehr Kembs hatten in der ersten Kriegsperiode die völlige Stillegung der Schiffahrt auf dem Rhein und im Rhein-Rhône-Kanal bewirkt. Sofort nach Abschluss des Waffenstillstandes zwischen Deutschland und Frankreich waren die Wiederherstellungsarbeiten energisch an die Hand genommen worden, so dass am 10. März 1941 die Schiffe auf dem Rhein, am 26. August 1941 auch auf dem Kanal wenigstens in beschränkter Zahl wieder verkehren konnten. Am 19. März 1941 legte das erste Schiff in den neuen Hafenanlagen von Birsfelden-Au an, womit ein bedeutender Schritt

in der Vergrösserung der Basler Rheinhafenanlagen getan war. Bis Jahresende 1941 registrierte das Schiffahrtsamt die Ankunft von 1151 Schiffen im Bergverkehr mit einer Ladung von beinahe einer halben Million Tonnen, 1942 verdoppelte sich die Einfuhrmenge und erreichte schliesslich 1943 mit über einer Million Tonnen die höchste Zahl während der Kriegszeit. Wer sich bewusst wird, wie mühsam damals die Zufuhren auf dem Landweg waren, ermisst erst, welchen Dienst die Rheinschiffahrt unserer Landesversorgung leistete. Jede Tonne Getreide, jeder mit Kohle beladene Kahn, der auf diesem Weg unser Land erreichte, trug zur Sicherung unserer Unabhängigkeit bei.

Daneben wandten die Schiffahrtskreise ihre Aufmerksamkeit dem Aufbau einer eigentlichen schweizerischen Hochseeflotte zu, da es in vielen Fällen galt, wichtige Rohstoffe von Übersee direkt in eigenen Schiffen zunächst bis Europa zu schaffen. Die ersten Schiffe, die unter Schweizer Flagge in See stachen, waren im eidgenössischen Seeschiffahrtsregister in Basel mit folgenden Daten aufgenommen: s/s Calanda (Schweiz. Reederei AG.) 4205 BRT, s/s Maloja (Schweiz. Reederei AG.) 1781 BRT, s/s St. Gotthard (Eidg. Kriegstransportamt)5461 BRT, s/s Generoso (Maritime Suisse AG. Basel) 1437 BRT. Bis 1944 stieg die Zahl der in Basel registrierten Seeschiffe auf 13, ihre totale Tonnage auf 48905 BRT. Einige dieser Einheiten traf im Laufe des Krieges in den Kampfgebieten ein tragisches Schicksal: So sank die «Generoso» im Hafen von Genua nach dem Zusammenstoss mit einer Unterwassermine; dabei fand der Kapitän den Tod. In Marseille fiel die «Chasseral» einem Fliegerangriff, die «Albula» deutschen Sprengungen zum Opfer.

Dass Schiffe und Eisenbahnzüge vollbeladen an unserer Landesgrenze eintrafen, war gar nicht so selbstverständlich, wie manche Bürger, beinahe ahnungslos dahinlebend, annehmen wollten. Voraussetzung dazu waren die erfolgreichen Bemühungen unserer Handelsvertrags-Unterhändler, die eigentlich während des ganzen Krieges ohne Unterbruch mit einem oder gar beiden Lagern in zähem Kampfe um unsere handelspolitische Position lagen. Während der Blockadevertrag mit England bis kurz vor Kriegsende im Grunde unverändert in Kraft blieb, mussten mit Deutschland immer wieder neue vertragliche Abmachungen, Handelsverträge und Protokolle, vereinbart werden, je nach der jeweiligen militärischen und wirtschaftlichen Situation der Achsenmächte. Die Deutschen sahen mehrmals in solchen Verhandlungen politische Pressionsmittel gegenüber unserem Land, steigerten denn auch ihre Forderungen und verlangten höhere Leistungen der Schweiz, ja sogar die Unterbindung des Handels zwischen der Schweiz und den Alliierten. Jede neue deutsche Zumutung an unsere Adresse bewirkte

anderseits sofort eine Verschärfung der handelspolitischen Beziehungen England–Schweiz; die Zufuhr von industriellen Rohstoffen und Lebensmitteln wurde von dieser Seite mehrmals gedrosselt. Am 13. März 1942 befasste sich im Grossen Rat ein Interpellant mit den englischen Blockadeauswirkungen auf die Basler chemische Industrie, wobei vor allem auf die verheerenden Folgen neuer Maximalbestimmungen hingewiesen wurde. Danach durften nur noch schweizerische Waren nach Übersee ausgeführt werden, die höchstens 5% Stoff aus dem Feindesland (Deutschland) enthielten. Da damit der Export der Basler chemischen Industrie verunmöglicht wurde, intervenierte der Regierungsrat bei den Bundesbehörden, und diese beauftragten eine Delegation damit, in London eine Erleichterung der Einschränkungen zu erreichen. Regierungsrat G. Wenk führte in der Interpellationsbeantwortung aus: «Wenn es der Delegation nicht gelingt, Erleichterungen für die Zeit nach dem 30. April zu erreichen, wird die Folge sein, dass plötzlich Tausende von Arbeitern auf der Strasse stehen».

Wenn auch die schweizerischen Unterhändler, zwischen zwei Feuern stehend, schliesslich eine Erhöhung unserer Warenlieferungen an Deutschland zugestanden, so sicherten sie doch gleichzeitig höhere Einfuhren aus Deutschland; für den Kohlenimport wurde zum Beispiel die Monatsquote in der zweiten Hälfte 1941 auf 200000 Tonnen erhöht, auch gelang es, eine Verstärkung der Gegenblockade zu verhindern. Als dann Deutschland im Sommer 1944 aus seiner wirtschaftlichen Schwäche heraus die handelsvertraglichen Verpflichtungen der Schweiz gegenüber nicht mehr erfüllen konnte und die Gegenblockade durch die militärischen Erfolge der Alliierten unwirksam wurde, stellte nun die Schweiz ihrerseits den Deutschen Bedingungen, beispielsweise die Einschränkung des deutsch–italienischen Transitverkehrs durch unser Land. Das berühmte Currie-Abkommen, das die Schweiz im März 1945 mit den Alliierten vereinbarte, hatte schliesslich weitere Einschränkungen im deutsch–schweizerischen Verkehr, wie den Unterbruch der schweizerischen Elektrizitätslieferungen und eine Transitsperre, zur Folge. Es kann nicht übersehen werden, dass die Schweiz auf wirtschaftlichem Gebiet der Übermacht der sie umgebenden Achsenländer, bei aller Anerkennung der Geschicklichkeit und Ausdauer ihrer Unterhändler, nur widerstehen konnte, weil sie währungspolitisch in günstiger Stellung war, über bedeutende Reserven und einen intakten Wirtschaftsapparat verfügte und schliesslich, weil ihre Bevölkerung unbeirrbaren Durchhaltewillen zeigte.

Wie wirkte sich die Mangellage im Haushalt des einzelnen Bürgers unserer Stadt aus? In zwei Erscheinungen: als Verbrauchseinschränkungen aller Art und als allgemeine Teuerung. Manche Lebensmittel waren bereits

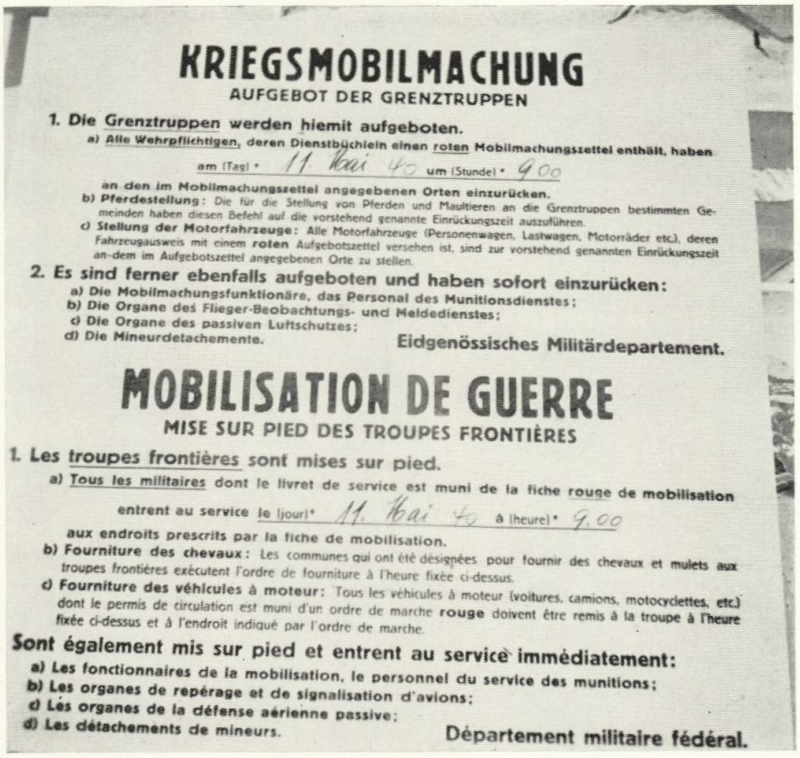
seit Kriegsbeginn rationiert, so Zucker, Reis, Teigwaren, Butter und Öl. Vom Herbst 1941 an mussten immer zahlreichere Warengattungen in die Rationierung einbezogen werden; auf die Einführung der Eierrationierung folgte die Festlegung eines dritten fleischlosen Tages und dann die Fleischrationierung; der Einschränkung des Brotkonsums ging in Basel eine beschämende Brothamsterei voraus, die deutlich genug zeigte, zu welch unsinnigen Handlungen die Mangelpsychose gewisse Bürger verführen konnte; im Herbst 1942 wurde auch die Milchrationierung unumgänglich, ein halbes Jahr später endlich die Schokolade-Verbrauchslenkung. Die Zuteilung richtete sich – natürlich im Rahmen der vorhandenen Vorräte – nach den Empfehlungen der Eidgenössischen Ernährungskommission, die über eine ernährungsphysiologisch vernünftige Zusammensetzung der Rationierungskarten wachte und in manchem Punkt eine gesündere Ernährung der Bevölkerung in den Weg zu leiten versuchte. Auf jeden Fall wurde in weiten Kreisen das Verständnis für eine natürliche und nicht zu üppige Kost geweckt. Wer hätte in der Vorkriegszeit geglaubt, dass sich wenige Jahre später mindestens ebensowohl leben lassen werde bei Rationen, die zum Beispiel für Fleisch 40%, für Butter 30%, für Eier 75% unter dem Verbrauchsdurchschnitt von 1936 lagen?

Während durch die vorzüglichen Dispositionen des Kriegs-Ernährungsamtes eine eigentliche Notlage in der Ernährungssituation im Ganzen wohl verhindert werden konnte, gestaltete sich die Versorgung mit Fettstoffen während längerer Zeit eher kritisch. Die Rationierungskarten für den Juli 1943 enthielten folgende Abschnitte: 500 g Zucker, 250 g Teigwaren, 250 g Hülsenfrüchte, 250 g Hafer- und Gerstenprodukte, 550 g Mehl und Mais, 300 g Butter, 150 g Butter oder Speisefett oder Speiseöl, 4 Eier, 100 g Eipulver, 500 g Vollfettkäse, 1,9 kg Fleisch, 7 kg Brot und andere Backwaren, 16 l Milch, 100 g Schokolade, 100 g Confiserie, 200 Punkte Bohnenkaffee, 100 Punkte Tee und Ersatzkaffee. Wie sehr die Behörden auch auf diesem Gebiet die persönlichen Verhältnisse zu berücksichtigen wünschten, bewies die Einführung der differenzierten Rationierung mit der Ausgabe einer zweiten Lebensmittelkarte für Vegetarier und die sechsfache Abstufung der Lebensmittelzuteilung nach dem Grad der physischen Betätigung des Einzelnen (zum Beispiel Schwerarbeiter-Zulage). Wer sich regelmässig in Gaststätten verpflegte, verwendete an Stelle der Rationierungsabschnitte die Mahlzeiten-Coupons. Allerdings erschwerte diese vielfache persönliche Abstufung der Zuteilung die Arbeit der Kriegswirtschafts-Zentrale ganz bedeutend. Sie gab allein in Basel während des Jahres 1944 gegen 6½ Millionen Rationierungsausweise an die verschiedenen Bezügerkategorien aus.

Eine ganz bedeutende Voraussetzung für die erfolgreiche Sicherung der Ernährung bildete die freie Versorgung mit Kartoffeln und Gemüse, die während des ganzen Krieges nie in Frage gestellt war, damit aber auch die Bereitschaft der Bevölkerung, in diesen Bodenprodukten einen Ersatz für rationierte Lebensmittel zu suchen. Zufolge der mangelhaften Getreidezufuhren musste von der Landwirtschaft gemäss dem Plan Wahlen ein ungewöhnliches Opfer, nämlich die Umstellung von Graswirtschaft auf Ackerbau, die Erhöhung der offenen Ackerfläche von 185 000 auf rund 500 000 ha verlangt werden; der Ruf erging aber auch an die Städter und die Bewohner der städtischen Agglomeration, möglichst alle Grünflächen in Ackerland und Gemüsegärten umzuwandeln. So hiess die wirtschaftspolitische Parole Mehranbau. In Basel und Umgebung wurden die öffentlichen Anlagen unter den Pflug genommen, die Schützenmatte verwandelte sich in einen Kartoffelacker. Die Zahl der Pflanzlandgärtner vermehrte sich allein in unserem Kanton von 4800 auf rund 7000, und weitere Interessenten mussten schliesslich auf die Betätigung als Gartenpächter verzichten, weil bald der letzte Quadratmeter verfügbaren Bodens vergeben war. Das gleiche Ziel verfolgte das Industrie-Anbauwerk, in dem die Arbeiter unserer Industrie an 22 verschiedenen Orten im Juragebiet 154 ha früher unproduktiven Landes bearbeiteten; 105 ha entfielen allein auf den Kartoffelanbau, ihr Ertrag füllte in guten Zeiten 300 Eisenbahnwagen. An diesem Anbauwerk beteiligten sich 354 Unternehmungen mit 39 260 aktiven Teilnehmern (1944). Die Schüler unserer oberen Schulen und der Berufsschulen, rund 2100 an der Zahl, erhielten Gelegenheit, im obligatorischen Landdienst während der Sommermonate als landwirtschaftliche Hilfskräfte ihre Solidarität zur Heimat zu beweisen, und lernten dabei den Wert bäuerlicher Arbeit schätzen.

Um das soziale Gefüge unseres Landes vor schweren Erschütterungen zu bewahren, hatten sich die Behörden entschlossen, die Rationierung nicht einfach durch eine brutale Preisgestaltung im freien Handel automatisch herbeiführen zu lassen, sondern sie bekannten sich zum System der bewussten Verbrauchslenkung der Waren, verbunden mit straffer Preiskontrolle. Auch so gab es noch immer asoziale Bürger genug, die versuchten, im Schwarzhandel ihre finanzielle Überlegenheit geltend zu machen und rationierte Waren zu erstehen, die ihnen gar nicht zukamen. Die zahlreichen Urteile der kriegswirtschaftlichen Gerichte gegen solche Elemente, wie auch gegen jene, die die staatlichen Preiskontrollvorschriften missachteten, sprechen eine beredte Sprache. Die kriegswirtschaftliche Abteilung der Basler Staatsanwaltschaft musste 1944 allein 1208 solche Fälle behandeln, wovon sie 192 als schwere Vergehen dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement zur Untersuchung und Beurteilung überwies.

Mobilmachungsplakat vom 11. Mai 1940 (Photo Jeck)



KRIEGSMOBILMACHUNG

AUFGEBOT DER GRENZTRUPPEN

1. Die Grenztruppen werden hiemit aufgeboten.

a) Alle Wehrpflichtigen, deren Dienstbüchlein einen roten Mobilmachungszettel enthält, haben

am (Tag) • 11. Mai 40 um (Stunde) • 9.00

an den im Mobilmachungszettel angegebenen Orten einzurücken.

b) Pferdestellung: Die für die Stellung von Pferden und Maultieren an die Grenztruppen bestimmten Gemeinden haben diesen Befehl auf die vorstehend genannte Einrückungszeit auszuführen.

c) Stellung der Motorfahrzeuge: Alle Motorfahrzeuge (Personenwagen, Lastwagen, Motorräder etc.), deren Fahrzeugausweis mit einem **roten** Aufgebotszettel versehen ist, sind zur vorstehend genannten Einrückungszeit an dem im Aufgebotszettel angegebenen Orte zu stellen.

2. Es sind ferner ebenfalls aufgeboten und haben sofort einzurücken:

a) Die Mobilmachungsfunktionäre, das Personal des Munitionsdienstes;
b) Die Organe des Flieger-Beobachtungs- und Meldedienstes;
c) Die Organe des passiven Luftschutzes;
d) Die Mineurdetachemente.

Eidgenössisches Militärdepartement.

MOBILISATION DE GUERRE

MISE SUR PIED DES TROUPES FRONTIÈRES

1. Les troupes frontières sont mises sur pied.

a) Tous les militaires dont le livret de service est muni de la fiche rouge de mobilisation

entrent au service le (jour) • 11. Mai 40 **à (heure)** • 9.00

aux endroits prescrits par la fiche de mobilisation.

b) Fourniture des chevaux: Les communes qui ont été désignées pour fournir des chevaux et mulets aux troupes frontières exécutent l'ordre de fourniture à l'heure fixée ci-dessus.

c) Fourniture des véhicules à moteur: Tous les véhicules à moteur (voitures, camions, motocyclettes, etc.) dont le permis de circulation est muni d'un ordre de marche **rouge** doivent être remis à la troupe à l'heure fixée ci-dessus et à l'endroit indiqué par l'ordre de marche.

Sont également mis sur pied et entrent au service immédiatement:

a) Les fonctionnaires de la mobilisation, le personnel du service des munitions;
b) Les organes de repérage et de signalisation d'avions;
c) Les organes de la défense aérienne passive;
d) Les détachements de mineurs.

Département militaire fédéral.

Evakuationsfieber (14. Mai 1940)

(Photo Jeck)

35.12 XII. 42 Eier 1 Stück
35.12 XII. 42 Eier 1 Stück
E 3 XII. 42 Ganze Lebensmittelkarte Dez. 1942
T XII. 42 Trockeneipulver 50 gr
H XII. 42 Ganze Lebensmittelkarte Dez. 1942
6.7 XII. 42 Mehl Mais 100 gr
Mehl

3.5 XII. 42 Teigwaren 250 gr
2.6 XII. 42 Reis 125 gr
2.6 XII. 42 Reis 125 gr
20.7 XII. 42 Kaffee K.-Zusatz K.-Ersatz Kakao, Tee 100 Punkte
21.8 XII. 42 Kaffee-Zusatz Ersatzkaffee Kakao, Tee 50 Punkte
21.9 XII. 42 Kaffee-Zusatz Ersatzkaffee Kakao, Tee 25 Punkte
Kaffee-Zusatz

V 1 XII. 42 Ganze Lebensmittelkarte Dez. 1942
45.5 XII. 42 Fleisch 250 P.
45.7 XII. 42 Fleisch 100 P.
45.9 XII. 42 Fleisch 25 P.
V 2 XII. 42 Ganze Lebensmittelkarte Dez. 1942
45.5 XII. 42 Fleisch 250 P.
45.7 XII. 42 Fleisch 100 P.
45.9 XII. 42 Fleisch 25 P.
V 3 XII. 42 Ganze Lebensmittelkarte Dez. 1942
45.5 XII. 42 Fleisch 250 P.
V 4 XII. 42 Ganze Lebensmittelkarte Dez. 1942
V 5 XII. 42 Ganze Lebensmittelkarte Dez. 1942

SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT

Ganze Lebensmittelkarte
für 1 Person

pro Dezember 1942

Gültig vom 1. Dezember 1942 bis 5. Januar 1943,

ausgenommen Milchcoupons, welche nur bis 31. Dezember 1942 gültig sind und blinde Coupons, deren

Rationen

500 gr Zucker oder Kor
500 gr Konfitüre/Honig
250 gr Reis
250 gr Teigwaren
500 gr Hülsenfrüchte (
produkte)
400 gr Mehl oder Gries
sowie Flocken
250 gr Hafer-, Gersten
Getreidearten *
250 gr Speisefett oder
3 dl Speiseöl
100 gr Butter

Ausschnitt aus einer Rationierungskarte

Das Hafenbecken II nach der Bombardierung des Stauwehrs Kembs (Photo Jeck)

Wirtschaftlich und sozial unkorrekte Handlungsweise musste in Basel um so aufreizender wirken, als der einfache Mann hier weniger Ausweichmöglichkeiten besass als die Bewohner anderer Städte. Seit die Gemüsezufuhr aus dem Elsass ausblieb, wurde man sich in Basel erst recht bewusst, was es heisst, eine Stadt ohne bäuerliches Hinterland zu sein. Aus dieser offensichtlichen Benachteiligung heraus entstand denn auch gerade in Basel, sozusagen als Vorwurf an manche Miteidgenossen, das berühmte Wort vom Vitamin BB = Bauernbeziehungen. Wohl erinnerten sich auch hier manche ihrer verwandtschaftlichen Beziehungen auf dem Lande und trugen übers Wochenende in Rucksäcken und Koffern wesentlich mehr nach Hause, als was mit Rationierungsausweisen hätte bezogen werden können; doch blieb das Basler Einzugsgebiet im Verhältnis zur Einwohnerzahl des Kantons klein. Die Bauern bekamen allerdings durch diese Hamsterfahrten vielfach den Eindruck, die städtischen Konsumenten seien in der Lage und auch bereit, Wucherpreise für die landwirtschaftlichen Produkte zu bezahlen; daher zogen es manche unter ihnen vor, Obst und Eier vom städtischen Markt wieder heimzutragen, statt diese Waren dort zu den von der Marktkontrolle festgesetzten Preisen zu verkaufen. Doch vermochten diese beinahe unvermeidlichen, misslichen Begleiterscheinungen einer wirtschaftlichen Krisenlage das allgemeine Bild einer verständnisvollen Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land nicht zu trüben. «Stadt und Land mitenand», diese Worte galten für die alljährliche «Grüne Woche» in der Markthalle wie auch für die zahlreichen öffentlichen Kundgebungen zur Förderung des Mehranbaus.

Neben der Sicherung einer genügenden Lebensmittelversorgung setzten sich die Behörden hauptsächlich die Bereitstellung von Rohstoffen und Betriebsstoffvorräten für unsere Industrie zum Ziel. Am bedrohlichsten war die Situation in jenen Industrien, die auf Kohle als Betriebsstoff weitgehend angewiesen waren, so in der Zementindustrie und in den chemischen Fabriken, dann aber auch in allen Zweigen der Metallindustrie, soweit sie verhältnismässig grosse Mengen an Eisenerz, Rohstahl oder Kupfer zur Verarbeitung benötigten. Nicht weniger prekär wurde die Versorgungslage allmählich auch auf dem Gebiet der Gummistoffe. Wo es nicht möglich war, durch Verhandlungen mit ausländischen Staaten neue Einfuhrlizenzen für Mangelstoffe zu sichern, da galt es einerseits, die vorhandenen Vorräte so einzuteilen, dass die betroffenen Industrien in erster Linie berücksichtigt werden konnten, anderseits sich nach Ersatzstoffen umzusehen.

Die Steinkohlenvorräte wurden daher zum grössten Teil der Zement- und der chemischen Industrie zugeteilt, für die privaten Heizungen konnten zunächst noch 35%, in den späteren Kriegsjahren 25% und schliesslich noch 20% der Normalquote pro Heizperiode zugesprochen werden. Sogar Torf

und Inlandkohle mussten rationiert werden. Nicht zufällig entstand gerade in dieser Zeit des Brennstoffmangels in Basel die Kehrichtverbrennungsanstalt, deren Öfen ein umfangreiches Fernheizungsnetz mit Wärme versehen sollten. Es lag auch nahe, so weit möglich den elektrischen Strom als Ersatz für die Kohle sowohl in der Industrie als auch im privaten Haushalt zu Hilfe zu nehmen. Die Folge war allerdings ein jährlich wiederkehrender Strommangel in den Wintermonaten, zumal nach trockenen Herbstmonaten.

Auch unter diesen für sie günstigsten Voraussetzungen konnten die Zementfabriken bei weitem nicht ihre Produktionskapazität ausnützen, und dieser wichtige Baustoff musste daher rationiert werden. Bis 1944 blieb die private und öffentliche Bautätigkeit – Militärbauten ausgenommen – weitgehend stillgelegt; der Bestand an Leerwohnungen verkleinerte sich rasch, und bereits seit 1943 herrschte ein eigentlicher Wohnungsmangel. Damit drängte sich unseren Behörden ein schier unerschöpfliches Verhandlungsthema auf, das auf Jahre hinaus zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen politischen Gruppen führen sollte, wenn auch die Ursache der Notlage gegen Kriegsende und in den Nachkriegsjahren eine andere wurde, nämlich der unaufhaltsame Zustrom von auswärtigen Arbeitskräften.

Für die Bekämpfung der Wohnungsnot bewilligte der Grosse Rat am 10. Juni 1943 einen ersten Kredit von zwei Millionen Franken, zwei Monate später weitere zwei Millionen Franken, im Frühjahr 1943 erneut drei Millionen Franken und wieder ein Vierteljahr später 1,25 Millionen Franken. Zunächst stand die Subventionierung des privaten und genossenschaftlichen Wohnbaues im Vordergrund, dann die Erstellung von kommunalen Wohnbauten für Minderbemittelte. Ein typisches Beispiel für die Erschliessung der noch unbebauten Gebiete am Stadtrand war die Überbauung des ehemaligen Landgutes Jakobsbergerhof (1,2 Millionen m²) mit Einfamilien- und Mehrfamilienhäusern, die rund 2000 Personen Platz bieten sollten. Gruppen von Einfamilienhäusern und grosse Mietblöcke entstanden auch in andern Teilen der Stadtperipherie, wobei die Architekten, obgleich gezwungen, alles bis zum Äussersten zu berechnen, doch im allgemeinen die ästhetische Forderung nicht aus dem Auge verloren.

Da die Benzin- und Treibstoffvorräte schon bei Kriegsbeginn ungenügend waren, mussten auf diesem Gebiet die schärfsten Einschränkungen angeordnet werden. In die Lastwagen wurden zum Teil Holzvergaser eingebaut, die Autobusdienste der Basler Verkehrsbetriebe mussten eingestellt werden, wo nicht eine Umstellung auf Trolleybus möglich war. Selbst die Radfahrer bekamen die mangelhafte Versorgung zu spüren, mussten sie doch, wenn sie einen neuen Reifen zu kaufen wünschten, die unbedingte Notwendigkeit der Velobenützung nachweisen. Der Beschaffung von Roh-

stoffen galten ferner die vielen immer wieder erneuerten Sammlungen von Buntmetallen, Altstoffen, gebrauchten Konservenbüchsen, ausgefahrenen Auto- und Motorradreifen und -schläuchen und anderem.

Dass unter diesen Umständen der Beschäftigungsgrad unserer Industrien nicht nur nicht zurückging, sondern sich von Jahr zu Jahr verbesserte, dass die Zahl der Arbeitslosen in Basel sogar unter Tausend sank, widersprach eigentlich allen Erwartungen. Es gelang in den drei Basler Hauptindustriezweigen (Seidenband, Schappe, Farben), die Arbeiter durchzuhalten, obgleich die Ausfuhrmengen bis gegen Kriegsende zum Teil auf weniger als ein Zehntel des Exportes von 1940 zurückfielen. Verschiedene Betriebsabteilungen mussten aufgehoben werden, aber die überschüssigen Arbeitskräfte wurden zum grössten Teil durch den Militärdienst absorbiert. Überdies ermöglichte in einzelnen Firmen die ungestörte Produktion in den überseeischen Tochterbetrieben, das Hauptgeschäft finanziell über Wasser zu halten.

So sehr auch die Behörden durch das Mittel der staatlichen Preiskontrolle eine Teuerung zu verhindern trachteten, so wenig war diese bei den steigenden Einstandspreisen der Auslandprodukte und den erhöhten Transportspesen von unserem Land fernzuhalten; aber im Gegensatz zum ersten Weltkrieg hielt sie sich diesmal in erträglichen Grenzen. Die Preiserhöhungen kamen im Jahre 1943 im wesentlichen zum Stillstand; eine neue Teuerungswelle sollte unser Land erst wieder in den Nachkriegsjahren erfassen. Während des zweiten Weltkrieges stieg der Index der Basler Lebenshaltungskosten von 129 Punkten (August 1939 = 100) im Jahresdurchschnitt 1941 zunächst auf 145 Punkte für 1942 und dann nochmals auf 152 Punkte für 1943; in den folgenden Jahren hielt er sich stets unter 158 Punkten. Ende August 1943 wurden in Basel folgende Kleinhandelspreise notiert: 1 l Milch Fr. –.39 (August 1939: Fr. –.33), 1 kg Einheitsbrot –.57 (–.43), 1 kg Zucker 1.20 (–.52), 100 g Butter –.77 (–.51), 1 kg Einheitsmehl –.60 (–.42), 1 kg Emmentaler Käse 4.15 (2.90), 1 kg Reis 1.64 (–.54), ein Ei –.37 (–.16), 1 kg Eierteigwaren 2.40 (1.24), 1 l Speiseöl 2.75 (1.40), 1 kg Schweinefleisch 8.– (3.50).

Für die Unselbständigerwerbenden kam die zunehmende Geldentwertung in einem immer grösseren Reallohnverlust zum Ausdruck; daher wollten sich die Behörden nicht darauf beschränken, die Verteuerung der Lebenshaltungskosten möglichst hintanzuhalten, sondern sie tendierten im Interesse des sozialen Friedens auf die Schaffung eines Teuerungsausgleiches durch die Erhöhung der Nominallöhne hin. Mehr und mehr bestimmte der Index der Lebenshaltungskosten die Lohnbewegung in Industrie und Gewerbe, in Handel und Verkehr. Bis Ende 1942 wurden den Arbeitern in

den gewerblichen Betrieben, gestützt auf vertragliche Abmachungen, zu verschiedenen Malen total rund 30 Rappen (= 10–12%) Teuerungszulagen auf den Stundenlohn zugestanden. Die Angestellten in den chemischen Industrien, bei den Banken und Versicherungsgesellschaften rechneten bis zu diesem Datum je nach Lohnhöhe und Zivilstand mit 5–10% Zulagen; im allgemeinen galt der Grundsatz des hälftigen Lohnausgleiches. Während so eine beträchtliche Zahl grösserer und kleinerer Betriebe, vornehmlich die chemische Industrie, dem Appell der Behörden, ihren Angestellten Teuerungszulagen auszurichten, schon frühzeitig folgten, hielt die öffentliche Hand selbst noch längere Zeit zurück. Die Eidgenossenschaft hob auf den 1. Januar 1942 den bisherigen Lohnabbau für die oberen und mittleren Beamtenkategorien auf und gewährte den unteren Gruppen über die gesetzlichen Ansätze hinaus noch Zulagen. Diese Verbesserung kam allein im Kanton Basel-Stadt über 5000 eidgenössischen Beamten und Angestellten zugute. Für die über 6000 Bediensteten des Kantons Basel-Stadt bewilligte der Grosse Rat erstmals im Jahre 1942 eine Herbstzulage mit einem Gesamtkredit von 788000 Franken, dann ein Jahr später wiederum eine Herbstzulage von 700000 Franken und für 1944 eine erste jährliche Teuerungszulage in der Höhe von acht Millionen Franken. Diese wurde im Laufe der folgenden Jahre immer weiter erhöht und erreichte schliesslich, als die Teuerung in den Nachkriegsjahren ins Ungeahnte stieg, die Summe von rund 34 Millionen Franken oder mindestens 67% der gesetzlichen Löhne. Zusammen mit den steigenden Aufwendungen für Wohnungsbau wurden die jährlich wiederkehrenden Teuerungszulagen zu einer immer schwereren kriegsbedingten Belastung der Staatsfinanzen.

Im Grossen Rat war die Teuerung eines der beliebtesten Interpellationsthemen, vor allem, solange in manchen Privatbetrieben die Lohnanpassung ungenügend blieb. Um hierin einen Ausgleich in die Wege zu leiten, eröffnete der Grosse Rat im Herbst 1941 einen ersten Kredit von einer Million Franken für Teuerungsbeihilfe an Bedürftige; er wurde bis gegen Jahresende allein schon von gegen 3000 Personen beansprucht. Wo sich allerdings die Teuerung aus keinem unabänderlichen Zwang ergab, da wehrte sich die Öffentlichkeit entschieden gegen jede Erhöhung der Lebenskosten; so lehnte der Souverän in der Volksabstimmung vom 21. März 1943 die Erhöhung der kantonalen Billetsteuer und des Gaspreises deutlich ab, während die Anpassung der Strassenbahn- und der SBB-Tarife der Entscheidung des Volkes entzogen blieben und deshalb um so schärfer kritisiert wurden.

Wer die Leistungen der kriegswirtschaftlichen Organisationen überblickt, wird ihnen das Zeugnis nicht versagen können, dass sie unter den

obwaltenden Umständen Vortreffliches geleistet haben und das eigentliche Ruhmesblatt in der schweizerischen Zeitgeschichte des zweiten Weltkrieges darstellen. Der einzelne Bürger konnte wohl kaum ermessen, welche Aufgabe es bedeutete, von einem Viereinhalbmillionenvolk während mehr als sechs Jahren wirtschaftliche Not und Ernährungsschwierigkeiten fernzuhalten. Darüber hinaus erfüllte die kriegswirtschaftliche Vorsorge eine staatspolitische Aufgabe von unübersehbarer Bedeutung; denn aus der materialistischen Grundeinstellung der Grosszahl unserer Mitbürger war wohl zu schliessen, welch grosses Gewicht die Bevölkerung den wirtschaftlichen Fragen im Rahmen der gesamten Landesverteidigung beizumessen geneigt war, und ein Misserfolg in irgendeinem Teil des wirtschaftlichen Bereiches hätte wohl eine schwere politische Krise nach sich ziehen müssen. Dies rechtzeitig erkannt und daraus mit Energie die Konsequenzen gezogen zu haben, ist das geschichtliche Verdienst der beiden Solothurner Bundesräte Hermann Obrecht und Dr. Walter Stampfli, die von 1935 bis 1940 und von 1940 bis 1947 dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement vorstanden. Auch Basel darf sich rühmen, durch eine Reihe führender Wirtschaftsfachmänner aus dem Kreise seiner Bürgerschaft zum Erfolg der wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen beigetragen zu haben. Hier sind zu nennen: Dr. Ernst Feisst, Chef des Eidgenössischen Kriegsernährungsamtes, später schweizerischer Gesandter in Ungarn, Direktor Ernst Speiser, Chef des Eidgenössischen Kriegs-Industrie- und Arbeitsamtes (seit 1941), Dr. h.c. Carl Koechlin, Leiter der Sektion Chemie und Pharmazeutica im Kriegs-Industrie- und Arbeitsamt (bis 1941), Dr. Arnold Schär, Leiter der Sektion Fette und Öle im Kriegsernährungsamt, und W. Burkhard-Wuhrmann, Beauftragter des Kriegsernährungamtes für Grosshandelsfragen. Auch der Vorsteher des baselstädtischen Departementes des Innern, Regierungsrat G. Wenk, dem die kriegswirtschaftlichen Ämter unterstellt waren, machte sich durch seine unermüdliche Arbeit um das wirtschaftliche Wohl unserer Stadt verdient. Schliesslich gebührt ein Lob ebenfalls den Beamten der Kantonalen Kriegswirtschafts-Zentrale, die als Werkzeuge der eidgenössischen Kriegswirtschaftsorganisationen unter denkbar schweren äusseren Bedingungen im allgemeinen mit Takt und Geschick ihre Aufgabe erfüllten. Ihre Zahl belief sich in den ersten Kriegsmonaten auf 85, sie stieg aber dann bis ins Jahr 1944 allmählich auf 289. Damals sprachen täglich zwischen 4800 und 6500 Personen an den Schaltern dieses Amtes vor. Die Einwohner unserer Stadt dürfen anderseits für sich in Anspruch nehmen, sich mit einer Disziplin, die nicht selbstverständlich war, den mannigfachen Einschränkungen unterzogen zu haben, selbst dann, wenn gewisse Massnahmen der Behörden dem Einzelnen nicht unbedingt einleuchten wollten.

Der Krieg rückt wieder näher

Ob den mannigfaltigen Sorgen, die auf den Wirtschaftskrieg zurückzuführen waren, war mancher Bürger geneigt, die militärischen Auseinandersetzungen zu vergessen, um so eher als das Schwergewicht der kontinentalen Kriegführung bis ins Jahr 1943 noch tief in Russland lag. Wenn auch im Luftraum wenigstens bereits eine zweite Front bestand, seit die Angriffe der Royal Air Force und der amerikanischen Luftstreitkräfte immer intensiver und häufiger wurden, so konnten doch die Deutschen den weitaus grössten Teil ihrer Landtruppen nach wie vor auf den Kampf gegen Russland konzentrieren. Dieser erreichte mit der Belagerung der Stadt Stalingrad durch die Russen und der Gefangennahme der 6. deutschen Armee im Januar 1943 einen dramatischen Höhepunkt, der auch in Basel die Gemüter beschäftigte. Viele Bürger waren überzeugt davon, dass nun die Entscheidung an der Ostfront endgültig gefallen sei, und der Glaube an die Unbesiegbarkeit der Wehrmacht geriet selbst in Deutschland ins Wanken. Am 2. Februar 1943 schrieb der militärische Kommentator der «National-Zeitung» zu den Vorgängen in der südlichen Ukraine:

> «Die letzten Tage haben eine Verschärfung der kritischen Lage der Deutschen an der Südfront in Russland gebracht. Zunächst wirkte der Abschluss des Dramas von Stalingrad mit der Gefangennahme von Marschall Paulus und vierzehn Generälen prestigemässig sehr stark, er war aber vom rein militärischen Standpunkt aus schon seit der abgelehnten russischen Kapitulationsaufforderung am 9. Januar unvermeidbar geworden. Deutschland hat allein vor Stalingrad 330000 Mann verloren.»

Mit der Besetzung Nordafrikas durch die Alliierten verdeutlichte sich nun immer stärker die Möglichkeit einer Invasion der von den Achsenmächten gehaltenen Kontinentalgebiete durch die vereinigten Streitkräfte der Amerikaner, Engländer und der Franzosen de Gaulles. Wo sollte dieser Angriff zuerst ins Werk gesetzt werden? Italien galt als schwacher Punkt. Im Zusammenhang mit dieser bedrohlichen Entwicklung im Mittelmeergebiet mag sich das deutsche Oberkommando mit dem Plan einer Besetzung der Schweiz befasst haben. Bereits zu Jahresbeginn 1943 hatte General Guisan in einer Denkschrift an den Bundesrat diesen auf die drohende Gefahr eindringlich aufmerksam gemacht. Er bemerkte darin u. a.:

> «On ne doit pas perdre de vue que, dans l'incertitude où sont les Allemands des projets des Anglo-Américains, ils se préparent à faire face aux diverses éventualités possibles. Ils s'occupent dès maintenant d'organiser un front adossé aux Alpes et faisant abstraction de la péninsule italienne.»

Während sich die Oeffentlichkeit der schweren Gefahr, in der unser Land im März 1943 schwebte, kaum bewusst war, liess General Guisan bei einer Zusammenkunft den deutschen General Schellenberg mit aller Deutlichkeit wissen, dass das Schweizer Volk, von unbedingtem Widerstandswillen erfüllt, jeden Angreifer bis zum Letzten bekämpfen werde. Hitler zeigte in diesen Tagen auffallendes Interesse für die Auskundschaftung der schweizerischen Reduitstellungen. Ob die deutschen Angriffsdrohungen damals ernst gemeint waren, darüber gehen heute die Meinungen auseinander. Selbst wenn die Meldungen über die Zusammenziehung einer besonderen Angriffsarmee im süddeutschen Raum der Tatsache entsprochen haben sollten, so konnten die Deutschen dies vielleicht in der Absicht tun, eine politische und wirtschaftliche Pression auf unser Land auszuüben, aber nicht mehr. Als Antwort ordnete General Guisan die geheime Mobilmachung aller Truppen an, die für die Bewachung der bedrohten strategischen Punkte notwendig waren. Parallel zu diesen tatsächlichen oder angeblichen Vorbereitungen ging ein unheilverheissendes Kesseltreiben der deutschen Presse gegen unser Land. Sie hetzte, sie drohte, sie beleidigte, vielleicht mit dem Ziel, den Widerstandswillen der Schweiz zu zermürben, vielleicht um den Boden für die deutschen Forderungen vorzubereiten. Für einmal ging jedoch die Gefahr vorüber.

Bereits der Sommer 1943 rechtfertigte die deutschen Befürchtungen über die Entwicklung der Kriegslage im Mittelmeerraum, gelang es doch den Alliierten, im Verlaufe weniger Monate Süd- und Mittelitalien zu besetzen und schliesslich, nach dem Sturz Mussolinis, die Kapitulation des Verbündeten Deutschlands zu erzwingen. Damit rückte die strategische Bedeutung der Alpenpässe, vor allem des Gotthards, wieder in den Vordergrund. Eine verstärkte Besetzung der Alpen-Südgrenze drängte sich auf. Der Verkehr in den Basler Güterbahnhöfen ging in jenen Monaten auf einmal stark zurück, da die Deutschen den Transit nach Italien, wenigstens vorübergehend, einstellten und ihn später nur noch in beschränktem Mass wieder aufnahmen. Unübersehbar waren die psychologischen Folgen des Zusammenbruches des fascistischen Regimes nicht nur in Italien selbst, sondern auch in den Nachbarstaaten. Selten fiel es unseren Behörden schwerer, den immer stärker durchbrechenden Optimismus in der öffentlichen Meinung soweit zurückzudämmen, dass vom neutralitätspolitischen Standpunkt aus dagegen nichts mehr einzuwenden war.

Wohl spielten sich die Landkriegsaktionen noch weit abseits der Schweiz ab, aber der immer intensiver werdende Luftkrieg im Westen und Süden Europas warf auch seine Schatten auf unser Land. Die Verletzung unseres Luftraumes hauptsächlich durch amerikanische und englische Flieger-

geschwader und Einzelflugzeuge wurde bald zur Selbstverständlichkeit, an der auch die dauernden Proteste unserer Bundesbehörden nichts zu ändern vermochten. Fragen der Verdunkelung und der Luftschutzorganisation standen vom Frühjahr 1943 an ständig wieder auf der Traktandenliste des Grossen Rates. Einmal wandten sich drei Interpellanten in der gleichen Sitzung gegen Unzulänglichkeiten beim Ordnungsdienst anlässlich eines Fliegeralarms, ein andermal galt die Unzufriedenheit der Öffentlichkeit einer Vorverlegung der allabendlichen Verdunkelung. Je häufiger die Fliegeralarme wurden, desto weniger kümmerten sich die Einzelnen in ihrem täglichen Leben um diese Warnung und die mit ihr verbundenen Verhaltensmassregeln. Hatte man sich ursprünglich nach jedem Alarmzeichen vorsichtigerweise zu Tag- oder Nachtzeit in die behelfsmässigen Luftschutzräume zurückgezogen, die Strassen geräumt, so ging nun das Leben in Betrieben, Schulen und Haushaltungen im allgemeinen ohne Unterbruch weiter, und dabei war jetzt die Gefahr nicht etwa kleiner als früher, sondern eher bedrohlicher. Ganze Luftarmaden mit ihrer unheilvollen Bombenfracht überquerten in mondhellen Nächten unsere Stadt auf dem Weg zu den Angriffsobjekten in Süddeutschland oder in Norditalien; ihr Brummen und Dröhnen drang ins Innerste der Seele und rief jedem die tragische Situation Europas in Erinnerung. Was diese Luftangriffe bedeuteten, darüber konnten im Herbst 1943 die ersten aus Berlin geflüchteten Auslandschweizer bei ihrer Ankunft im Badischen Bahnhof aus eigener Anschauung berichten. Sie zeichneten ein erschütterndes Bild der Zerstörungen, das uns Schweizern zunächst ganz unglaubhaft erschien. Das tragische Schicksal der Stadt Schaffhausen, die am 1. April 1944 das Opfer eines Luftangriffs durch ein amerikanisches Geschwader wurde, belehrte dann allerdings viele auf eine besonders anschauliche Weise. Nirgends löste dieser ungerechtfertigte Angriff grössere Erregung und Befürchtung aus als in der Grenzstadt Basel, der durch ihre Lage jederzeit ein ähnliches Unheil drohte. H. Bauer gab in der «National-Zeitung» der Empörung mit klaren Worten Ausdruck, als er feststellte: «Wir sagen nicht zuviel, wenn wir diese Neutralitätsverletzung als Kriegsverbrechen bezeichnen.»

Ähnlich wie im ersten Weltkrieg hatte auch jetzt die kriegerische Entwicklung in Europa ihre Rückwirkungen auf lokalpolitischem Gebiet, wenn auch das Pendel diesmal weniger deutlicher ausschlug als 25 Jahre früher. Von 1943 an wurde vor allem eine Neubewertung der Militärmacht Russland und des Kommunismus im Einzelnen deutlich; der Gesinnungswandel, der bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein sichtbar wurde, beruhte im wesentlichen auf der Anerkennung der russischen Verteidigungsleistung und der daraus zu schliessenden inneren Stärke des kommunistischen Staates.

Viele gaben unter dem Eindruck der russischen Siege zu, die Widerstandskraft dieses Staates bei Ausbruch des deutsch-russischen Krieges unterschätzt zu haben, ja sie glaubten sogar im Zeichen der russisch–angelsächsischen Notgemeinschaft – typisch für die damalige Grundhaltung des Westens – an die Möglichkeit engerer Beziehungen zwischen Europa und dem bis dahin völlig abgeschlossenen Sowjetstaat. Dass diese Spekulation sich ebenso auf falsche Voraussetzungen gründete wie seinerzeit die Urteile über die geringe militärische Potenz Russlands, dies konnte allerdings erst die Zukunft enthüllen. Eine eigentliche Welle der ehrlich-naiven Sympathie begegnete dem russischen Volk, das im Kampf gegen die gefährliche nationalsozialistische Kriegsmaschine eine gewaltige, wenn auch nicht die alleinige Last trug. Diese Bewegung erfasste natürlich hauptsächlich die Arbeiterschaft, blieb aber nicht auf diesen Kreis beschränkt und fand denn auch unter anderm ihren Ausdruck in den Bestrebungen der schweizerischen Behörden, die nach dem ersten Weltkrieg abgebrochenen diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrussland wieder aufzunehmen, ferner in der Gründung einer Gesellschaft zur Pflege kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Sowjetrussland und der Schweiz. Der Grosse Rat überwies am 17. Februar 1944 der Regierung mit 70:22 Stimmen einen Anzug, durch den Nationalrat Ernst Herzog eine Intervention beim Bundesrat verlangte zur Wiederherstellung von diplomatischen und handelspolitischen Verbindungen zwischen den beiden Ländern. Jean de la Harpe (Neuenburg) äusserte sich in einem Vortrag vor der Basler Völkerbundsvereinigung über das Thema «Considérations sur la Russie et sur nos rapports avec elle» und bemerkte darin unter anderm: «Es scheint uns, dass Klugheit uns veranlassen sollte, so schnell wie möglich die normalen Beziehungen mit dem Stalinschen Russland wieder anzuknüpfen, und zwar in unserem eigenen Interesse».

Bereits im Herbst 1943 kündigte sich im Ergebnis der Nationalratswahlen allgemein eine deutliche politische Linksentwicklung an; im Wahlkreis Basel-Stadt gewannen die Sozialdemokraten auf Kosten des innerlich zersplitterten Landesrings ein drittes Nationalratsmandat. Die erwähnte russlandfreundliche Tendenz, wohl aber auch die empfindliche Reaktion der Konsumenten auf die zunehmende Teuerung gab im folgenden Frühjahr den kommunistischen Bestrebungen starken Auftrieb. Zwar blieb die politische Tätigkeit unter diesem Namen weiterhin verboten, doch sicherte sich die Bewegung bei den kantonalen Wahlen unter der Bezeichnung «Liste der Partei der Arbeit» 18 Grossratsmandate (zum Nachteil des Landesrings und der Sozialdemokraten) und liess einige Wochen später – übrigens nicht nur in Basel-Stadt – eine Partei mit dieser Namensbezeichnung aus den

Kadern der untersagten Organisation erstehen. Dazu bemerkt der bundesrätliche Bericht über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern (III. Teil):

> «Ein grosser Teil der frühern führenden Kommunisten war an der Gründung der Partei der Arbeit massgebend beteiligt und befindet sich heute in leitender Stellung dieser Partei. Das kann als Indiz dafür gewertet werden, dass die Partei der Arbeit wie die frühere Fédération Socialiste Suisse und die Kommunistische Partei der Schweiz kommunistischen, wenn nicht sogar revolutionären Ideen huldigt.»

Im Bestreben, alles zu tun, was die Vereinigten Nationen unterstützen konnte, versicherte die kommunistische Propaganda, mit den alliierten Armeen marschiere der soziale Fortschritt. Die radikaleren Töne auf sozialem Gebiet entsprachen dem Wunsch weiter Kreise, die Opfer dieses Krieges möchten schliesslich ihre Rechtfertigung in sozialer Besserstellung (AHV, Existenzsicherung der Bauern, Berufsgemeinschaften) finden. Die sozialdemokratische Partei sah sich veranlasst, zunächst sieben linksorientierte Grossräte, später eine grössere Anzahl zum Teil führender Mitglieder als «Spalter» aus der Partei auszustossen, darunter auch den Vorsteher des Erziehungsdepartementes, Regierungsrat Dr. C. Miville. In der Folge fanden die Ausgeschlossenen Aufnahme bei der Partei der Arbeit.

Dass es sich die Schweiz trotz der Umfassung durch die Achsenmächte leisten durfte, eine ausgesprochen russlandfreundliche Partei in der Öffentlichkeit wirken zu lassen, beweist doch wohl genug, wie sehr der deutsche Druck auf unser Land seit der Kapitulation Italiens und seit dem russischen Vormarsch in der Ukraine nachgelassen hatte. Die Veränderung kam in einer pointierten, im allgemeinen kühneren Schreibweise der Zeitungen immer klarer zum Ausdruck. Mit Sehnsucht erwarteten auch die Redaktoren den Zeitpunkt, da sie wieder offen Farbe bekennen durften, und die Entwicklung schien nun tatsächlich dieses Datum rasch näher rücken zu lassen.

Erfüllte dieser Optimismus nicht auch das kulturelle Leben unserer Stadt, das während des ganzen Krieges, von Initiative und viel persönlichem Opfermut getragen, weiter blühen durfte? Allen kriegsbedingten Schwierigkeiten zum Trotz blieb in den Orchestergesellschaften, Chören und nicht zuletzt im Theater der Wille durchzuhalten stark und ungebrochen. In einem Augenblick, da im ganzen deutschen Sprachgebiet nur noch die deutschsprachigen Bühnen der Schweiz ihre Aufführungen abhalten konnten, lag auf der künstlerischen Leitung unseres Theaters besonders hohe Verantwortung. Während unter der Gewalt des totalen Krieges überall in Deutschland die Bühnen geschlossen werden mussten, konnte Basel, wenn auch nur mit grossen finanziellen Opfern, seinen Theaterbetrieb aufrecht-

erhalten; ja, man durfte es im Hinblick auf die militärischen Misserfolge der Achsenmächte sogar wagen, in den Spielzeiten 1943/44 und 1944/45 Kriegsstücke wie John Steinbecks «Der Mond ging unter» (aus dem Amerikanischen übersetzt) und Franz Werfels «Jacobowski und der Oberst» über die Bretter gehen zu lassen. Der überaus grosse Publikumserfolg dieser Vorstellungen bestätigte die Feststellung, wie sehr jedermann wünschte, das bedrückende Dunkel der halben Wahrheit endlich fliehen zu können.

Ende der Isolierung

Der 6. Juni 1944 brachte im europäischen Kriegsgeschehen die entscheidende Wendung, die Invasion des europäischen Festlandes, von der seit zwei Jahren immer wieder die Rede gewesen war. Dass die alliierten Truppen nach amerikanischem Willen in der Normandie an Land gingen, nicht wie die Engländer gewünscht hatten in Norwegen oder auf dem Balkan, liess die Absicht erkennen, die Deutschen nun unter Verzicht auf einen Flankenangriff direkt zu fassen. Am Morgen des 6. Juni verkündeten die Nachrichtensendungen von Radio Beromünster und die Schlagzeilen der Tagespresse unserer Bevölkerung die erregende Nachricht von den amphibischen Landungsoperationen, bei denen auf alliierter Seite über 4000 Schiffe und 12000 Flugzeuge nebst den modernsten technischen Kampfmitteln eingesetzt wurden. In den «Basler Nachrichten» kommentierte Legatus (Oberst O. Frey) die Geschehnisse mit folgenden Sätzen:

> «Die nächsten Wochen werden sicher einen Höhepunkt im militärischen Geschehen des zweiten Weltkrieges bringen. Erfolgreiche Abwehr der Landung würde heissen: Hinausschieben des Kriegsendes allermindestens um Quartale oder Semester, Fussfassen der Alliierten dagegen würde bedeuten, dass die Letzteren im militärischen Sektor einen der grössten Schritte auf dem Wege zu ihrem Endsieg getan hätten, grösser als diejenigen, die sie bisher für sich buchen konnten.»

In der Tat stand die Hochsommerzeit des Jahres 1944 im Zeichen höchster militärischer Kraftentfaltung in beiden Lagern; dies wirkte sich selbstverständlich auch auf die militärpolitische Lage der Schweiz aus. Hier war man sich bewusst, dass an die Deutschen erneut die Versuchung herantreten werde, die Schweiz gewaltsam in die Festung Europa einzubeziehen, das schweizerische Reduit zum Bestandteil einer europäischen Festungszone zu machen, während anderseits im Falle einer alliierten Wiederbesetzung Frankreichs ein Angriff durch das schweizerische Mittelland gegen die linke deutsche Flanke als Möglichkeit ins Auge gefasst

werden musste. Zwar wurde unmittelbar nach der Invasion in der Schweiz keine neue Mobilmachung angeordnet, doch sah sich der General veranlasst, die Zahl der aufgebotenen Truppen wesentlich zu erhöhen und unter Beibehaltung des Reduit-Konzeptes bedeutende Truppenverbände an die Westgrenze zu verschieben. Vor allem seit die Alliierten am 15. August mit der Landung an der französischen Mittelmeerküste eine neue Angriffsfront geschaffen hatten, erwies sich eine dichtere Bewachung der schweizerisch-französischen Grenze als notwendig.

Mit dem raschen Vorstoss französischer und amerikanischer Truppen durchs Rhonetal hinauf rückten die Alliierten bereits Ende August ihrem strategischen Ziel, nämlich der Vereinigung der beiden Angriffsfronten, näher. Der 24. August ging, eigentlich nur wenig bemerkt, als grosses Datum in die Schweizergeschichte ein, erreichte doch an diesem Tag die alliierte Panzervorhut die schweizerische Westgrenze und sprengte damit den seit über vier Jahren die Schweiz umfassenden Ring der Achsenmächte. Wenn auch klar war, dass dadurch die militärischen Schwierigkeiten für unsere Armee nicht geringer, sondern im Moment eher bedenklicher wurden, so war doch die Schweiz von diesem Tage an nicht mehr der Willkür der einen der beiden kriegführenden Parteien ausgeliefert, und dies wirkte sich nicht nur in der veränderten militärpolitischen Lage aus, sondern auch in einer gewissen Erleichterung der politischen Sorgen unseres Staatswesens. Die militärische Situation der Achsenmächte verschlechterte sich allerdings so rasch, dass von einem Gleichgewicht der beiden Mächtegruppen im zentraleuropäischen Raum bald nicht mehr die Rede sein konnte. Der Vorstossbewegung der alliierten Panzerarmeen jenseits des Juras folgend, mussten die schweizerischen Bewachungstruppen an der Westgrenze fortlaufend in Rochadebewegung gegen Nordosten verschoben werden. Die Ajoie und Basel, beides schwierige Stellen im Verteidigungssystem, rückten mehr und mehr ins Blickfeld der militärischen Entscheidungen.

Wegen seiner Rheinübergänge galt Basel in dieser Kriegsphase als besonderes Sorgenkind des schweizerischen Generalstabes. Noch erinnerte man sich deutlich genug der verschiedenen Handstreichpläne, die während des ersten Weltkrieges, vor allem von französischer Seite, gegen die Basler Brückenstellung ausgeheckt worden waren. Sollte die Gefahr jetzt geringer sein? Nein, ein vorausschauender Generalstab musste auf jeden Fall mit der Möglichkeit rechnen, dass die vordringenden alliierten Panzer die Basler Rheinbrücken zur Beschleunigung ihres Vorstosses auf das rechte Rheinufer würden benützen wollen; anderseits waren die Deutschen versucht, die Basler Übergänge noch rechtzeitig zu zerstören, um ihre Verteidigungsposition zu sichern.

Im Zusammenhang mit dem Rückzug der 19. deutschen Armee aus Südfrankreich ordnete der Bundesrat am 5. September eine Teilkriegsmobilmachung für die Grenzschutztruppen an, und am folgenden Tag bereits marschierten die ersten Kontingente zur Verstärkung der Grenzwache in Basel ein. Es war schweizerischerseits eine Vorsichtsmassregel, die mehr als gerechtfertigt erschien, wenn bedeutende Infanterieverbände, schwere Artillerie, Panzerabwehrkräfte und Sappeurtruppen – alles in allem beinahe in der Stärke einer Division – in den Raum unserer Stadt verschoben wurden. Sie erhielten den Auftrag, sich jedem Versuch der einen oder der andern kriegführenden Partei, die Basler Übergänge zu besetzen, entgegenzustellen und notfalls die Brücken in die Luft zu sprengen. Zur Unterstützung konnte allenfalls noch eine im Gempengebiet stationierte Division auf kürzestem Wege herangezogen werden. Bundesrat Dr. K. Kobelt, Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartementes, weilte am 10. September in Basel, um mit der Regierung die militärischen Bereitschaftsmassnahmen im Basler Sektor zu besprechen.

Das Basler Quartieramt stand vor dem schwer lösbaren Problem, eine grössere Truppenzahl denn je in unserer Stadt unterzubringen, und zwar voraussichtlich auf längere Sicht. So mussten im September 1944 mehrere Schulhäuser völlig dem Militär überlassen, etliche Privatliegenschaften als Truppenunterkünfte vorbereitet werden. Die Truppenbelegung war im Jahre 1944 mit über 37000 Personen auf 82 Einheiten und Detachemente verteilt, die höchste während aller Kriegsjahre. Basel bekam bei den Soldaten einen ähnlichen Ruf wie die Ajoie im ersten Weltkrieg, nämlich das Fenster zum grossen Welttheater zu sein. Wer in Basel Dienst leisten musste, glaubte, die welthistorischen Stunden stärker mitzuerleben als anderswo in der Schweiz. Wie in den ersten Kriegsmonaten verwandelte sich unsere Stadt wiederum in eine Art Festung; aber welcher Stimmungsumschwung äusserte sich jetzt in der optimistischen Haltung ihrer Bewohner, verglichen mit der Einstellung im ersten Kriegswinter und im Sommer 1940! Zwar kam der alliierte Vormarsch im September 1944 wegen Nachschubschwierigkeiten westwärts der Burgunderpforte vorübergehend zum Stillstand; die Kämpfe um die oberrheinischen Gebiete, die auch für Basels Schicksal entscheidend waren, blieben bis in den Frühwinter verschoben; doch berechtigte der bisherige Verlauf der alliierten Offensive in Frankreich zur Annahme, dass der deutsche Widerstand dem Zusammenbruch nahe sei.

Wirkt es nicht irgendwie symbolisch, dass in jenen Septembertagen der Bundesrat auf ein Gesuch der Basler Regierung hin den General ermächtigte, die Verdunkelung für das Gebiet der ganzen Schweiz aufheben zu

lassen? Dieser längst erwartete Beschluss liess sich im Hinblick auf die zunehmende Gefährdung der Grenzgebiete durch Fliegerangriffe nicht nur rechtfertigen, er drängte sich geradezu auf. Zur besseren Kennzeichnung unseres Territoriums wurden auf den Dächern der Industrieunternehmungen, der Spitäler und des Bundesbahnhofs grosse Schweizerfahnen ausgelegt und das schweizerische Hoheitszeichen aufgemalt.

In dieser Situation kam der 1943 vorsorglich ins Leben gerufenen Kriegsschäden-Fürsorge eine wichtige Bedeutung zu. Es handelte sich um eine zivile, dem Departement des Innern unterstellte Organisation, der über 2000 Personen, zum grössten Teil Frauen als freiwillige Helferinnen, angehörten. Ihre Aufgabe bestand darin, unmittelbar nach einem Angriff irgendwelcher Art die Obdachlosen zu sammeln, zu pflegen und dann unterzubringen. Das Fürsorgepersonal wurde in zahlreichen Instruktionsstunden sorgfältig ausgebildet, und daneben erstanden in allen Quartieren Revier-Sammelstellen mit Notkrankenzimmern, Kinderzimmern und Lagerstätten.

Unter dem Eindruck der militärischen Vorbereitungen traten die wirtschaftlichen Sorgen und die politischen Auseinandersetzungen etwas zurück. Bevor der grosse Sturm im Elsass losbrach, gelang es noch, auf dem Wasserweg grössere Kohlenmengen und andere wichtige Rohstoffe in den Basler Rheinhafen hereinzubringen; andere Zufahrtsrouten nach der Schweiz waren bereits zerstört, und es war zu erwarten, dass über kurz oder lang die Einfuhr völlig unterbrochen sein werde. Auf dem politischen Feld war das völlige Schweigen der Rechtsextremisten und die auffallende Zurückhaltung der Deutschen Kolonie in ihren Veranstaltungen höchst kennzeichnend.

Es ist wohl kein Zufall, dass gerade in dieser Zeit die 500-Jahrfeier der Schlacht bei St. Jakob an der Birs zur eindrucksvollsten Manifestation patriotischen Gedenkens wurde, die unsere lokale Chronik während der sechs Kriegsjahre überhaupt zu verzeichnen hatte. Die grossen Ereignisse des Tages, die Befreiung von Paris aus deutscher Herrschaft, die Sprengung des Ringes um die Schweiz durch die amerikanischen Panzer, stärkten die Hoffnung der Bevölkerung, vom Krieg auch in Zukunft bis zum baldigen Ende der militärischen Operationen weiterhin verschont zu bleiben. Sie liessen das St.-Jakobs-Jubiläum zu einer Kundgebung des Dankes an unsere Armee und die Behörden werden. Die dem Pathos abgeneigten Basler gaben sich für einmal einem echten Festtaumel hin, feierten sozusagen im Bewusstsein, noch etliche Gefahren überstehen zu müssen, doch schon das gewisse Ende der nationalsozialistischen Bedrohung. Diesem Gefühl der Befreiung verlieh ein für die damalige Stimmung typischer Artikel in der «National-Zeitung» Ausdruck, der unter dem Titel «Das grosse Aufatmen» sagte:

«Eine Welt beginnt aufzuatmen, alle Menschen, die noch etwas von Freiheit wissen, alle, die in diesen fürchterlichen fünf Jahren nicht vergessen haben, was Freiheit ist, beginnen wieder leichter zu atmen. Es wird doch bei uns in Basel und in der ganzen Schweiz viele Tausende geben, die am 26. August ebensosehr an die Befreiung von Paris im August 1944 wie an die Schlacht von St. Jakob an der Birs vom Jahre 1444 denken. Der Strom der Freiheit fliesst durch die Jahrhunderte und ist auch in den dunkelsten Zeiten nie ganz versiegt.»

Der Grosse Rat eröffnete die Feier am Vorabend des Jubiläumstages mit einer Festsitzung, der neben General Guisan auch eine Dreier-Delegation des Bundesrates, bestehend aus Bundespräsident Dr. W. Stampfli und den Bundesräten Dr. K. Kobelt und Dr. Ph. Etter, beiwohnte. Nach Ansprachen von Regierungsratspräsident F. Brechbühl und Grossratspräsident Dr. E. Strub promovierte der Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel General Guisan zum Ehrendoktor. Dem Bundespräsidenten war bereits am Morgen in Bern das Diplom eines Ehrendoktors der Medizinischen Fakultät überreicht worden. Am 26. August, dem eigentlichen Festtag, riefen die Glocken aller Basler Kirchen unsere Bevölkerung zur Feier des Jahrestages auf. Zu Tausenden und aber Tausenden verfolgten die Zuschauer aus nah und fern während mehr als zwei Stunden den farbenprächtigen und höchst eindrucksvollen Festzug, der sich auf der Route von der Kaserne bis nach St. Jakob bewegte. Am Gedenkakt auf dem Schlachtfeld erinnerten Regierungsratspräsident F. Brechbühl, Bundespräsident Dr. W. Stampfli und Prof. Dr. E. Bonjour die grosse Festgemeinde an die Bedeutung des historischen Geschehens von St. Jakob für die gegenwärtige Generation und stellten die Feier selbst in den grösseren Rahmen der Tagesgeschehnisse.

Die Rheinstadt, die 1501 ihrer Nordorientierung entsprechend den Weg zur Eidgenossenschaft nur unter Selbstüberwindung gefunden, die sich 1848 nur widerwillig in den neuen Bundesstaat eingegliedert und auch seither im Verhältnis zur Eidgenossenschaft immer wieder die Ungunst ihrer Randlage zu spüren bekommen hatte, sie schloss sich im zweiten Weltkrieg unter dem Zwang der äusseren Drohung mit den übrigen Eidgenossen geistig, politisch und militärisch zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammen, wie sie der eidgenössischen Tradition bis dahin fremd gewesen war. Gerade die St. Jakobsfeier dokumentierte diesen Zusammenschluss vor aller Welt. Basel, das von jeher jenseits des Juras nicht nur politisch, sondern auch dem Wesen seiner Bewohner nach eine Sonderexistenz geführt hatte, leistete nun während des zweiten Weltkrieges als Vorposten einen wichtigen Beitrag im Kampf um die Selbständigkeit der Schweiz. Vergessen blieb die historische Rolle des Stiefkindes von Mutter Helvetia, dessen bitteres Schicksal

es ist, möglichst viele finanzielle Mittel für den gemeinsamen Haushalt abgeben zu müssen und nur wenig mütterliche Wohltaten zu empfangen. Und manche Miteidgenossen, die als Wehrmänner zum erstenmal Gelegenheit erhielten, unsere Stadt und ihre Bewohner kennenzulernen, sahen von nun an Basel, die Stadt ohne Raum, aber auch die Stadt der fernen Horizonte, unter einem ganz neuen Gesichtswinkel.

Basel am Rande des Kriegsgeschehens

Den letzten Kriegswinter erlebte Basel als den bewegtesten Zeitabschnitt der sechs Kriegsjahre. Die Dramatik der äusseren Ereignisse war bereits durch die Morgenröte des unabwendbar herannahenden Kriegsendes erhellt und wurde daher von unserer Bevölkerung ohne Zweifel weniger hart empfunden als etwa die Vorgänge im Frühsommer 1940. Wie in einem dunkeln Tunnel die Blicke sich dem hell strahlenden Ausgang entgegenrichten, so hoffte jedermann auf den nahen Abschluss des blutigen Völkerringens, auf einen baldigen Sieg jener Kräfte, die unsere Unabhängigkeit nicht in Frage zu stellen versprachen. Noch ahnte der Uneingeweihte nichts von den machtpolitischen Gegensätzen, die die zukünftigen Sieger bereits trennten, bevor der letzte Schuss gefallen war. Die Aussicht auf eine, wie es schien, für die Schweiz günstige politische Umwälzung in Europa liess die Bevölkerung unserer Stadt all die unangenehmen Begleiterscheinungen der letzten Kriegsphase leichter ertragen. Näher als je rückte in diesen Monaten das Zeitgeschehen an Basel heran, ja manchmal fühlten sich die Basler nicht mehr bloss am Rande des Kriegstheaters, sondern mitten drin. Erst jetzt ergriff den einzelnen Bürger eine leise Ahnung davon, was der Krieg für unsere Nachbarvölker bedeuten musste. Mit eigenen Augen verfolgte er die schrecklichen Vorgänge in der elsässischen Nachbarschaft, mit eigenen Ohren vernahm er das Kriegsgetöse neben sich und über sich; sein Inneres war bewegt vom grauenhaften Schicksal jener Mitmenschen, die, nur eine halbe Wegstunde entfernt wohnend, in Friedenszeiten durch allerlei persönliche Beziehungen mit unserer Stadt verbunden gewesen waren.

Dem Durchbruch der alliierten Panzerkräfte durch die Burgunderpforte gingen schwere Luftangriffe gegen die strategisch wichtigen Punkte im Oberelsass voraus; dass es dabei immer wieder zu grösseren und kleineren Verletzungen des schweizerischen Luftraumes kam, war beinahe unvermeidlich.

Soldatenpäckliaktion in der Mustermesse

(Photo Jeck)

Der General an der Soldatenweihnacht auf dem Münsterplatz (21. Dezember 1944) (Photo Jeck)

(Photo Jeck)

Nach der Bombardierung Basels am 4. März 1945

(Photo Jeck)

Diese Entwicklung erschien allerdings um so bedrohlicher, als offenbar der Anteil der amerikanischen Luftwaffe bei diesen Operationen ganz bedeutend war und immer mehr junge, ortsunkundige Flieger eingesetzt wurden. Im Oktober begannen sich die Fliegeralarme in Basel zu häufen, es gab Tage, an denen die Zeit der Alarmbereitschaft länger dauerte als die alarmfreie Zeit. Die drohenden Gefahren wurden jedermann bewusst, als am 7. Oktober mehrere Staffeln der Royal Air Force Sprengbomben schweren Kalibers (sechs Tonnen) auf das Stauwehr Kembs abwarfen und dieses zum Bersten brachten. Einige Explosionen, zum Teil von Zeitbomben herrührend, erschütterten die Luft so sehr, dass da und dort in Basel die Fensterscheiben in Brüche gingen. Durch die ins Wehr gesprengte Öffnung ergoss sich ein Wasserstrahl von 30 m Breite und 12 m Höhe mit jäher Wucht entlang dem linken Ufer, dieses auf eine Länge von 300 m und eine Breite von gegen 100 m wegspülend. Da unmittelbar nach dem Angriff die Stauwirkung oberhalb des Kraftwerkes aufgehoben war, fiel in Basel das Rheinpegel im Verlaufe von drei Stunden um beinahe drei Meter, was zu schweren Störungen in den Rheinhafen-Anlagen führte. Ein Teil der im Hafenbecken II verankerten Schiffe konnte nicht mehr rechtzeitig ins tiefere Hafenbecken I hinübergerettet werden; doch gelang es dann einen Monat später, bei plötzlichem Hochwasser, die bereits verlorengeglaubten Kähne endlich aus dem trockenen wieder ins nasse Element zu bringen.

Wenige Tage nach der Zerstörung des Kembser Stauwehrs spielten sich anlässlich eines amerikanischen Angriffs auf Sierentz über der Grenzgegend schwere Luftkämpfe zwischen deutschen Jägern und amerikanischen Bombern ab. Schliesslich griffen am 20. Oktober amerikanische Bomber die Hüninger Schiffbrücke an und setzten sie mit Phosphorbomben in Brand. Einige Stunden später war Hüningen selbst Angriffsziel einer amerikanischen Staffel, wobei eine grosse Färberei eingeäschert wurde.

Die militärischen Operationen zur Wiedereroberung des Elsasses nahmen nun von der Burgunderpforte aus ihren Anfang. Starkes Donnerrollen und einzelne Detonationen aus der Gegend von Belfort kündeten am 18. November während des ganzen Tages von der allgemeinen Offensive, welche die Alliierten ausgelöst hatten. Am folgenden Tag meldete die 1. französische Armee die Besetzung von Dammerkirch, Altkirch und schliesslich von Belfort, und 24 Stunden später erreichten die Panzervorhuten dieser Truppe bereits den Rhein bei Kembs. Damit wurde das Grenzgebiet in unmittelbarer Nähe unserer Stadt zum Kriegsschauplatz.

Am 20. November steigerten sich die militärischen Ereignisse in der Grenzzone zum dramatischen Höhepunkt. Um die Mittagszeit hielten

französische Panzer ihren Einzug in St. Louis, wo sich die Deutschen in der Kaserne der Garde mobile verschanzt hatten und äussersten Widerstand leisteten. Etwas später näherte sich ein einzelner Panzer, mit Marokkanern besetzt, dem Zollamt am Lysbüchel und feuerte auf eine Ansammlung deutscher Soldaten, die eben im Begriffe standen, auf Schweizer Gebiet überzutreten. Dem Angriff fielen ein deutscher Soldat und ein unschuldiges Kind, das sich nicht rechtzeitig hatte in Sicherheit bringen können, zum Opfer. Während das Gefecht in St. Louis noch andauerte, rückten im Laufe des Nachmittags auch französische Partisanen auf deutschen Lastwagen und mit deutschen Waffen versehen in die Kampfzone vor. Hüningen bildete vorerst noch einen deutschen Brückenkopf. Im Raum Volkensberg-Buschwiller ging schwere französische Artillerie in Stellung und begann, das rechte Rheinufer, vor allem das Festungsgebiet von Istein, zu beschiessen.

Vorerst blieb die Lage im Grenzgebiet stationär, ja es entstand sogar der Eindruck, die französische Vorhut, der noch immer keine Infanterie folgte, sei zu schwach, um einen allfälligen deutschen Gegenstoss aufzufangen. So erklärt sich auch die allgemeine Fluchtbewegung, welche die Bewohner von St. Louis und Umgebung am Abend des 21. Novembers erfasste, als deutsche Infanteristen vom Kembser Stauwehr her das Feuer eröffneten. Kurz nachdem noch die Basler französische Kolonie an der Grenze Lysbüchel den französischen Partisanen zur Begrüssung eine Trikolore überreicht hatte, setzte in der Abenddämmerung ein unübersehbarer Flüchtlingszug gegen die Grenzübergangsstellen, hauptsächlich zum Lysbüchel, ein. Bis gegen 22 Uhr traten beinahe 4000 Personen, darunter auch eine Gruppe deutschuniformierter Elsässer, mit allerhand Fahrhabe auf Schweizer Gebiet über und wurden vom Betreuungsdienst des Territorialkommandos und von Angehörigen des Luftschutzbataillons, soweit sie nicht privat Unterkunft fanden, in den Hallen der Mustermesse untergebracht und verpflegt. Damit wurden die seit Jahren unterbrochenen Beziehungen zwischen den Baslern und ihren früheren Gemüselieferanten in Neudorf und Umgebung vielfach wieder aufgenommen, freilich in einer unerwarteten, tragischen Situation. Basel erfüllte seine traditionelle Aufgabe der Nächstenliebe einmal mehr, diesmal an den Kriegsopfern aus der unmittelbaren Nachbarschaft.

Noch während mehrerer Tage blieb die militärische Situation in der Grenzzone unklar. Am 27. November entschlossen sich die französischen Behörden in St. Louis sogar, den Rest der Bevölkerung zu evakuieren, da die deutsche Artillerie vom Tüllingerhügel her zum Schutze des Brückenkopfes Hüningen die französischen Gebiete unaufhörlich beschoss. Rund 500 Flüchtlinge erreichten an jenem Tage Basel. Auch aus dem Gebiet

weiter nördlich sammelten sich die bedrohten Bewohner in der Nähe der Grenze, um beim ersten Anzeichen eines deutschen Gegenangriffs auf Schweizer Gebiet überzutreten.

Das deutsch–französische Artillerieduell über den Rhein bewirkte anderseits eine besondere Gefährdung des unmittelbaren Grenzgebietes in der Schweiz, einzelne Geschosse fielen im Rheinhafenareal und im unteren Kleinbasel nieder, ohne allerdings grösseren Schaden anzurichten. Die Bevölkerung von Haltingen und Friedlingen brachte sich, über schweizerisches Territorium flüchtend, im Wiesental in Sicherheit. In Basel warnte ein Aufruf des Territorialkommandos die Bevölkerung davor, sich ungedeckt in der Grenzzone aufzuhalten. In Verbindung mit der Kriegsschäden-Fürsorge wurde für die Bevölkerung der untern Quartiere Kleinbasels Notunterkunft in andern Teilen der Stadt vorbereitet, so Massenlager für rund 1500 Personen in Schulhäusern und Turnhallen; doch musste die Aktion nicht durchgeführt werden.

Am 1. Dezember endlich gaben die Deutschen Hüningen, ihren letzten grösseren Stützpunkt im Oberelsass, auf. Damit zeichnete sich eine allmähliche Beruhigung der militärischen Lage im französischen Grenzgebiet ab, wogegen in andern Teilen des Elsasses sich noch schwere Kämpfe abspielten. Bereits einige Tage später kehrte eine grössere Zahl der Flüchtlinge von St. Louis und Burgfelden wieder in ihre Heimatgemeinden zurück. Als Teilaktion der für später geplanten grossen Schweizer Spende leitete ein Basler Hilfskomitee eine Kollekte zugunsten von Mülhausen und Umgebung ein. Für die Kriegsgeschädigten wurden in Basel rund 50 Wagen Kochgeschirr aus privatem Besitz zusammengetragen, und gegen das Frühjahr zu entsandte die Hilfsaktion beider Basel zwei Ackerbaukolonnen ins nahe Elsass zur Unterstützung der notleidenden elsässischen Bauern.

Während des ganzen letzten Kriegswinters blieben in Basel stärkere Truppenverbände, neben Infanterie auch Spezialtruppen aller Art, stationiert; in einem Turnus von je fünf Wochen lösten sich bis zum Frühjahr hintereinander Ostschweizer, Walliser, Waadtländer und Schwyzer, dann Berner, Genfer, Solothurner und Aargauer in der Bewachung des baslerischen Abschnittes ab. Solange die Kämpfe im Mittelelsass andauerten und die Alliierten das rechte Rheinufer noch nirgends gewonnen hatten, bestand immer die Gefahr eines Handstreiches gegen die Basler Rheinbrücken. Diese beanspruchte weiterhin die volle Aufmerksamkeit des schweizerischen Generalstabes wie auch des Basler Abschnittskommandanten. Mitten in diese Zeit der äusseren Bedrohung unserer Stadt fiel die letzte Kriegsweihnacht. General Guisan feierte sie am 21. Dezember im Kreise der Soldaten

der Basler Stadtwache auf dem Münsterplatz. Anschliessend defilierten die Truppen – drei Regimenter stark – auf dem Marktplatz vor dem Oberbefehlshaber der Armee und vor der Basler Regierung.

Als endlich am 9. Februar 1945 das Geläute der Kirchenglocken im nahen Elsass die Befreiung der ganzen Landschaft von deutschen Truppen verkündete, galt das öffentliche Interesse in unserer Stadt eigentlich bereits den sensationellen Erfolgen der russischen Winteroffensive in Osteuropa, der Eroberung von Warschau und Krakau durch die Rote Armee. Vielleicht gab man sich in der Schweiz zu wenig Rechenschaft von den Gefahren, die unserem Land nun von Seiten der zukünftigen Sieger drohten. Die inzwischen veröffentlichten Jalta-Dokumente und der Briefwechsel zwischen Roosevelt und Bundespräsident E. v. Steiger bei Anlass der Currie-Mission zeigen, dass der Wille der Alliierten, die schweizerische Neutralität zu beachten, damals nicht über jeden Zweifel erhaben war. Der Vorstoss der Alliierten über den Rhein liess zwar noch auf sich warten, doch konnte es nach der Entwicklung der militärischen Situation nur noch eine Frage der Zeit sein, bis auch die badische Nachbarschaft unter die Kontrolle der Franzosen und der Amerikaner kommen musste. Die sich immer noch steigernden alliierten Luftangriffe gegen Süddeutschland waren Vorboten des Vorstosses über den Rhein.

Damit allerdings gestaltete sich auf dem Gebiete des Luftkrieges auch die Lage der schweizerischen Grenzzone immer kritischer. Vom 13. auf den 14. Februar wurde Basel innerhalb von 24 Stunden nicht weniger als siebenmal alarmiert, jedesmal als Folge von Verletzungen des schweizerischen Luftraumes durch amerikanische Flugzeuge. Acht Tage später dauerte ein einziger Alarmzustand, in Basel der bisher längste, von 12.33 Uhr bis 18.50 Uhr. In diesem Zeitraum überflogen verschiedene amerikanische Kampfgeschwader unsere Stadt. Während sich eben eine amerikanische Delegation auf dem Weg nach Schaffhausen befand zur Besichtigung der Bombardierungsschäden vom 1. April 1944, warfen amerikanische Flieger Bomben auf das zürcherisch-schaffhausische Grenzgebiet und verursachten damit den Tod von 18 Personen. Schliesslich traf das Verhängnis auch unsere Stadt zum zweitenmal: Am Sonntag, den 4. März, griffen alliierte Bomber um 10.13 Uhr das Areal des Basler Güterbahnhofes Wolf an. Neben dem Güterbahnhof selbst, der grosse Zerstörungen erlitt, wurden die umliegenden Wohnquartiere, hauptsächlich Liegenschaften an der Münchensteiner-, Tell- und Hochstrasse betroffen. Eine Brisanzbombe zerstörte ein Wohnhaus an der Engelgasse vollständig; doch waren glücklicherweise weder hier noch anderwärts im Stadtgebiet Todesopfer zu beklagen. Zwölf Grossbrände im Gebiet um die Münchensteinerbrücke wurden zum Teil

unmittelbar nach dem Angriff, zum Teil in den frühen Nachmittagsstunden von der Feuerwache und der Luftschutzfeuerwehr gemeistert. Der Gesamtschaden belief sich auf über acht Millionen Franken. Auch die Kriegsschäden-Fürsorge erhielt an diesem Tag Gelegenheit, sich zu bewähren. Dabei zeigte sich, dass bei kleineren Katastrophen, wie derjenigen vom 4. März, die vorgesehenen Massnahmen genügen konnten, dass sie dagegen bei grösseren Zerstörungen nie ausgereicht hätten, da zu wenig Personal vorhanden war.

Wie nicht anders zu erwarten, stand die folgende Grossratssitzung vom 15. März ganz im Zeichen des jüngsten Luftangriffes auf Basel; so wünschte Dr. P. Böhringer Auskunft über die Zweckmässigkeit der vom Luftschutz getroffenen Massnahmen, M. Wullschleger warf in einer weiteren Interpellation die Frage des Rückzugs der Fliegerabwehr aus dem Bereich unserer Stadt auf, während A. Meyer sich mit dem Problem der Reparatur der baulichen Schäden befasste. Dass der Oberbefehlshaber der amerikanischen strategischen Luftwaffe zwei Tage nach dem Angriff in Bern eintraf, um mit den eidgenössischen Stellen Massnahmen zur Verhinderung weiterer Bombardierungen zu besprechen, erfüllte auch die Basler mit Genugtuung und löste überall berechtigte Hoffnung auf eine Änderung der unerfreulichen Situation aus. In der Tat trat in den folgenden Wochen eine bemerkenswerte Beruhigung im Luftkrieg über dem schweizerischen Grenzraum ein.

Ende April zogen erneut die militärischen Ereignisse in unmittelbarer Nähe Basels die Aufmerksamkeit unserer Bevölkerung auf sich, diesmal spielten sie sich aber in der badischen Nachbarschaft ab. Von Norden über Freiburg und Müllheim hinaus vorstossend, berührte die Panzervorhut der 1. französischen Armee am 22. April die Nordgrenze unseres Landes an mehreren Stellen. Am folgenden Tag sprengten die heranrückenden Franzosen die Eisenbahnbrücke beim Grenzübergang Freiburgerstrasse-Otterbach, während Lörrach das Opfer eines alliierten Luftangriffs wurde. Hunderte von Fremdarbeitern aller Nationalitäten begehrten an den badisch–schweizerischen Grenzstellen Einlass in unser Land und wurden von unsern Behörden möglichst rasch in ihre Heimatländer weitergeleitet. Bereits einige Tage früher hatte der Bundesrat im Hinblick auf den ständig wachsenden Flüchtlingsstrom aus dem zusammenbrechenden Deutschen Reich eine allgemeine Grenzsperre über die Nord- und Ostgrenze unseres Landes verhängt. In den Morgenstunden des 24. Aprils überquerten französische Truppen zwischen Basel und Istein den Rhein zum Angriff auf das südliche Schwarzwaldgebiet. Lörrach wurde im Laufe dieses Tages besetzt, und am Grenzübergang Riehen-Stetten erledigten

von nun an französische Offiziere die Zollformalitäten. Entsprechend der allmählichen Verschiebung des Schwergewichtes der militärischen Operationen rheinaufwärts, wurde der grösste Teil der Basler Stadtwachttruppen gegen Monatsende aus unserer Stadt Richtung Schaffhausen disloziert.

Wer das weitere Blickfeld der europäischen Vorgänge betrachtete, war in diesen letzten Tagen des Krieges besonders beeindruckt von der verbissenen russisch–deutschen Auseinandersetzung um die deutsche Reichshauptstadt. Während unter dem pausenlosen Angriff der russischen Heere Berlin in Trümmer und Asche sank, verbreiteten sich auch bei uns durch Augenzeugen die zunächst unglaubwürdig erscheinenden Nachrichten von den grauenhaften Zuständen in den deutschen Konzentrationslagern. Sie lösten erneut eine Welle der Empörung gegen die nationalsozialistischen Machthaber und das deutsche Volk im allgemeinen aus, obwohl viele die authentischen Berichte nicht glauben wollten und konnten. Gleichem Misstrauen begegnete auch die am 1. Mai spät abends vom Sender Kopenhagen verbreitete Mitteilung vom Untergang Hitlers im Sturm auf Berlin. Zu lange und zu sehnlich hatten Millionen Menschen auf den Sturz dieses für die Weltkatastrophe Hauptverantwortlichen gehofft, als dass man der Meldung von seinem Tod, zumal da dieser offenbar unter geheimnisvollen Umständen erfolgt war, ohne weiteres Glauben schenken konnte; doch zweifelte nun niemand mehr daran, dass der Zusammenbruch des deutschen Widerstandes und damit das Kriegsende nahe war.

Entgegen allen Erwartungen bewirkte der ständige äussere Druck in diesem letzten Kriegsabschnitt keine Unterbrechung der innenpolitischen Auseinandersetzungen mehr. Diese waren sogar lebhafter denn je, da sich in Erwartung des baldigen Kriegsendes niemand mehr irgendwelche Reserven auferlegen wollte. Der Vormarsch der russischen Armeen nach Westen gab vor allem der Russland-Diskussion immer neue Nahrung. Nachdem ein erster Versuch der Bundesbehörden, die diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrussland wieder aufzunehmen, an der Abweisung durch Moskau gescheitert war, konzentrierten auch in Basel die Linksparteien ihren Angriff auf die Person des Vorstehers des Eidgenössischen Politischen Departementes, Bundesrat M. Pilet-Golaz. Unter der Überschrift «Krise der schweizerischen Aussenpolitik» veröffentlichte die sozialdemokratische Partei der Schweiz am 10. November 1944 in der «A-Z» einen polemischen Artikel, in dem die Verantworung für den Misserfolg mit ziemlich scharfen Worten der Mehrheit der Bundesversammlung, dem Bundesrat und ganz besonders dem Leiter der Aussenpolitik zugeschoben wurde. Eine ähnlich lautende Erklärung publizierte die sozialdemokratische

Grossratsfraktion an auffallender Stelle dieser Nummer des Parteiorganes. Am gleichen Tag interpellierte H. Schmidt als Vertreter der Partei der Arbeit im Grossen Rat die Regierung über ihre Stellung zur Moskauer Ablehnung, und gleichzeitig begründete Nationalrat Dr. A. Oeri gewissermassen eine Gegeninterpellation, die der Regierung Gelegenheit bieten sollte zu erklären, dass die Aussenpolitik Angelegenheit der eidgenössischen Räte und nicht eines kantonalen Parlamentes sei. Der Rücktritt Bundesrat Pilets öffnete zwar den Weg zu neuen Verhandlungen und schliesslich zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der östlichen Weltmacht; doch stand auch jetzt noch in weiten Kreisen das Verhältnis zum kommunistischen Russland im Sinn einer ideologischen Abklärung zur Diskussion. Dies galt vor allem für die Sozialdemokraten. Sie veranstalteten am 15. November im Volkshaus zum Thema «Die Schweiz und Russland» eine öffentliche Kundgebung, an der Nationalrat E. Reinhard (Bern), der früher bereits mit einer Motion zu diesem Gegenstand hervorgetreten war, mit der bundesrätlichen Russland-Politik scharf ins Gericht ging und auch die Haltung der Partei gegenüber Russland umriss.

Auch die Gesellschaft Schweiz–Sowjetrussland entwickelte während des letzten Kriegswinters eine ausgedehnte Vortragstätigkeit, wobei sogar russische Referenten beigezogen wurden. Schliesslich bewilligte der Bundesrat der Pressegenossenschaft «Vorwärts» in Basel die Herausgabe eines eigenen Organes mit einer Auflage von 40000 Exemplaren täglich und hob dann die 1940 erlassenen Parteiverbote auf, von denen unter anderen auch die Kommunisten betroffen worden waren.

Da die Hoffnung auf eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage trotz der Sprengung des Rings der Achsenmächte unerfüllt blieb, standen die Versorgungsfragen weiterhin im Vordergrund der öffentlichen Diskussion. Die Schwächung der einen Kriegspartei und die Beanspruchung des Verkehrsnetzes für den riesigen Nachschub durch die andere verursachten bei uns sogar eher eine Verschlechterung der ökonomischen Situation. Wohl zeitigte das Jahr 1944, das Jahr mit der härtesten Lebensmittelrationierung, eine reiche Inlandernte an Obst und Ackerfrüchten aller Art. Der Konsum an Früchten kletterte denn auch dieses Jahr auf das Anderthalbfache des Vorkriegsverbrauches; doch stiess zum Beispiel die Versorgung mit Kohlen auf immer grössere Schwierigkeiten, weil einerseits die Verkehrswege zerstört waren, anderseits die Arbeitskräfte in den Kohlengruben mangelten und die zukünftigen Sieger den eben aus der deutschen Herrschaft befreiten Ländern den Vorrang in der Belieferung zusicherten. Der Basler Rheinhafen war seit der Invasion Frankreichs wieder stillgelegt; über 40 zerstörte Rheinbrücken zwischen Basel und der Rheinmündung,

grosse Verheerungen im Hafen von Amsterdam hinderten die Wiederaufnahme des Verkehrs. Kurz vor Kriegsende mussten in der Schweiz, neben dem Kochgas, sämtliche Inlandbrennstoffe rationiert werden. Um die Brennstoffe besser ausnützen zu können, wurde auch in Basel die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung, natürlich auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit, eingeführt. Von der Rationierung waren bei Kriegsende nur noch wenige Produkte ausgenommen, nämlich Kartoffeln, Obst, Gemüse, Geflügel, Wildbret, Fische, Gewürze, Nüsse, Salz, Bier, Wein, Tabak. Die Rationierungsdisziplin war in unserer Stadt im allgemeinen gut, verglichen mit derjenigen gewisser anderer Kantone sogar vorbildlich. Einzig die Arbeit der staatlichen Preiskontrolle wurde immer wieder, vor allem auf dem Gebiete der Fleischwaren, durch undiszipliniertes Verhalten mancher Konsumenten erschwert. Diese waren an Preistreibereien ebensosehr beteiligt wie die Produzenten und Händler selbst.

Die in den ersten Kriegsjahren immer befürchtete Gefahr einer Massenarbeitslosigkeit bestand bei Kriegsende kaum mehr, im Gegenteil, es gab nicht nur sozusagen keine Arbeitslosen mehr, sondern die zunehmende Bautätigkeit sowie der Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft führten zu einem ausgesprochenen Mangel an städtischen Arbeitskräften. Im Hinblick auf die reichere bäuerliche Tafel und die bessere Bezahlung bereitete die Rekrutierung von landwirtschaftlichen Hilfskräften auch in Basel keine Schwierigkeiten, zeitweise war das Angebot gar grösser als die Nachfrage. Die Arbeitsdienstpflicht begegnete also auf diesem Gebiete wenigstens keinem Widerspruch.

Besondere Aufmerksamkeit mussten unsere Behörden weiterhin dem Wohnungsbau schenken. Wenn auch hier die Situation noch nicht so prekär war wie in den Nachkriegsjahren, so zeigte sich doch, dass die in ihren Mietzinsen unveränderlichen und daher äusserst günstigen Altwohnungen (vor 1943 erbaut) der Nachfrage längst nicht mehr genügten und Neubauten trotz dem Materialmangel nicht mehr länger aufgeschoben werden konnten; doch war damit eine einschneidende Erhöhung des Mietzinses verbunden, einschneidend für alle jene, die gezwungenermassen eine Neuwohnung bezogen. Wenn nun der Staat Teuerungsbeihilfen an Bedürftige ausrichtete, Butter- und Schuhverbilligungsaktionen finanzierte, so war es kaum zu umgehen, dass noch viel bedeutendere Mittel in irgendeiner Form zur Verbilligung des Wohnungsbaues eingesetzt werden mussten. Der soziale Ausgleich wurde hier zur dringenden Aufgabe der Gemeinschaft, da die Mietkosten in der Haushaltungsrechnung des kleinen Mannes annähernd gleich stark ins Gewicht fallen wie die Ausgaben für die Ernährung.

Waffenstillstand

Am 7. Mai, in der zweiten Nachmittagsstunde, als eben in Basel das Zeichen Fliegeralarm zum 530. Mal gegeben worden war, erfuhr die Bevölkerung durch den Landessender Beromünster die befreiende Nachricht vom Abschluss des Waffenstillstandes und damit vom Kriegsende in den europäischen Gebieten. Die Meldung stützte sich auf eine Bekanntmachung des deutschen Aussenministers im Radiosender Flensburg, wonach das deutsche Oberkommando auf Befehl von Grossadmiral Dönitz die bedingungslose Kapitulation aller Truppen angeboten habe. Extrablätter verkündeten eine Stunde später auch in Basel die Meldungen über den Waffenstillstand und dazu die ersten redaktionellen Kommentare zusammen mit Erläuterungen der in fremden Hauptstädten tätigen Korrespondenten. So sehr auch jedermann aufatmete und den seit fünf Jahren sehnlich erwarteten Tag des Kriegsendes begrüsste, zu spontanen öffentlichen Freudenkundgebungen kam es doch an diesem denkwürdigen Montag in Basel nirgends. Konnte der menschliche Verstand überhaupt die Ungeheuerlichkeit des nun abgeschlossenen Kriegsgeschehens, das grenzenlose Leid, das schon allein in der Zahl von 55 Millionen toten Soldaten und Zivilisten liegt, einigermassen fassen? Viele machten wohl bereits jetzt die eher bedrückende Feststellung, dass dieser Krieg nicht nur keine Probleme gelöst, sondern zu den bereits bestehenden Schwierigkeiten nur noch neue aufgetürmt hatte. Europa bildete – in den Siegerländern wie auch bei den Besiegten – einen einzigen Trümmerhaufen, über den hinweg sich zwei durch den Krieg stark gewordene aussereuropäische Weltmächte argwöhnisch belauerten. Die Gefahr, dass dieser Erdteil in vollkommene Anarchie versinke, war bedrohlich und eröffnete für die Zukunft nur düstere Perspektiven. Sollten die Völker für die Freiheit gekämpft haben, um nun nach der Besiegung des nationalsozialistischen Diktaturstaates einer neuen Knechtschaft zu verfallen? Der übermenschlich schweren Aufgaben waren viele; die Zukunft erst konnte zeigen, ob es Europa gelingen werde, sie zu lösen.

In Basel, wie auch in andern Schweizer Städten, wurde der 8. Mai als Tag des Waffenstillstandes gebührend gefeiert. Sollte ein Volk, das zwar nicht aktiv in den Kampf eingegriffen, aber doch während mancher Jahre einem schweren äusseren Druck standgehalten, nicht auch, stolz auf seine Bewährung, das Kriegsende als einen Sieg seiner Beharrlichkeit begehen dürfen? Für viele bedeutete dieser Tag noch wesentlich mehr, den Sieg der Menschlichkeit über den Geist des Bösen, über Ungerechtigkeit und Machtwahn, eine Art Gottesgericht. Ihre Freude galt nicht nur der Verschonung unseres Landes vor dem Kriegsbrand, sondern der Niederlage des national-

sozialistischen Staates als des Inbegriffes eines übeln Machtstaates. Bereits ertönten auch die ersten Stimmen, die gebieterisch eine strenge Säuberung unter den in unserem Kanton wohnhaften Deutschen, nicht weniger aber auch unter den als Nationalsozialisten bekannten Schweizern forderten.

Während die Polizei mit der Schliessung des Deutschen Konsulates und des nationalsozialistischen Parteiheimes an der St. Albanvorstadt beschäftigt war, besammelten sich auf dem Marktplatz über 15 000 Männer und Frauen zur offiziellen Feier, die um 18 Uhr beginnen sollte. Den politischen Rahmen zu dieser Kundgebung schuf eine von Dr. Gustav Steiner verfasste Proklamation des Regierungsrates, die zu jener Stunde in der Tagespresse zu lesen war. Sie sagte unter anderem:

> «Der Krieg ist zu Ende. Wir atmen auf, und doch krampft sich das Herz zusammen wie damals, als der deutsche Diktator Recht und Gesetz mit Füssen trat und eine Nation um die andere mit brutaler Kriegsgewalt überfiel. Wir haben in unserer Seele gelitten mit den Nationen, die in ihrem Denken, in ihrer Geschichte, in ihren moralischen Grundlagen uns wesensverwandt sind. Wir haben den freiheitlichen Willen dieser uns so befreundeten Völker mit Ehrfurcht bewundert. Uns ist die letzte schwere Probe erspart geblieben. Die Unerschütterlichkeit der freiheitliebenden Männer und Frauen in jenen Ländern soll um so tiefer uns ins Gedächtnis geschrieben sein. Und in Ehrfurcht denken wir an die Nationen, die ausgeharrt haben für die Freiheit, gegen Barbarei und Knechtschaft, für eine Freiheit, die nicht nur die ihre, sondern auch die unserige ist.»

Dankerfüllt folgte der grosse Zuhörerkreis den Ansprachen der drei offiziellen Redner, nämlich Regierungsratspräsident F. Brechbühl, Oberstdivisionär Heinrich Iselin, Kommandant der 4. Division, und Prof. Dr. med. C. Henschen, Rektor der Universität Basel.

Ist es nicht kennzeichnend für den brennenden Wunsch der Basler, aus der lästigen Isolierung endlich befreit zu werden, dass sie am Abend dieses Gedenktages die über die geöffneten Grenzen hereinströmenden Elsässer aus St. Louis und andern Gemeinden mit offenen Armen empfingen? Kaum hatten die Glocken aller Kirchen den Waffenstillstand eingeläutet, als auch schon der Marktplatz und die angrenzenden Strassen Schauplatz fröhlichster Ausgelassenheit und eigentlicher Verbrüderungsszenen wurden. Offenbar standen damit die Vorfälle im Zusammenhang, die sich andertags an der Grenzübergangsstelle Lysbüchel ereigneten, als rund 500 Personen aus Basel den Grenzübertritt nach St. Louis erzwingen wollten und von Grenzwächtern und Militärpolizei daran gehindert werden mussten. Einige Wochen später sollten die Basler in hellen Scharen zum grossen Sieges- und Befreiungsfest nach St. Louis ausrücken, um mit den elsässischen Nachbarn das bedeutungsvolle Ereignis glanzvoll zu feiern.

Wer die sechs Kriegsjahre rückblickend ins Auge fasst, fragt sich zunächst, wie weit sie das Gesicht Basels zu verändern vermochten. Am auffallendsten war wohl die wirtschaftliche und geistige Isolierung, der unsere Stadt von jenem Moment an verfiel, da der exaltierte Nationalismus die zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa zu vergiften begann. Basel, die Stadt mit ihren weltweiten Verbindungen, wurde in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung durch immer einschneidendere Exportbeschränkungen gehindert, ihre traditionell humanistisch-europäische Geisteshaltung fand in der beschränkten nationalistischen Einstellung, die von Deutschland ausgehend überall überhandnahm, ihre Grenzen. Schliesslich tat die politische Entwicklung ein übriges, um einen klaren Trennungsstrich zwischen dem demokratischen Bekenntnis unserer Bevölkerung und der Unterstützung oder doch Duldung der Diktatur durch die deutsche Bevölkerung zu ziehen. Kurzum: Die mannigfaltigen Beziehungen zwischen Basel und der deutschen Nachbarschaft wurden abgebrochen, eigentlich überraschend für denjenigen, der bedenkt, wie eng diese Fäden auf kulturellem, ethnischen und wirtschaftlichem Gebiet einst geknüpft gewesen waren.

Parallel zu dieser erzwungenen, allmählichen Loslösung aus der internationalen Verbundenheit ging der enge Zusammenschluss Basels mit der Eidgenossenschaft; wohl gehört dieser Stand seit 1501 zum Bund der Eidgenossen, doch beschritt er zu allen Zeiten, eigenwilliger als manch andere Kantone, seinen besonderen Weg innerhalb der schweizerischen Gemeinschaft. Schon der Bundesbrief liess einer solchen Sonderentwicklung des exzentrisch gelegenen Ortes Basel freien Raum. Erst der erste Weltkrieg, mehr aber noch das grosse Völkerringen von 1939 bis 1945 bewirkte eine tiefe Besinnung der Basler auf die etwas vergessenen Grundwerte der Bundesgenossenschaft mit den Eidgenossen. Als die Aussenwelt sich von ihrer schlechtesten Seite präsentierte, als die Kanonen jenseits der Grenze donnerten, mächtige Fliegergeschwader über unsere Stadt hinwegbrausten und die Stimme des Radios die Unwiderstehlichkeit des Diktaturstaates verkündete, da suchten gerade in unserer Stadt viele Bürger eine geistige Stütze im demokratischen Grundsatz der urschweizerischen Tradition. Im Schutz der schweizerischen Armee und in der wirtschaftlichen Hilfe, die das ganze Land unserer Stadt angedeihen liess, wurde die Bundesgemeinschaft mit den übrigen Schweizern bei den Baslern besonders lebendig.

Doch gab Basel damit seine Eigenart nicht auf. Dem Wesen nach blieben seine Bewohner eben doch Basler, nüchtern und sachlich in ihrem Urteil, beinahe ängstlich und leidenschaftslos in ihren Entscheidungen. Ja, in manchen Punkten durfte Basel in der Vorkriegszeit wie in den Kriegsjahren selbst geradezu als Vorbild für die Eidgenossenschaft gelten. Zeigte sich

nicht gerade in Basel schon lange vor Kriegsausbruch besonders stark die Tendenz zur Überwindung des übersteigerten Individualismus und zur Unterordnung unter das gemeinschaftliche Interesse, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet? Hier wurde die enge soziale Volksgemeinschaft geschmiedet, die ihre Bewährungsprobe während des Krieges ablegen musste. Es ist kein Zufall, dass sich in den Reihen der Basler Sozialdemokraten trotz der Opposition der äussersten Linken der Wille zeigte, sich als loyale Opposition in den demokratischen Staat einzugliedern und diesen wenn nötig mit aller Kraft verteidigen zu helfen. Stärker als in Friedenszeiten musste die Gemeinschaft während der Kriegsjahre die Freiheitsrechte des einzelnen Bürgers beschneiden, um eine Konzentration der Kräfte auf den Widerstand gegen aussen zu ermöglichen. Wo unterwarf man sich, bei allen grundsätzlichen Vorbehalten, disziplinierter den mannigfaltigen staatlichen Eingriffen als in Basel? Auch auf politischem Gebiet erwies sich unsere Bürgerschaft hellhörig genug, um die aufsteigenden Gefahren zu erkennen, während die weniger mit dem Ausland in Kontakt stehenden Miteidgenossen ob der angeblichen Schwarzmalerei der Basler den Kopf schüttelten. Mit klarem Geist und nüchternem Sinn erkannten führende Männer, wie Regierungsrat Dr. F. Hauser und Nationalrat Dr. A. Oeri, dass, unbekümmert um die staatliche Neutralität, eine Verständigung mit den feindlichen Kräften der Destruktion ausgeschlossen war und dass daher der Kampf auf geistigem Boden, wenn nötig sogar auf militärischer Ebene, nicht zu umgehen sein werde. Wohl waren im Sommer 1940 offenbar auch in Basel manche bereit, aus Kleinmut und Selbstsucht die Flinte ins Korn zu werfen. Aber gab es jemals in der entscheidenden Stunde keine zaghaften Menschen? Zwar vermag diese Schwäche das schöne Bild der Einigkeit im Widerstand zu trüben, doch fällt sie in Anbetracht der inneren Geschlossenheit, die unsere Öffentlichkeit im weiteren Kriegsverlauf, selbst in unangenehmen Situationen gezeigt hat, nicht so sehr ins Gewicht. Alter Tradition folgend, wirkte Basel auch in humanitären Werken vorbildlich; zu zahlreich waren diese, als dass sie alle genannt werden könnten. Vielleicht am deutlichsten kam die baslerische Einstellung in der Betonung des Asylrechtes zum Ausdruck. Immer wieder gab es Meinungsverschiedenheiten mit den eidgenössischen Behörden, die unter dem Druck der deutschen Gewalthaber und mit Hinweis auf die eigenen Versorgungsschwierigkeiten bei der Aufnahme von Flüchtlingen Zurückhaltung verlangten.

So bildete Basel im zweiten Weltkrieg eine vorgeschobene Bastion der Schweiz, umbrandet von gefährlichsten Drohungen auf militärischer wie auf geistiger Ebene. Eine Stadt, die in früheren Zeiten bei Kriegsgefahr, ihrer schwachen Stellung eingedenk, vorsichtig jedem Zusammenstoss aus-

wich, setzte sich nun mit eidgenössischer Rückendeckung kühn und unerschrocken, ohne Zaudern den Gefahren des bösartigen Zeitgeschehens aus. An der beinahe wunderbaren Bewahrung unseres Landes darf auch sie ihren gebührenden Anteil beanspruchen. Basels Bürger leisteten in der eidgenössischen Armee Schulter an Schulter mit den Eidgenossen aus andern Kantonen Dienst. Dass diese sich nicht im Ernstfall bewähren musste, lässt ihre Leistung nicht kleiner, sondern grösser werden. Wie unendlich schwer ist es doch, eine Truppe, die nicht vor dem Feind steht, in ständiger Kriegsbereitschaft zu halten! Basels Bürger bekundeten ihren Glauben an den demokratischen Kleinstaat in einer Zeit, als die Tagesereignisse der Stimme des länderfressenden Machtstaates Recht zu geben schienen; denn sie waren überzeugt davon, dass unsere Stadt nirgends günstigere Entfaltungsmöglichkeiten finden könne als im Rahmen des schweizerischen Bundesstaates.

Der äusseren Bedrohung zum Trotz ging während der ganzen Kriegszeit das innere Leben unserer Stadt in geregelten Bahnen weiter; rasch passten sich die Bewohner den durch den Krieg veränderten Lebensformen an, und rasch fanden sie sich mit dem Fehlen mancher Annehmlichkeiten aus der Friedenszeit ab. Unter dem Einfluss der stark gehemmten Bautätigkeit veränderte sich das Stadtbild viel weniger als in Zeiten der Ruhe; selbst die Bevölkerungszahl des Kantons nahm in diesem Zeitabschnitt nur verhältnismässig wenig zu, nämlich von rund 170 700 bei Kriegsbeginn auf rund 175 100 im Mai 1945, dies obgleich sich die Geburtenzahl von 1941 bis zum Kriegsende von Jahr zu Jahr in erstaunlicher Weise steigerte und nun weit über den Ziffern der Vorkriegszeit lag; für den Ausgleich in der Bevölkerungsbewegung sorgte indessen der mangelnde Zuzug neuer Arbeitskräfte.

Auf wirtschaftlichem Gebiet wurde die Teuerung zur alles beherrschenden Tatsache; zumal in einem Konsumentenzentrum von der Bedeutung Basels mit einer grossen Zahl von Unselbständigerwerbenden galt der Index als Fieberthermometer, an dem für die Zukunft Wohlergehen oder Not abzulesen war. Nicht zuletzt der Staat bekam die übeln Folgen der Geldentwertung zu spüren: obgleich die Behörden in der Ausrichtung von Teuerungszulagen an das Staatspersonal sehr vorsichtig handelten, schlossen doch alle Staatsrechnungen während der Kriegszeit im ordentlichen Verkehr mit mehr oder weniger grossen Defiziten ab; darüberhinaus wurden zwischen 1939 und 1945 gegen 50 Millionen Franken kriegsbedingte Aufwendungen auf ein Sonderkonto «Mobilisationsfolgen» gebucht und zum Teil noch während des Krieges wieder getilgt. Im Gegensatz zum ersten Weltkrieg setzte sich diesmal in weiten Kreisen die Überzeugung durch, dass die fortlaufende Inflation dem ganzen Volk bedeutenden

Schaden bringe und dass es daher nützlich sei, die staatliche Preiskontrolle zu unterstützen. So gelang es, die Teuerung in erträglichem Rahmen zu halten und das soziale Gefüge vor gefahrdrohenden Erschütterungen zu schützen. Während eine Grosszahl ehemals blühender Städte Europas in Trümmer lagen, durfte sich Basel bei Kriegsende betriebssicherer Produktionsmittel, einer gesunden sozialen Struktur und stabiler politischer Verhältnisse erfreuen, und seine Bürger konnten sich rühmen, jahrhundertealte kostbare Kulturgüter unversehrt durch einen Weltenbrand ohnegleichen hindurchgerettet zu haben. Daraus erwächst ihnen für die Zukunft die Aufgabe, alle diese hohen Werte nicht durch Untätigkeit oder Sattheit verkalken zu lassen, sondern sie lebendig und lebensstark zu erhalten.

Quellen

Barth H., «Der Schweizer und sein Staat» (1941).
Basler Jahrbuch, Jg. 1940–46 (Chroniken und Beiträge zur Zeitgeschichte).
Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen, I. und III. Teil (1945/46).
Bericht des Regierungsrates über die Abwehr staatsfeindlicher Umtriebe in den Vorkriegs- und Kriegsjahren (1946).
Bericht des Quartieramtes der Stadt Basel über den Aktivdienst (1946).
Bonjour E., «Die Schweiz und Deutschland» (1940).
Bonjour E. und Bruckner A., «Basel und die Eidgenossen» (1951).
Dürrenmatt P., «Kleine Geschichte der Schweiz im zweiten Weltkrieg» (1949).
Feldmann M., «Zur Lage der Schweiz an der Schwelle des vierten Kriegswinters» (1942).
Frey O., «Die Lage der Schweiz 1941» (1941).
Guisan H., Rapport à l'Assemblée fédérale sur le service actif (1946).
Huber J., Bericht des Chefs des Generalstabes der Armee an den Oberbefehlshaber der Armee über den Aktivdienst 1939–1945 (1946).
Jahresberichte der Basler Handelskammer 1939–1945.
Jahresberichte des Basler Volkswirtschaftsbundes 1939–1945.
Koechlin C., «Die Schweiz im heutigen Wirtschaftskrieg» (1940).
Kurz H. R., «Die militärische Bedrohung der Schweiz im zweiten Weltkrieg» (Allg. Schweiz. Militär-Zeitschrift 1951 und 1955).
Lokalpresse 1939–1945.
Oeri A., «Tagesberichte» (1946).
Oprecht H., «Der zweite Weltkrieg und die schweizerische Arbeiterschaft» (1941).
Picot A., «La Suisse et le problème sociale pendant la guerre» 1942).
Statistisches Jahrbuch des Kantons Baselstadt.
Verwaltungsberichte des Departementes des Innern und der Rheinschiffahrtsdirektion 1939–1945.
Weber K., «Die Schweiz im Nervenkrieg, Aufgabe und Haltung der Schweizer Presse in der Krisen- und Kriegszeit» (1948).
Ziegler, Major, «Geschichte der Sektion Heer und Haus 1939–1945» (1945).

Weitere wertvolle Aufschlüsse militärischer Art verdankt der Verfasser Herrn Oberst Hans De Bary, ehemaligem Stadt- und Territorialkommandanten von Basel. Ueberdies ist er ihm für die Ueberlassung zahlreicher photographischer Aufnahmen zu verbindlichem Dank verpflichtet.